



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Vom Washington Consensus zum Post-Washington
Consensus“

„Fallbeispiel Jemen“

Verfasserin

Judith Galter

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuerin / Betreuer:

Prof. Mag. Dr. Rüdiger Lohlker

Für Daweh

Vielen Dank!

Vorwort

Vorab möchte ich allen Personen danken, die es mir ermöglicht haben, diese Arbeit rechtzeitig fertigzustellen. Meine Eltern sind dabei vorrangig zu erwähnen, die mir mit Rat und Tat zur Seite standen und mir auch eine sehr schöne, informative und für diese Arbeit hilfreiche Reise in den Jemen ermöglichten.

Als nächstes möchte ich Professor Dr. Stephan Prochazka und ebenso Professor Mag. Dr. Michael Zach danken, die nicht müde wurden, mich durch die Wirren der Universitätsbürokratie zu leiten, jederzeit hilfsbereit waren und mir auch moralisch zur Seite standen.

Weiters möchte ich auch meinem Betreuer Herrn Professor Mag. Dr. Rüdiger Lohlker danken, der die Betreuung meiner Arbeit sehr kurzfristig übernommen hat und mir somit eine große Hilfe war.

I. Inhaltsverzeichnis

I. INHALTSVERZEICHNIS	4
II. ABBILDUNGSVERZEICHNIS	6
III. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	7
1. EINLEITUNG	9
2. VOM WASHINGTON CONSENSUS ZUM POST-WASHINGTON CONSENSUS	11
2.1. DIE WELTBANKGRUPPE UND DER INTERNATIONALE WÄHRUNGSFOND	11
2.1.1. <i>Die Arbeitsweise der Weltbank</i>	13
2.2. DER WASHINGTON CONSENSUS	13
2.2.1. <i>Theorie</i>	15
2.2.2. <i>Praxis</i>	18
2.3. KRITIK AM WASHINGTON CONSENSUS UND DESSEN WEITERENTWICKLUNG	19
2.3.1. <i>Die allgemeine Kritik an den sozialen Folgen</i>	21
2.3.1. <i>Die Kritik Joseph Stiglitzs und der Post-Washington Consensus</i>	24
2.4. DER POST-WASHINGTON CONSENSUS	27
2.3.1. <i>Neue Zielsetzung</i>	28
2.3.2. <i>Partizipation</i>	29
2.3.3. <i>Stärkere Rolle des Staates</i>	30
2.3.4. <i>Geberkoordination</i>	33
2.3.5. <i>Förderung von Technologie und Humankapital</i>	33
2.3.6. <i>EXKURS: Der Monterrey Consensus</i>	35
2.5. KRITIK AM POST-WASHINGTON CONSENSUS	36
2.5.1. <i>Kritik an der analytischen Basis</i>	36
2.5.2. <i>Kritik am Konzept der Partizipation</i>	37
2.5.3. <i>Kritik am Konzept der Ownership</i>	39
2.5.4. <i>Kritik an den Konditionalitäten</i>	40
2.5.5. <i>Kritik in Bezug auf das Bildungs- und Gesundheitswesen</i>	41
2.5.6. <i>Kritik in Bezug auf die Frauenthematik</i>	41
2.6. EIN NEUES PARADIGMA?	42
3. DER JEMEN	44
3.1. ALLGEMEINES	44
3.1.1. <i>Geschichtlicher Abriss</i>	44
3.1.2. <i>Landschaftliche und klimatische Gegebenheiten</i>	46
3.1.3. <i>Die jemenitische Wirtschaftsstruktur</i>	47
3.1.4. <i>Gesellschaft im Jemen</i>	51
3.2. VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (EZA)	53
3.2.1. <i>Die Stämme und die Zentralgewalt</i>	53
3.2.2. <i>Die Qatproblematik</i>	54
3.2.3. <i>Die Wasserproblematik</i>	56
3.2.4. <i>Außenpolitische Beziehungen, Finanzflüsse und Gastarbeitermigration</i>	58
3.2.5. <i>Bildungssystem</i>	60
3.3. DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IM JEMEN.....	61
3.3.1. <i>Der Washington Consensus im Jemen</i>	62
3.3.2. <i>Analyse und Resultate</i>	69

3.3.3. <i>Der Post-Washington Consensus im Jemen</i>	70
3.4. ANALYSE.....	80
4. AUSWIRKUNGEN	83
4.1. ARMUT	83
4.2. WIRTSCHAFT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM	84
4.3. BEVÖLKERUNGSWACHSTUM	86
4.4. BILDUNG	87
4.5. GESUNDHEITSEKTOR.....	87
4.6. INFRASTRUKTUR.....	88
4.6.1. <i>Elektrizität</i>	88
4.6.2. <i>Wasser</i>	89
4.6.3. <i>Straßenbau</i>	89
4.7. DEMOKRATIE UND REGIERUNG	90
5. CONCLUSIO	92
6. ANHANG	95
6.1. ANHANG 1.....	95
6.2. ANHANG 2.....	96
6.3. ANHANG 3.....	97
6.4. ANHANG 4.....	98
7. LITERATURVERZEICHNIS	101

II. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1, Staatsgrenzen und Verwaltungsgliederung 2004	44
Abbildung 2, Grenzziehungen im Laufe des 20. Jahrhunderts	45
Abbildung 3, Höhenrelief des Jemens	47
Abbildung 4; Brachliegende Terrassenanlage	50
Abbildung 5; Typische Unterkunft der Akhdān	51
Abbildung 6; Qatsitzung am Eselsmarkt im Suq von Sana'a	56
Abbildung 7, Strukturwandel der Bewässerung	57
Abbildung 8; Indikatoren 1970 und 1996 für den Jemen und Vergleichsländer	62
Abbildung 9; Inflationsetnwicklung Jemen 2005-2008	85
Abbildung 10; Wirtschaftsdaten Jemen 2003-2007	86
Abbildung 11, Bevölkerungsentwicklung 2003-2007	86
Abbildung 12, Demokratie Index Jemen	90

III. Abkürzungsverzeichnis

CAS	Country Assistance Strategy
CDF	Comprehensive Development Framework
CEPAL	Comisión Económica para América Latina
ESAF	Enhanced Structural Adjustment Facility
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FDI	Foreign Direct Investment
FFYP	First Five Year Plan
FSE	Fondo Social de Emergencia
GDP	Gross Domestic Product
HIPC	Heavily Indebted Poor Country
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
ICSID	International Center for Settlement of Investment Disputes
IDA	International Development Agency
IFO	Internationale Finanzorganisation
IWF	Internationaler Währungsfond
JSA	Joint Staff Assessment
MDG	Millennium Development Goals
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency
NFL	National Liberation Front
ODA	Official Development Assistance
PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility
PRSC	Poverty Reduction Support Credit
PRS	Poverty Reductions Strategy
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
SAF	Structural Adjustment Facility

SAL	Structural Adjustment Loans
SAP	Structural Adjustment Program
SDA	Social Dimension of Adjustment
SEAL	Sectoral Adjustment Loans
SFYP	Second Five Year Plan
SNACC	Supreme National Anti-Corruption Committee
SWF	Social Welfare Fund
SZR	Sonderziehungsrechte
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
WTO	World Trade Organization

1. Einleitung

In den letzten Jahrzehnten gab es im Zusammenhang mit Entwicklungszusammenarbeit immer wieder Abschnitte, meistens in Dekaden eingeteilt, in denen bestimmte Entwicklungsparadigmen vorherrschten. Nun zum größten Teil bestimmen heute finanzstarke Geberländer und Internationale Organisationen, wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, in denen aber wiederum die finanzstärksten Länder die größte Entscheidungsmacht haben, diese Paradigmen. Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit soll die Umsetzung des, seit Anfang des neuen Jahrtausends ausgerufenen, Post-Washington Consensus sein. Dazu will ich die Praxis dieser neuen Strategie der internationalen Finanzorganisationen anhand des Beispiellands Jemen untersuchen.

Der Interessenschwerpunkt liegt darin, herauszufinden, inwiefern die neuen Ideen des Post-Washington Consensus in der Praxis auch tatsächlich zu positiv zu wertenden Veränderungen führen. Das heißt, ich stelle mir Fragen, wie z.B. neue Ansätze wie Partizipation durchgeführt werden und ob Verbesserungen der Lebenssituation der Bevölkerung erreicht werden konnten. Dabei steht die Reduktion der Armut im Vordergrund, da diese das primäre Ziel des Post-Washington Consensus ist. Aber auch andere Indikatoren wie Wirtschaftswachstum, Zugang zu sauberem Trinkwasser oder Verbesserungen des Bildungsniveaus sind wichtig. Dabei geht es mir nicht vorrangig darum, zu bewerten, ob es sich beim Post-Washington Consensus in Bezug auf den als neoliberal eingestuften Washington Consensus um ein völlig neues Entwicklungsparadigma handelt oder nicht, auch wenn ich auf diese Frage eingehen werde. Das wirkliche Interesse gilt den real erzielten Verbesserungen, unabhängig davon welcher Ansatz diese gebracht hat.

Der erste Teil der Arbeit befasst sich mit der theoretischen Basis der Arbeit. Den Einstieg bildet die Erklärung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank, darauf folgt die Darstellung des Washington Consensus und die Kritik an diesem Konzept, sowie die Weiterentwicklung zum Post-Washington Consensus und wiederum die Kritik an diesem. Dabei leiten mich folgende Fragen: Was ist das Hauptentwicklungsziel? Wer wird als Akteur gesehen? Welche Instrumente werden angewendet? Wie differenziert wird gearbeitet? Weiters interessieren mich in diesem Zusammenhang die Gründe für die Weiterentwicklung zum Post Washington Consensus. Was für Erwartungen wurden nicht erfüllt? bzw. zu welchen negativ zu bewertenden Entwicklungen ist es durch die

Implementierung des Washington Consensus im Allgemeinen gekommen? Aber ich frage auch nach der Erfüllung der Erwartungen in Bezug auf den Post-Washington Consensus. Was für neue Ansätze werden geboten? Und zum Abschluss auch: wie tiefgreifend sind die Veränderungen? Dabei gehe ich dann kurz auf die Frage ein, ob es sich nun beim Post-Washington Consensus um einen neuen Ansatz handelt.

Den zweiten Teil meiner Arbeit soll die Analyse der Entwicklung des Jemens bilden. Dazu gebe ich einen einleitenden Überblick über den Jemen, der u.a. einen Einblick in die Geschichte, die landschaftlichen Gegebenheiten und die Gesellschaft gibt, sich aber vor allem auf entwicklungsspezifische Voraussetzungen konzentriert, wie die Wasserknappheit oder das Stämmesystem.

Und danach analysiere ich die Entwicklungszusammenarbeit des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im Jemen. Dazu möchte ich zuerst das Struktur- und Anpassungsprogramm der 1990er Jahre und dessen Auswirkungen vorstellen und dann auf das Interim Poverty Reduction Strategy Paper und das Poverty Reduction Strategy Paper eingehen, das seit 2000 im Jemen verfolgt wird. Diese Strategiepapiere möchte ich dann in Bezug zu ihrer theoretischen Basis setzen, sprich dem Washington Consensus und dem Post-Washington Consensus.

Dazu möchte ich mir anschauen, wie auf spezifische Probleme eingegangen wird, wie die ehemalige Teilung in Nord- und Südjemen, der darauf folgende Bürgerkrieg, die Arbeitsmigration als Folge der Irakkriege, die Korruption oder die hohe Geburtenrate, bzw. was als Wurzeln der weit verbreiteten Armut im Jemen ausgemacht wird und mit welchen Konzepten geantwortet wird.

Zum Abschluss meiner Arbeit werde ich die Versätze des Post-Washington Consensus in Bezug zur Realität setzen. Dazu schaue ich mir die Entwicklungen in bestimmten Fokusbereichen seit der Implementierung des Poverty Reduction Strategy Papers an; mit einbezogen werden dabei die Entwicklung der Armut, das Wirtschaftswachstum, sowie das Bevölkerungswachstum, aber auch u.a. Entwicklungen im Bildungs- und Gesundheitssystem.

2. Vom Washington Consensus zum Post-Washington Consensus

2.1. Die Weltbankgruppe und der Internationale Währungsfond

Die Weltbankgruppe und der Internationale Währungsfonds (IWF) wurden im Jahr 1944 bei der Internationalen Finanz- und Währungskonferenz im amerikanischen Bretton Woods ins Leben gerufen. Das Ziel dieser beiden „Bretton-Woods-Institutionen“ bestand darin, mit zu helfen die internationale Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufzubauen. Die Zugehörigkeit zur Bank steht jenen Ländern offen, die auch dem IWF angehören.¹

Die Weltbankgruppe ist eine Kreditgenossenschaft mit fünf Mitgliedsorganisationen, und zwar der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der internationalen Finanz-Corporation (IFC), der Multilateralen Investitionsгарantie-Agentur (MIGA) und dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID).² Üblicherweise versteht man unter Weltbank nur die ersten beiden genannten Einrichtungen. Die Kapitaleigner der Weltbank sind die Mitgliedstaaten. Neben einem Grundstock an Stimmrechten bestimmt der Kapitalanteil der einzelnen Staaten, der von ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit abhängt, über die Stimmenverteilung und somit den Einfluss bei der IBRD und der IDA.³

Der IWF wurde ursprünglich mit der Aufgabe der Überwachung des internationalen Währungssystems bedacht. Seit 1973 vergibt er auch Kredite an Entwicklungsländer,

¹ Weltbank: http://siteresources.worldbank.org/EXTABOUTUS/Resources/IMF_GE.pdf [21.05.09]

² Weltbank: <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTABOUTUS/ORGANIZATION/BODEXT/EXTEDS05/0,,contentMDK:21906394~pagePK:64099144~piPK:64099061~theSitePK:380676.00.html> [21.05.09]

³ Deutsche Bundeszentrale für politische Bildung (BPB): http://www.bpb.de/wissen/DBF402,0,The_World_Bank.html [21.05.09]

insbesondere bei Finanzkrisen. Das oberste Entscheidungsorgan des IWF ist der Gouverneursrat.⁴

Die Tätigkeiten der beiden Institutionen haben sich im Laufe der Zeit immer wieder verändert, ich werde im Folgenden auf die heutige Aufgabenverteilung eingehen. Die Weltbank gewährt Kredite mit dem Ziel, Länder bei der Integration in die Weltwirtschaft zu unterstützen, sowie langfristiges Wirtschaftswachstum zu fördern, um so zum Abbau der Armut in Entwicklungsländern beizutragen. Somit vergibt sie Kredite ausschließlich an Entwicklungs- und Transformationsländer, während die Dienstleistungen und Ressourcen des IWF allen (reichen wie armen) Mitgliedsländern zur Verfügung stehen. Dieser fungiert entsprechend seiner Gründungsfunktion auch heute noch als Überwachungsinstanz für die Weltwährungen und trägt zur Erhaltung eines funktionierenden Zahlungssystems zwischen allen Ländern bei. Dafür vergibt er auch – wie erwähnt - Kredite an Mitglieder, die mit einem erheblichen Zahlungsbilanzdefizit zu kämpfen haben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die Aufgabenbereiche der beiden Bretton Woods Institutionen heutzutage zum Teil überschneiden, aber vor allem ergänzen, auch weil vor allem im Laufe der letzten 2 Jahrzehnte die Zusammenarbeit intensiviert wurde. Dennoch wird darauf geachtet, dass jede Institution ihre Tätigkeiten auf ihre jeweiligen Bereiche fokussiert und für die eigenen Entscheidungen zur Kreditvergabe, sowie für den Schutz der eigenen Ressourcen selbst verantwortlich ist.⁵

In Bezug auf die Ausarbeitung der Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP), das neueste Instrument der Bretton Woods Institute (vgl. Kap. S.), wurde ein „Joint Staff Assessment“ (JSA) ins Leben gerufen, um die Zuständigkeiten der beiden Bretton Woods Institutionen zu klären. Der IWF ist vor allem für Fiskalpolitik und die Wechselkurse zuständig, während die Weltbank sich vor allem mit Aufgaben beschäftigt, die direkt mit Armut zu tun haben, wie z.B. die Ausgaben der Regierungen in sozialen Bereichen. Überschneidungen gibt es u.a. im Bereich der strukturellen Reformen, im Privatsektor, im Handel, bei Steuern oder in der Verwaltung.⁶

⁴ Erklärung von Bern (EVB): <http://www.evb.ch/f25000068.htm>

⁵ Weltbank: http://siteresources.worldbank.org/EXTABOUTUS/Resources/IMF_GE.pdf [21.05.09]

⁶ UNCTAD (2002): S.11ff

2.1.1. Die Arbeitsweise der Weltbank

Die Arbeit der Weltbank stützt sich derzeit auf drei Instrumente. Als Kern gelten die 1990 eingeführten Country Assistance Strategies (CAS), in denen die Hauptprobleme in allen entwicklungsrelevanten Sektoren des betreffenden Landes analysiert werden. Dafür gibt es spezifische Sektorstrategiepapiere. Daraus wird ein Gesamtrahmen geschaffen, der Höhe, Zusammensetzung und Ziele der vorgesehenen Zusammenarbeit definiert. Die CAS wird zwar in Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungen vorbereitet, die endgültige Form bestimmt aber die Weltbank und weißt u.U. auf eine abweichende Meinung der Regierungen hin. Die CAS werden in regelmäßigen Abständen überarbeitet. Die konzeptionelle Weiterentwicklung der CAS ist das Comprehensive Development Framework (CDF), es wird nach und nach bei bestimmten Ländern angewandt, wobei noch mehr Wert auf die Geberkoordination gelegt wurde, da insbesondere die ärmsten Länder mit geringen Implementierungskapazitäten nicht mehr in der Lage sind, die Aktivitäten aller Geber zu überblicken und schon gar nicht zu koordinieren. Das CDF soll zusätzlich zum makroökonomischen Reformprogramm die politischen, institutionellen, menschlichen, sozialen, infrastrukturellen, ökologischen und kulturellen Aspekte von Entwicklung gleichberechtigt und alle wichtigen Akteure mit einbeziehen. Außerdem soll durch Veröffentlichung des Programms mehr auf Transparenz geachtet werden.

Das dritte Instrument der Weltbank und in diesem Zusammenhang des IWFs sind die schon erwähnten PRSPs.⁷

2.2. Der Washington Consensus

Seit Beginn der 1980iger Jahre bis in die Mitte der 1990iger standen die entwicklungspolitischen Maßnahmen der Weltbank und des IWF unter dem Konzept des Washington Consensus. Auf diesem bauten dann die Strukturanpassungsprogramme (Structural Adjustment Programs; SAP) auf, die insbesondere auf makroökonomische Reformen abzielten, die zu einem höheren Wirtschaftswachstum führen sollten und durch einen Trickle-Down Effekt auch zu einer Verminderung der Armut beitragen sollten.⁸ Anlass für den Übergang von der projektorientierten Entwicklungszusammenarbeit hin zur politikabhängigen Vergabe von Krediten gab die Schuldenkrise in Lateinamerika 1982, in

⁷ Jakobeit (2000): <http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/ez900-6.htm>

⁸ Führmann (2003): S.3-9

deren Rahmen die Bindung von Krediten an Konditionalitäten durchgesetzt wurde. Doch auch nachdem die Rückkopplungsgefahr der Krise in den Industriestaaten gebannt war (US-amerikanische Banken hatten sich z.B. insbesondere in Mexiko stark engagiert, weshalb durch die Finanzkrise ein Zusammenbruch dieser Banken drohte), wurde an der Konditionalisierung der Kredite festgehalten, aus der sich die Strukturanpassungspolitik bzw. -programme entwickelten. Die entsprechende Kreditfazilität des IWF, die Structural Adjustment Facility (SAF) wurde 1986 bzw. 1987 die Enhanced Structural Adjustment Facility (ESAF) geschaffen.⁹

SAF und ESAF haben die gleiche politische Zielsetzung, nämlich eine Zahlungsbilanzhilfe zu „weichen Konditionen“ auf der Basis von Sonderziehungsrechten (SZR), um Länder mit niedrigerem BIP zu unterstützen. Das bedeutet, dass die begünstigten Länder ihre Quote über einen Drei-Jahreszeitraum bis maximal 300% ausschöpfen können und die Rückzahlungen erst nach fünf Jahren beginnen und zehn Jahre nach der Aufnahme des Kredits enden. Die ESAF stellt insofern eine spezielle Finanzierungsfazilität dar, da sie eine Weiterentwicklung der SAF ist und vor allem für die ärmsten Entwicklungsländer ins Leben gerufen worden ist. Die Quote eines Landes entspricht sozusagen dem Mitgliedsbeitrag beim IWF, den jedes Land in Relation zu seinem BIP zahlt. Die Quoten entsprechen dadurch den Anteilen an den gesamten Einlagen des IWF.¹⁰

Die Zielgruppe dieser Kredite waren im Allgemeinen Länder mit makroökonomischen Instabilitäten, was große Zahlungsbilanzdefizite, hohe Inflation und geringes Wirtschaftswachstum bedeutet. Um diese Probleme zu beseitigen, wurden einerseits gesamtwirtschaftliche Strukturanpassungsdarlehen („Structural Adjustment Loans“, SAL) gewährt, wie auch auf sektoraler Ebene Sektoranpassungsdarlehen („Sectoral Adjustment Loans, SEAL“). Die Vergabe dieser Kredite war an die Erfüllung wirtschaftspolitischer Auflagen geknüpft (konditionierte Zahlungsbilanzkredite) und zur Sicherstellung der

⁹ Kellermann (2006): S.95ff

¹⁰ Wirtschaftstlexikon24:

<http://www.wirtschaftstlexikon24.net/d/konzessionaere-fazilitaeten-des-internationalen-waehrungsfonds-iwf/konzessionaere-fazilitaeten-des-internationalen-waehrungsfonds-iwf.htm>

<http://www.wirtschaftstlexikon24.net/d/internationaler-waehrungsfonds-iwf/internationaler-waehrungsfonds-iwf.htm>

<http://www.wirtschaftstlexikon24.net/d/strukturanpassungsfazilitaet-saf/strukturanpassungsfazilitaet-saf.htm>

Umsetzung der zuvor vereinbarten Programme. Zur strukturellen Anpassung wurde der Kredit in gewissen Abständen nur nach Erfüllung zuvor vereinbarter Ziele ausgezahlt.

An sich wurde für jedes Land ein eigenes SAP ausgearbeitet, dennoch gab es eine Reihe von Punkten, die eine gewisse, dem neoklassischen Paradigma entsprechende Grundstruktur der Programme vorgaben. John Williamson fasste im Rahmen der lateinamerikanischen Finanzkrise zehn Reformpunkte zusammen, die damals dem aktuellen (neoliberalen) Konsens des IWFs, der Weltbank, dem Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und einiger wichtiger Think Tanks entsprach.¹¹

2.2.1. Theorie

Williamson selbst beschreibt die Entstehungsgeschichte und deren Hintergrund folgendermaßen:

„The story of the Washington Consensus dates back to 1989, when the press in the United States was still talking about how Latin American countries were unwilling to undertake the reforms that might give them a chance to escape the debt crisis. It seemed to me that this was a misconception and that, in fact, a sea change in attitudes toward economic policy was occurring. To determine whether this was correct, the Institute for International Economics decided to convene a conference at which authors from 10 Latin American nations would present papers detailing what had been happening in their respective countries. To try to make sure that they all addressed a common set of questions, I wrote a background paper in which I listed 10 policy reforms that I argued almost everyone in Washington thought were needed in Latin America as of that date. I labeled this reform agenda the “Washington Consensus,” never dreaming that I was coining a term that would become a war cry in ideological debates for more than a decade.”¹²

Die zehn erwähnten Punkte lauten:

- (1) Fiskalische Disziplin (Fiscal discipline)
- (2) Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben (Reordering public expenditure priorities)

¹¹ Führmann (2003): S.10f

¹² Williamson (2003): S.10

- (3) Steuerreform (Tax reform)
- (4) Finanzielle Liberalisierung (Liberalization of interest rates)
- (5) Schaffung stabiler, wettbewerbsfähiger Wechselkurse (A competitive exchange rate)
- (6) Handelsliberalisierung (Trade liberalization)
- (7) Abbau von Barrieren gegenüber ausländischen Direktinvestitionen (Liberalization of inward foreign direct investment)
- (8) Privatisierung (Privatization)
- (9) Deregulierung (Deregulation)
- (10) Schutz der Eigentumsrechte (Property rights)¹³

Im Folgenden werde ich diese zehn Punkte genauer erläutern.

Fiskalische Disziplin

Durch die Verringerung staatlicher Ausgaben sollen Haushaltsdefizite abgebaut werden, um die wachstumshemmenden und inflationsfördernden Wirkungen hoher Haushaltsdefizite zu vermeiden.

Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben

Öffentliche Zuwendungen an Militär, subventionierte Sektoren, öffentliche Verwaltung sollen zugunsten von Bereichen mit hohem ökonomischem Nutzen (Gesundheitsvorsorge, Bildungssystem, Infrastruktur) umverteilt werden.

Steuerreform

Das Steuersystem sollte Anreize zur Aufnahme unternehmerischer Tätigkeiten schaffen, ohne die Staatseinnahmen zu sehr zu reduzieren.

Finanzielle Liberalisierung

Bei der Liberalisierung des Finanzmarktes durch den Abbau staatlicher Beschränkungen steht die Bildung marktbestimmter Zinssätze im Mittelpunkt, um so eine effiziente Ressourcenallokation sicher zu stellen.

¹³ Williamson (2003): S.10

Schaffung stabiler, wettbewerbsfähiger Wechselkurse

Auch in Bezug auf die Wechselkurse wird auf den marktwirtschaftlichen Preissetzungsmechanismus Wert gelegt, um eine effiziente Ressourcenallokation sicherzustellen und wechselkursbedingte Preisverzerrungen zu beseitigen, die oftmals Importgüter bevorzugt haben. So sollen inländische Produzenten begünstigt und Exporte gefördert werden.

Handelsliberalisierung

Quantitative Restriktionen sollen durch Zölle von 10% bis maximal 20% ersetzt werden, um die Integration des Landes in den Weltmarkt voranzutreiben. Über die Geschwindigkeit der Liberalisierung und ob diese auch bei negativen Rahmenbedingungen, wie einem Zahlungsbilanzdefizit oder eine Rezession vorangetrieben werden soll, herrscht Uneinigkeit.

Abbau von Barrieren gegenüber ausländischen Direktinvestitionen

Mit dem Abbau von Barrieren gegenüber ausländischen Direktinvestitionen sollen inländische und ausländische Unternehmen gleich gestellt werden, wodurch notwendiges Kapital angelockt werden soll, um Wirtschaftswachstum anzuregen.

Privatisierung

Staatliche Unternehmen sollen privatisiert werden, da das mit positiven Auswirkungen auf Kapitalbildung und Wachstum einhergeht, da durch Privatisierung eine effizientere Mittelverwendung sichergestellt werden soll.

Deregulierung

Regulierungen, Vorschriften, Auflagen sollen als Eingriffe des Staates in den Wettbewerbsprozess zu Gunsten einer effizienten Ressourcenverteilung abgebaut werden.

Schutz der Eigentumsrechte

Auch der Schutz der Eigentumsrechte soll der Bevölkerung aufgrund des Rechtes auf Gewinnaneignung Anreize für die Aufnahme unternehmerischer Tätigkeiten bieten und somit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes erhöhen.

Armutsbekämpfung war kein explizites Ziel des Washington Consensus und auch nicht der SAPs. Implizit wurde aber durch den erhofften Trickle-Down Effekt angenommen, die Maßnahmen würden zur Armutsreduktion beitragen. Durch effizientere Nutzung der Ressourcen und durch allgemeines Wirtschaftswachstum sollte die Situation der ärmsten

Bevölkerungsschichten verbessert werden und auch der Korruption sollte implizit durch marktfördernde Reformen begegnet werden.¹⁴

2.2.2. Praxis

Empirisch gesehen wurden bis 1984 zehn Hauptreformpunkte der Anpassungsprogramme ausfindig gemacht:

„Removing import quotas (57%), improve export incentives (76%), reform the fiscal system (70%), improve financial performance of public enterprises (73%), revise agricultural pricing (73%), shift public investment (59%), revise industrial incentives (68%), increase public enterprise efficiency (57%), and improve marketing and other support for agriculture (57%).“¹⁵

Ziel der SAPs war es, mittelfristig die Wirtschaft der betroffenen Länder umzugestalten und den Weltmarktbedingungen anzupassen. Dieser Prozess sollte in 3-5 Jahren abgeschlossen sein, wonach wieder zur projektorientierten Entwicklungszusammenarbeit zurückgekehrt hätte werden sollen.¹⁶

Dieses Ziel wurde offensichtlich klar verfehlt, so beschreibt das UNCTAD, dass zwischen den Anpassungsprogrammen und der Entwicklung der involvierten Länder kaum eine positive Korrelation zu finden ist.

“In fact, as discussed in some detail in previous UNCTAD reports, the link between adjustment and performance is weak: of the 15 countries identified as core adjusters by the World Bank in 1993, only three were subsequently classified by IMF as strong performers. Further, the rapid growth among some of the strong performers can largely be explained by some special circumstances that were of a one-off nature and unrelated to structural adjustment policies.“¹⁷

So war der Washington Consensus und dessen Umsetzung von Beginn an Bestandteil einer kritischen Reflexion der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen, wodurch er im

¹⁴ Führmann (2004): S.12f

¹⁵ Toye nach Fine (2001): S.9

¹⁶ Sehring (2003): S.12

¹⁷ UNCTAD (2002): S.5

Laufe der Zeit verändert bzw. von anderen Programmen ergänzt wurde, insbesondere in Bezug auf die Armutsbekämpfung. Diese Entwicklung beschreibt Williamson selbst, indem er daraufhin weißt, dass mit dem Begriff „Washington Consensus“ mit der Zeit verschiedene Bedeutungen erlangt hat. Die erste Definition umfasst die von ihm ausgearbeiteten zehn Punkte, zweitens wurde der Begriff „Washington Consensus“ zu einem Synonym für Neoliberalismus.¹⁸ Und auch wenn Williamson denkt, dass viele seiner Punkte diesem Konzept entsprechen, gibt es doch auch Unterschiede:

„...there are a number of distinctively neoliberal doctrines that are conspicuous by their absence from my list: monetarism, the low tax rates that are called for supply-side economics, the minimal state that denies any responsibility for correcting income distribution or internalizing externalities, and free capital movement.”¹⁹

Die dritte Bedeutung schließt die politische Umsetzung der Weltbank und des IWFs mit ein.²⁰

Diese verschiedenen Bedeutungen implizieren auch, dass es keine einheitliche „Kritik am Washington Consensus“ gibt, sondern, dass im Allgemeinen beachtet werden muss, welcher Aspekt des Washington Consensus zur Kritik steht.

Ich werde mich im Folgenden auf die Kritik an den zehn oben genannten Leitsätzen beschränken, wie auch auf die Politik der Weltbank und des IWFs unter dem Banner des Washington Consensus, die ich oben beschrieben habe. Diese Kritik und die Weiterentwicklung bis hin zum Post-Washington Consensus werde ich im nächsten Kapitel darstellen.

2.3. Kritik am Washington Consensus und dessen Weiterentwicklung

Das Structural Participatory Review International Network (SAPRIN) hat bis zum Jahr 2002 im Allgemeinen vier negative Entwicklungen in Ländern, bei denen SAPs implementiert wurden, beobachtet. Die Programme haben allgemein zu einer weiteren

¹⁸ Für Williamson wird mit Neoliberalismus die Lehre der Mont Pelerin Society beschrieben, eine Gruppe, die nach dem 2.ten Weltkrieg den rechten Rand der liberalen Schule vertraten.

¹⁹ Williamson (2003): S.11

²⁰ Williamson (2003): S.11

Verarmung und Marginalisierung der lokalen Bevölkerung geführt, während ökonomische Ungleichheiten weiter angestiegen sind. Und zwar erstens durch den Niedergang der inländischen herstellenden Industrie und durch den damit verbundenen Verlust an bezahlter Arbeit bei entlassenen Arbeitern und bei zu Grunde gegangenen Kleinproduzenten, was auf die Handels- und Finanzreformen zurückgeführt wird. Zweitens haben Reformen in der Landwirtschaft, im Handel und im Bereich des Abbaus von Bodenschätzen zu sinkender Entwicklungsfähigkeit, sinkendem Einkommen und sinkender Nahrungssicherheit von Kleinbauern und der armen ländlichen Bevölkerung geführt. Drittens resultierten die Einsparungen bei den Arbeitern aufgrund von Privatisierungen und Einschnitten im Budget zusammen mit Flexibilisierungsmaßnahmen des Arbeitsmarktes in unsicheren Arbeitsverhältnissen, niedrigeren Löhnen, weniger Sozialleistungen und einer Erosion der Arbeiterrechte und der Verhandlungsmacht der Arbeiter. Viertens erhöhte sich die Armut durch Anpassungsmaßnahmen, wie die Privatisierungen, die Einführung von Nutzungsgebühren, die Einschnitte im Budget und andere Maßnahmen, die den Einfluss des Staates bei der Bereitstellung und Garantie zu leistbarem Zugang zu wesentlichen Dienstleistungen im Bereich der Lebensqualität reduzierten.²¹

Solche Beobachtungen führten schon früh zu einer breit gefächerten Kritik am Washington Consensus, die ich nun genauer darstellen werde. Wie oben erwähnt, kam diese aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und ist daher vielschichtig. Im Laufe der Zeit wurde auch der Schwerpunkt der Kritik verlagert. Einerseits kann sie anhand der verschiedenen Akteure differenziert werden, andererseits auch zeitlich.

Ein Beispiel für die Differenzierung der Akteure ist Kellerman, der sich insbesondere auf die Kritik am IWF bezieht. Er differenziert die Kritiker anhand ihrer polit-ökonomischen Ansichten und unterscheidet folgende Gruppierungen: 1) die Gruppe der Laissez-Faires 2) die internationale Finanzgemeinde 3) die InstitutionalistInnen 4) die Internationalen Finanzmarktstabilisierer 5) die Globalisierungskritiker.²²

Im Folgenden werde ich mich insbesondere auf die Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen und der Umsetzung des Washington Consensus durch die Weltbank und den IWF konzentrieren, weiters einen zeitlichen Überblick geben und dann genauer auf die

²¹ SAPRIN (2002): S.173-174

²² Kellermann, (2006): S.67ff

Kritik von Joseph Stiglitz eingehen, da diese maßgeblich für die Weiterentwicklung zum Post Washington Consensus war.

2.3.1. Die allgemeine Kritik an den sozialen Folgen

Die Kritik der 1980iger Jahre bis Mitte der 1990iger bezog sich insbesondere auf die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ökologischen Folgen der SAPs, während sich die Kritik seit Mitte der 1990iger Jahren auf die theoretischen Grundlagen der Wachstumsstrategie konzentriert. Einer der Hauptkritikpunkte war von Beginn an, dass sich die Lage der unteren sozialen Schichten im Zuge der Strukturanpassungsprogramme weiter verschlechterte. Die restriktive Haushaltspolitik führte zu einer schlechteren Versorgung der unteren Einkommenschichten mit staatlichen sozialen Dienstleistungen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Im Zuge von Deregulierung und Privatisierung kam es zur Einführung oder Erhöhung von Gebühren für staatliche Dienstleistungen, sowie zur Beseitigung von Preiskontrollen bei Nahrungsmitteln und anderen Gütern des Grundbedarfs und zum Subventionsabbau. Weiters wurde der Anteil der Sozialausgaben im Staatshaushalt im Zuge der Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte verringert, was den Effekt noch verstärkte.

Die untere Mittelschicht wurde insbesondere von den Entlassungen im öffentlichen Sektor sowie von den Lohn- und Gehaltskürzungen staatlicher Bediensteter getroffen.²³ Nichtsdestotrotz muss auch erwähnt werden, dass Privatisierung durchaus zu einer effizienteren Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen beitragen kann, aber in vielen Fällen auch nicht. Probleme bei Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen sind oftmals die Preise und die Renditen der Unternehmer. Sollten die Gebühren dem Wechselkurs entsprechend stabilisiert werden und der Wechselkurs wird 50-60% abgewertet, können die Gebühren nicht entsprechend angepasst werden, da die Löhne nicht derart flexibel sind. Insbesondere in Zeiten von massiven Wechselkursschwankungen bzw. hoher Inflation wird der Ruf nach staatlicher Intervention daher wieder lauter und Unternehmen werden wieder verstaatlicht.²⁴

Auch Handelsliberalisierungen allgemein werden in Bezug auf Entwicklungsländer skeptisch gesehen, da in den OECD-Ländern Agrar- und Textilprodukte unterstützt werden

²³ Führmann (2003): S.15ff

²⁴ Buria (2004): S.47f

und Importe in diesem Bereich mit hohen Zöllen belegt sind, auch wenn Handelsliberalisierungen allgemein als Wohlfahrt steigernd angesehen werden.²⁵

Williamson selbst verteidigt die zehn Punkte des Washington Consensus als die zu dieser Zeit wichtigsten und dringendsten Maßnahmen in Bezug auf Lateinamerika im Jahr 1989, jedoch nicht als ein so genanntes Kochrezept für die Wirtschaftspolitik jedes einzelnen Landes. Fiskalische Disziplin forderte er in Bezug auf die Zahlungskrise der lateinamerikanischen Regierungen und der damaligen hohen Inflationsrate dieser Länder, die insbesondere die Armen traf, da die reicheren Bevölkerungsschichten ihr Geld im Ausland anlegen konnten. Auch in Bezug auf Privatisierungen gesteht Williamson die Gefahr ein, dass insbesondere Eliten von diesem Punkt profitieren könnten, dass aber insgesamt die Wohlfahrt gesteigert werden könne, wenn die Maßnahmen richtig umgesetzt würden.²⁶

Zur frühen Kritik kann zusammenfassend gesagt werden, dass es oftmals zu einer Verschlechterung der Situation der armen Bevölkerung kam. Das ist grob auf zwei unterschiedliche Gründe zurückzuführen. Erstens fanden die sozialen Kosten, die mit der kurzfristigen Ausrichtung auf wirtschaftliche Stabilisierung und Liberalisierung einhergehen, kaum Beachtung, daher wurden in den ersten Programmen auch keinerlei Auflagen formuliert, um die armen Bevölkerungsgruppen während der Übergangsphase zu schützen und deren langfristige Möglichkeiten zur Einkommenserzielung zu verbessern. Zweitens habe der Trickle-Down-Effekt nicht die erhofften Ergebnisse gebracht und das Durchsickern der Wachstumseffekte zu den armen Bevölkerungsschichten war einfach nicht ausreichend. Auch die Weltbank erkannte die negativen sozialen Folgen ihrer Maßnahmen und richtete 1986 die Arbeitsgruppe „Armutsbekämpfung“ ein, die eine Strategie gegen die „sozialen Kosten“ ausarbeiten sollten.²⁷

Hauptstimmen der Kritik ab den 1980iger Jahren waren neben NGOs vor allem UN-Organisationen wie UNICEF, UNCTAD, UNDP oder CEPAL. Besondere Beachtung fand 1987 die UNICEF-Studie „Adjustment with a human face“, in der die Strukturanpassung nicht an sich in Frage gestellt wurde, sondern die Art und Weise des Prozesses, denn

²⁵ Wabl (2002): <http://www.un.org/Pubs/chronicle/2002/issue1/0102p17.html>

²⁶ Williamson (2003): S.11

²⁷ Führmann (2003): S.15ff

soziale Wohlfahrt dürfe nicht als Zusatzkomponente aufgefasst werden.²⁸ Die UNICEF-Kritik wird sowohl von den meisten Autoren als auch von der Weltbank selbst als einer der größten Einflussfaktoren im Prozess der Gestaltung der SAP gesehen. Es wurde ein neuer Ansatz gefordert, der die Grundelemente der konventionellen Strukturanpassung mit dem Schutz der sozial Schwachen und der Wachstumsförderung verbinden sollte. Die Weltbank erkannte diese Vorwürfe an und ergänzte die SAPs durch soziale Abfederungsmaßnahmen. Es wurden sowohl soziale Ziele implizit in die Programme integriert, wie auch, dass soziale Aktionsprogramme und spezielle Fonds eingerichtet wurden. Für Afrika südlich der Sahara wurde das Social Dimension of Adjustment Project (SDA), in Lateinamerika der Fondo Social de Emergencia (FSE) eingerichtet, der als Vorbild für viele weitere Fonds gilt.

Nichtsdestotrotz beurteilte man diese Maßnahmen als nicht ausreichend, vor allem die zu geringe Ausstattung der Fonds mit finanziellen Mitteln. Weiters wurde Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt immer noch vorrangig mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt und blieb dadurch primäres Entwicklungsziel der Weltbankpolitik.²⁹ Dieser Punkt entwickelte sich zum Hauptgegenstand der späteren Kritik, die sich primär auf die konzeptionelle Ebene des Washington Consensus bezog. Wobei auch hier beachtet werden muss, ob die ursprünglichen 10 Punkte kritisiert werden oder die Politik der internationalen Finanzorganisationen (IFOs.)

So merken kritische Stimmen an, dass die Agenda des Washington Consensus durchaus mit der Lehre von der angebotsorientierten Wirtschaftstheorie, Monetarismus und minimalem Staat verknüpft wurde – auch wenn, wie Williamson betont, die ursprünglichen zehn Punkte diese Inhalte nicht vermittelten. Und so werden die fehlende Regulierung der Finanzmärkte und die zu geringen Eingriffe des Staates, um fairen Wettbewerb und Transparenz zu gewähren, als Faktoren angeführt, die zu einem Scheitern der Strategie des Washington Consensus beitrugen. Auch die Reduktion des Budgetdefizits sollte nicht als Selbstzweck angestrebt werden, besonders wenn das Defizit ohnehin nur gering ist und sich das Land gerade in einer Rezession befindet, wie es in manchen Ländern

²⁸ Sehring (2003): S.13

²⁹ Führmann (2003): S.15ff

Lateinamerikas der Fall war. Das kann zu einem langfristigen Rückgang der Produktion führen.³⁰

Die Basis dieser späten, konzeptionellen Kritik kam aus den eigenen Reihen der IFOs, von Joseph Stiglitz, Chef der Weltbank von 1997 bis 2000 und einer der führenden Kritiker des Washington Consensus. Der Begriff des Post Washington Consensus ist auf ihn und den Titel seiner Rede 1998 „More Instruments and Broader Goals: Moving Towards the Post-Washington Consensus“ zurückzuführen.³¹

2.3.1. Die Kritik Joseph Stiglitzs und der Post-Washington Consensus

Stiglitz war Universitätsprofessor an den Universitäten Yale, Princeton, Stanford und Columbia und bekam 2001 den Wirtschaftsnobelpreis verliehen. Kellermann teilt ihm die Rolle des zentralen Experten der Gruppe der Finanzmarktstabilisierer zu, die der Ansicht der Selbstregulierung der Märkte widersprechen. In der Tradition des Neogramscianismus analysiert Kellermann den IWF und sieht durch Stiglitz den Transformationsmechanismus eines hegemonialen Projekts gestört.³²

Doch was sind nun die Hauptkritikpunkte von Stiglitz?

Erstens richtet er das Augenmerk auf die makroökonomische Stabilität, Handelsliberalisierung und eine richtige Preispolitik („getting the prices right“), sowie im Washington Consensus. Aber die Politik hat in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit für zusätzliche Maßnahmen vernachlässigt, um die Finanzmärkte zu regulieren und eine effektive Rolle des Staates in den Bereichen des Humankapitals und des Technologietransfers zu sichern. Weiters, so meint Stiglitz, werden in diesem Zusammenhang Mittel,

³⁰ Buria (2004): S.45

³¹ Stiglitz nach Fine, Ben (2001): S.2

³² Kellermann (2006): S.151ff

Hegemoniale Projekte beschreiben Bieling und Steinhilber als die dritte Ebene von Hegemonie, wobei die erste Ebene der historische Block ist, die gesamte soziale Ordnung aufgebaut auf Konsens- und Zwangsinstitutionen (z.B. der Fordismus für die entwickelte kapitalistische Gesellschaft). Die zweite Ebene ist der hegemoniale Block, der sich auf die dominierenden sozialen und politischen Kräfte bezieht. Im Allgemeinen werden mit hegemonialen Projekten politische Projekte bezeichnet, die den historischen und hegemonialen Block stabilisieren bzw. transformieren, indem Regulationsformen verändert werden bzw. Unterstützung in der Öffentlichkeit hergestellt wird. Für einen ausführlicheren Diskurs über den Neogramscianismus vgl. Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen: (2006)

spricht Privatisierung, Handelsliberalisierung und ein Anstieg des BIPs, mit Zielen verwechselt. Die Ziele sollten eigentlich ein nachhaltiges und gerechtes Wachstum sein, das zu einem generellen Anstieg des Wohlstands führen sollte.³³ So schreibt Stiglitz:

„[...] the focus on economics has confused [...] means with ends[...] . It has confused means with ends, because higher GDP is not an end in itself, but a means to improved living standards and a better society, with less poverty, better health, less crime, improved education and less environmental pollution.“³⁴

Zweitens sei die Welt zu kompliziert, um sie in der simplen Analyse des Washington Consensus zu erfassen. Entwicklung beinhalte marktunabhängige Faktoren und verlangte daher nach Interventionen. Für diesen Punkt ist es wichtig die intellektuelle Basis für Stiglitzs Kritik zu kennen. Diese liegt in der ökonomischen Schule des Neoklassizismus. Dabei wird besonders auf die Marktunzulänglichkeiten durch nicht perfekte Märkte hingewiesen.³⁵ Genauer gesagt müsse die Annahme von perfekt funktionierenden, sich selbst regulierenden Märkten verworfen werden, da diese in dieser Form in der Realität nicht existieren. Unzureichende Informationen, Risiko, Unsicherheit, Externalitäten oder öffentliche Güter verhindern ein perfektes Funktionieren der Marktmechanismen und es kommt zu Marktunvollkommenheiten bzw. Marktversagen. Unter diesen Umständen muss sich nicht der Markträumungspreis durch den Preismechanismus einstellen, etc.³⁶ Gerade in Entwicklungsländern sind mögliche Unvollkommenheiten oder Mängel der freien Märkte häufig zu finden, würden vom Washington Consensus jedoch unterschätzt bzw. gar nicht berücksichtigt. Somit wird auch die Rolle des Staates in Bezug auf Bereitstellung wichtiger Informationen oder in Bezug auf die Korrektur von Marktunzulänglichkeiten und somit der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Marktes nicht gesehen.³⁷

³³ Parkins (2004): S.2

³⁴ Stiglitz (2003): S.78

³⁵ Parkins (2004): S.2

³⁶ Die neoklassische Theorie besagt, dass beim Gleichgewichtspreis sich Angebot und Nachfrage schneiden und sich ein Gleichgewicht auf den Märkten bildet. Das Angebot entspricht der Nachfrage, daher wird der Gleichgewichtspreis auch Markträumungspreis genannt. vgl. Olivier Blanchard und Gerhard Illing: Makroökonomie. 3. Auflage, München 2004

³⁷ Führmann (2004): S.20f

Was in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss, ist, dass die Idee vom Staat als Regulator der Imperfektionen des Marktes an sich nichts Neues ist, aber es gibt eine zusätzliche Komponente und zwar, dass diese Imperfektionen auf unzureichenden Informationen und Asymmetrien beruhen. Wenn Informationen unzureichend sind, arbeiten Märkte nicht effizient und eine Theorie, die auf perfekten Märkten aufbaut, kann in Realität nicht bestehen.

Drittens hat Stiglitz eine neue Sichtweise von der Beziehung zwischen Markt und Staat. Während oftmals auch die Kritiker des Washington Consensus die beiden als Gegenspieler betrachten, sieht Stiglitz die beiden als sich ergänzend:

„The state has an important role to play in appropriate regulation, industrial policy, social protection and welfare. But the choice is not whether the state should or should not be involved. Instead, it is often a matter of how it gets involved. More importantly, we should not see the state and markets as substitutes [...] the government should see itself as a complement to markets, undertaking those actions that make markets fulfill their functions better.“³⁸

Viertens kritisiert Stiglitz die starre Ausrichtung an der Inflationsbekämpfung, die an sich in den ursprünglichen zehn Punkten des Washington Konsensus gar nicht enthalten ist und lediglich für hoch- und mittelinflationäre Staaten Sinn machen würde. In Bezug auf die Phillipskurve³⁹ sei es ökonomisch nicht unbedingt sinnvoll, ohnehin niedrige Inflationsraten noch weiter nach unten zu drücken.

Fünftens sei die Agenda des Washington Consensus unvollständig und müsse u.a. durch Technologietransfer, Transparenz, Krisenmanagement und Ownership ergänzt werden.⁴⁰ Vor allem auf Ownership und Partizipation soll von Stiglitz aus viel Wert gelegt werden,

³⁸ Stiglitz nach Fine (2001): S.3

³⁹ Die Phillipskurve bildet den Zusammenhang zwischen der Veränderung von Nominallöhnen bzw. Preisen und der Arbeitslosenquote ab und wurde ursprünglich aus einem empirischen Zusammenhang abgeleitet. Sie besagt bei einer niedrigeren Arbeitslosenquote ist die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften höher und daher können höhere Löhne ausgehandelt werden, sprich ein positiver Zusammenhang zwischen niedriger Arbeitslosenquote und höherer Inflation. Für weitere Informationen vgl. Olivier Blanchard und Gerhard Illing: Makroökonomie. 3. Auflage, München 2004

⁴⁰ Rühling (2007): http://www.epd.de/index_27525.htm

da der Kern von Entwicklung darin besteht, eine Veränderung im Denken der Menschen in den betroffenen Ländern zu erwirken und das kann nicht erzwungen werden.⁴¹

Somit zeigt sich das weiter gefasste, holistische Verständnis von Entwicklung, die nun nicht nur Wirtschaftswachstum umfasst, was ja nach Stiglitz ein entscheidender Punkt des Post-Washington Consensus sein soll.

Jedoch differieren die Bedeutungen des Begriffes des Post-Washington Consensus von Autor zu Autor bzw. wird die Existenz eines solchen auch in Frage gestellt. Fakt ist, dass die breit gefächerte Kritik am Washington Consensus zu neuen Ansätzen in der Entwicklungspolitik geführt hat. Stiglitz hat einerseits zur dieser Kritik beigetragen, andererseits auch den Begriff des Post-Washington Consensus geprägt, weshalb oftmals seine Vorstellungen von einem neuen Entwicklungskonzept als Post-Washington Consensus gesehen werden. Dennoch denke ich, dass ein Diskurs über einen Post-Washington Consensus über Stiglitz hinaus besteht, da es zwischen ihm und den Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs) der Weltbank viele inhaltliche Überschneidungen gibt, wie sich im nächsten Kapitel zeigen wird (wie z.B. Armutsreduktion und Berücksichtigung der Verteilung oder Ownership und Partizipation). Stiglitz begann jedoch erst um 1998 öffentlich mit seiner Kritik, während der PRSP-Ansatz der Weltbank offiziell schon ab 1999 verfolgt wurde. Ein Jahr ist aber zu kurz, um die gesamte politische Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit zu verändern, weshalb meiner Meinung nach, der Post-Washington Consensus weiter gefasst werden muss, als ihn nur auf die Kritik und Ideen von Stiglitz zu beziehen. Daher schließe ich mich der Ansicht an, dass die PRSP als die bedeutendste praktische Umsetzung des Post-Washington Consensus zu sehen sind.⁴²

Im folgenden Kapitel werde ich nun die für mich wichtigsten, bzw. in der Literatur am häufigsten angeführten oder geforderten neuen Ansätze vorstellen, aber vor allem auch die wichtigsten Punkte ihrer praktischen Umsetzung in den PRSP.

2.4. Der Post-Washington Consensus

Ab 1999 wurde im Zuge des PRSP-Ansatzes Armutsreduktion das Hauptziel der Programme der IFOs in Staaten mit geringem Einkommen. Das beudeute einen Schritt weg

⁴¹ Stiglitz (2003): S.87f

⁴² Vgl. z.b. Führmann (2003): S.48 bzw. Sehring

von dem Fokus auf makroökonomische Ungleichgewichte und Marktverzerrung durch Stabilisierung und Strukturanpassung. Die PRSPs bestimmen zusätzlich zur Country Assistance Strategy (CAS) die Entwicklungsstrategien und werden theoretisch in Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen der Entwicklungsländer mit Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft und von Stakeholders von Unternehmen und der armen Bevölkerung ausgearbeitet, was auf den neuen partizipatorischen Ansatz zurückzuführen ist, den ich später noch genauer beschreibe. Die ESAF des IWFs wurden durch die Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF) ersetzt und die PRSP wurden integraler Bestandteil der Heavily Indebted Poor Country (HIPC) Initiative⁴³ und eine Voraussetzung für den Zugang zu einem Poverty Reduction Support Credit (PRSC) der Weltbank, der 2001 eingeführt wurde. Das Resultat war, dass bilaterale Darlehen, konzessionierte Kredite und Entschuldungen immer mit der Strategie der Armutsreduktion verbunden wurden.⁴⁴ Doch das ist nicht der einzige Unterschied zum Washington Consensus, jedoch der grundlegende, da er die Basis für die meisten anderen Punkte bildet. Im folgenden stelle ich diese Punkte vor. Die meisten sind sowohl bei Stiglitz, wie auch in den PRSPs zu finden, auf Ausnahme weise ich aber im Besonderen hin.

2.3.1. Neue Zielsetzung

Als erster Unterschied zum Washington Consensus fällt auf, dass Wirtschaftswachstum nicht mehr das Hauptziel ist, sondern als Instrument zur Armutsreduktion gesehen wird.⁴⁵ Die weitläufigere Zielsetzung des Post-Washington Consensus umfasst, die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung und insbesondere die Reduktion der Armut. Es solle eine gerechte, nachhaltige und demokratische Entwicklung stattfinden, die alle gesellschaftlichen Gruppen einschließt, die die natürlichen Ressourcen nicht ausbeutet und den Umweltschutz mit einbezieht. Weiters sollten die Bürger in die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, von denen sie betroffen sind, mit einbezogen werden.

⁴³ Die HIPC-Initiative – von der G7 initiiert und von Weltbank und IWF 1996 beschlossen – ist eine Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete arme Länder. 1999 auf dem G7-Gipfel in Köln wurde eine Erweiterung der Schuldeninitiative (HIPC II) beschlossen. Das Ziel ist, die Verschuldung der betroffenen Länder auf ein tragfähiges Niveau zu reduzieren und die Voraussetzung dafür ist u.a. die Vorlage eines PRSP. Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): <http://www.bmz.de/de/service/glossar/hipc-initiative.html> [15.06.09]

⁴⁴ UNCTAD (2002): S.1-5

⁴⁵ UNCTAD (2002): S.1-5

Damit werden die Konzepte von Ownership, das bedeutet eine gewisse Eigenverantwortung der Regierungen der betroffenen Länder in Bezug auf die Entwicklungsstrategien, und von Partizipation, d.h. eine Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Zielgruppe bei deren Ausarbeitung, eingeführt.⁴⁶

2.3.2. Partizipation

Im Sourcebook fasst die Weltbank Leitlinien zur Erstellung der PRSPs zusammen, die jedoch nicht zwingend sind, sondern auch selektiv, entsprechend den lokalen Voraussetzungen angewendet werden könne. Partizipation wird dabei folgendermaßen beschrieben:

„Participation is the process through which stakeholder⁴⁷ influence and share control over priority setting, policy making, resource allocations and access to public goods and services. There is no blueprint for participation because it plays a role in many different contexts, different projects and for different purposes. However, in whatever context or reason they are used, participatory process or civic engagement in the poverty reduction strategy allows countries to begin exchanging information with other stakeholders and thereby increase the transparency of their decision making.“⁴⁸

Das Problem dieses Ansatzes beginnt dabei aber schon bei der Definition von Partizipation, diese kann nämlich in verschiedenen Stufen umgesetzt werden.

- Informationsweitergabe
- Konsultation
- Gemeinsame Verantwortung
- Gemeinsame Formulierung
- Formale Zustimmung/Ablehnung

⁴⁶ Führmann (2004): S.26

⁴⁷ Als „Interessensgruppen“ gelten die allgemeine Öffentlichkeit, die Armen und Marginalisierten, der private Sektor, nationale und regionale Regierungen, Institutionen der repräsentativen Demokratie, die internationale Gebergemeinschaft und die organisierte Zivilgesellschaft, wie Gewerkschaften, Verbände, Universitäten, Medien und NGOs.

⁴⁸ Weltbank nach Knoke (2003): S.77

Die Verantwortung für die Umsetzung wird bei allen Akteuren gesehen, die höchste Form der Partizipation - die Mitentscheidung bzw. die Formulierung der Programme – kommt aber ausschließlich den Parlamenten bzw. den internationalen Gebern zu.⁴⁹

Daher üben die IFOs weiterhin den größten Einfluss auf die Gestaltung der PRSP durch die Konditionalitäten aus, anstatt eine unterstützende Rolle zu spielen. Die Länder haben vor allem im Bereich der sozialen Sicherung einen größeren Spielraum und nicht in der Formulierung eigener Entwicklungsstrategien. Kritiker meinen, dass durch die Prinzipien von Ownership und Partizipation vor allem Legitimation in der Bevölkerung und in der Politik für die herkömmlichen Anpassungsprogramme und Stabilisierungsmaßnahmen angestrebt wird.⁵⁰ Doch auf die Kritik am Post-Washington Consensus und auch im speziellen am Konzept der Partizipation werde ich nachher noch genauer eingehen.

2.3.3. Stärkere Rolle des Staates

Von Stiglitz wird -wie schon angeführt - die Rolle des Staates als Komplement des Marktes und folglich eine Stärkung des Ersteren gefordert. Die stärkere Rolle, die dem Staat im Washington Consensus zu Teil wird, findet aber auch noch in anderen Punkten Ausdruck.

Ownership

Neben Partizipation ist Ownership einer der Hauptpunkte der PRSPs. Es soll die Strategie zur Armutsreduktion von den nationalen Regierungen mit Partizipation der schon erwähnten Stakeholder eigenverantwortlich erstellt werden. Kurz gesagt ist das Ziel eine stärkere Eigenverantwortung der nationalen Regierungen. Partizipation ist somit ein Teil von Ownership. Eine Voraussetzung dafür ist ein effektiver und legitimierter Staat. Oftmals sind die Kapazitäten der Regierung und ihrer Verwaltung jedoch zu gering, um Verantwortung für Entwicklungspläne zu übernehmen. Dazu haben u.a. auch frühere Praktiken der internationalen EZA beigetragen, da oftmals wirtschaftspolitische Strategien und Maßnahmen insbesondere im Rahmen der SAPs oftmals ohne Miteinbeziehung nationaler Regierungen beschlossen wurden und die Einsparungen im öffentlichen Sektor haben diesen noch zusätzlich geschwächt. Im heutigen Entwicklungsparadigma dagegen

⁴⁹ Knoke (2003): S.78

⁵⁰ UNCTAD (2002): S.5f

gilt ein effektiver und legitimer Staat mit funktionierenden Institutionen als wesentlich für den Erfolg von entwicklungspolitischen Strategien und wirtschaftlicher Entwicklung.⁵¹

Good Governance

Im Zusammenhang mit Ownership wird auch der Ansatz von „governance“ bzw. „good governance“ in das neue Paradigma mit einbezogen. Der Ansatz ist an sich nicht neu, schon Ende der 1980er Jahre begann sich die Ansicht durchzusetzen, dass Entwicklung auch im Zusammenhang mit dem jeweiligen Staat steht und seit Mitte der 1990er Jahr findet dieser Ansatz immer mehr Beachtung in den entwicklungspolitischen Strategien.⁵² In die SAPs wurde er jedoch nicht eingearbeitet, in die PRSPs dagegen schon. Somit wird „Good Governance“ von der Weltbank folgendermaßen definiert wird:

“[...] the institutional capability of public organizations to provide the public and other goods demanded by a country’s citizens or their representatives in an effective, transparent, impartial, and accountable manner.”⁵³

Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine Reihe von Antikorruptionsmaßnahmen vorgeschlagen, Maßnahmen für die Schaffung einer verlässlichen Verwaltung aufgezeigt und versucht, Transparenz der staatlichen Ausgaben zu schaffen. Weiters sollen rechtliche Reformen Eigentumsrechte schützen bzw. sollen die Menschenrechte mit Nachdruck umgesetzt werden.

Große Beachtung wird dabei den Antikorruptionsmaßnahmen geschenkt, da sich Korruption schwerwiegend auf die finanzielle Unterstützung auswirkt. Dabei wurde zu Zeiten der SAPs ein aufgeblähter Staatsapparat als Nährboden für Korruption gesehen und so sollte dieser durch einem „schmalen“ Staat Einhalt geboten werden. Heute wird dagegen statt weniger Staat für einen besseren (effizienteren) Staat plädiert, wobei Beamte angemessen bezahlt werden sollen, wodurch ein Anreiz für Korruption weg fällt; auch wenn dieser Gedanke noch eher ein ideeller Ansatz ist und noch nicht vollkommen in den PRSP umgesetzt wird.⁵⁴

⁵¹ Kübelböck (2006): S.7ff

⁵² BMZ:
<http://www.bmz.de/de/suche/search.php?SearchWord=good+governance&sortOrder=score&x=0&y=0>

⁵³ Weltbank nach UNCTAD (2006): S.51

⁵⁴ UNCTAD (2002): S.51ff

Stiglitz geht im Zusammenhang mit „Good Governance“ vor allem auf die Korruption ein und z.B. schlägt u.a. eine stärkere Gewaltenteilung mit einer unabhängigen Justiz sowie eine effektive Aufsicht in den Institutionen vor. Denn ein schwacher Staat ist aber nicht nur an sich ein Problem, sondern vor allem auch dann wenn der Staat – wie bei Stiglitz – als Komplement des Marktes fungieren soll. Wenn Regierungen nicht stark genug sind die Infrastruktur zur Unterstützung des Marktes bereitzustellen, kann Marktversagen nicht zufriedenstellend korrigiert werden.⁵⁵

Regulierung

Ein weiterer Punkt, der auch mit dem Verhältnis Staat – Markt zu tun hat, ist der, der Regulierung. In diesem Zusammenhang müssen zwei Seiten betrachtet werden. Einerseits wird in Liberalisierung und Deregulierung immer noch – sowie in den SAPs – ein wichtiger Schlüssel für Wirtschaftswachstum gesehen. Ein wichtiger Bereich ist dabei der Finanzsektor. So enthalten die PRSP auch Reformen bzw. Konditionen, die auf die Deregulierung der Finanzmärkte, auf marktbestimmte Zinssätze oder auf die Einführung von Wertpapieren und bestimmten Finanzinstrumente abzielen.

Andererseits wird aber auch der Ruf nach effektiverer Regulierung und Überwachung der Märkte allgemein, aber besonders in Bezug auf die Finanzwelt lauter.⁵⁶ Stiglitz übernimmt auch hier eine Vorreiterrolle und fordert eben den Staat als Komplement des Marktes. Er verlangt einen funktionierenden Wettbewerb, geschaffen durch Regeln, die Entwicklungen wie Monopolbildung verhindern sollen. Dafür muss wiederum der Aufbau einer institutionellen Infrastruktur gefördert werden. Besondere Beachtung wird dabei - wie schon erwähnt - dem Finanzmarkt zuteil. Finanzmarktregulierungen und -aufsichten sollen die bestehenden Informationsmängel beseitigen und weiters Sicherheit schaffen, damit Vertrauen in die Finanzsysteme entsteht. Regulierungen aber, die den Wettbewerb behindern, sollen abgeschafft werden.

Auch in der neuen Strategie der Weltbank wird dem Staat mehr Verantwortung zu Teil. Der Staat soll Marktversagen ausgleichen und für einen freien Zugang – insbesondere für die Armen – sorgen, aber zusätzlich sollen auch staatliche Umverteilungsmaßnahmen, wie Steuern und Abgaben, Ungleichheiten reduzieren.⁵⁷

⁵⁵ Führmann (2004): S.27

⁵⁶ UNCTAD (2002): S. 28

⁵⁷ Führmann (2004): S.27

2.3.4. Geberkoordination

Geberkoordination ist ein wichtiger Punkt des Post-Washington Consensus, denn wie schon erwähnt, ist in Empfängerländer die Infrastruktur oftmals nicht ausreichend ausgebaut und ist somit u.a. mit der Organisation und Koordination von einer Vielzahl von Gebern überfordert. Die Idee ist nun, dass bilaterale und multilaterale Organisationen, Gewerkschaften, NGOs, Stiftungen und der Privatsektor sich untereinander koordinieren, wobei die nationalen Regierungen dennoch im Mittelpunkt stehen sollen. Diese sollen den Rahmen für die Geber vorgeben, die dann wiederum entscheiden, wofür sie die Mittel verwendet haben wollen. Das Problem ist dabei, dass kleine Projekte abgelehnt werden, weil der Schaffung günstiger Bedingungen für Sektor- und Landstrategien Vorrang gegeben wird.⁵⁸ Dieser Punkt besteht auch vor allem noch in der Theorie von Stiglitz, denn die Empirie zeigt, dass die Umsetzung noch verbesserungswürdig ist. Zunehmend kann ein gemeinsamer Monitoring-Prozess der Geber beobachtet werden; eine Verringerung der Belastung der lokalen Institutionen hat aber noch nicht eingesetzt, die Anzahl der Review-Prozesse, die verarbeitet werden müssen, haben sich durchschnittlich sogar noch erhöht.⁵⁹

2.3.5 Förderung von Technologie und Humankapital

Bildungs- und Gesundheitswesen sind die zwei Schlüsselsektoren in den PRSP zur Förderung von Humankapital. Dabei wird der Fokus verstärkt auf Primärbildung gelegt, die allen zugänglich sein soll, das heißt, für die Zielgruppen werden Schulgebühren reduziert bzw. abgeschafft und Schulbücher sollen gratis zur Verfügung gestellt werden. Dazu ist eine Erhöhung der Investitionen im Bildungsbereich notwendig. Sekundäre und tertiäre Bildung bzw. bessere medizinische Versorgung dagegen werden als Privatsache angesehen und sollen somit zumeist kostenpflichtig bleiben bzw. werden.⁶⁰ Die Förderung von Humankapital wird somit in den PRSPs gezielt verfolgt, Stiglitz fügt jedoch noch einen weiteren Faktor hinzu. Durch die Förderung von Humankapital soll nämlich indirekt auch eine Förderung von Technologie erreicht werden.

Beide Faktoren sind wichtig für Wirtschaftswachstum und werden im Washington Consensus zu wenig berücksichtigt, dabei sind sie eng miteinander verknüpft. Einerseits

⁵⁸ Sehring (2003): S.33f

⁵⁹ Kühbelböck (2006): S.8ff

⁶⁰ UNCTAD (2002): S.42ff

tragen Investitionen ins Bildungssystem an sich schon zum Wachstum bei, andererseits aber auch zum Technologietransfer, da dieser insbesondere im tertiären Bildungsbereich gefördert werden kann. Somit sollte der Staat vor allem in den Bildungssektor investieren. Aber auch Foreign Direct Investment (FDI) kann zur Förderung der Technologie beitragen.⁶¹

Viele der oben ausgeführten Punkte finden implizit oder auch explizit schon in den vier Kernprinzipien der PRS (Poverty Reduction Strategy) von IWF und die Weltbank Ausdruck, an denen sich die Ausarbeitung der länderspezifischen PRSPs orientieren soll. Diese werden folgendermaßen zusammengefasst.

Eigenverantwortung der der Länder (Partizipation auf breiter Basis)

Durch die Eigenverantwortung der Länder sollen die Reformen besser auf die lokalen Gegebenheiten angepasst und besser durchführbar sein. So kann Partizipation zu einer besseren Qualität der Strategien beitragen und ein Umfeld für starke lokale Regierungen und Rechtsstaatlichkeit schaffen.

Mittel- bis langfristige Ausrichtung

Die Entwicklungsziele sollen mittel- und langfristig definiert werden und sich auf die Überwindung von Wachstumshemmnissen in Bezug auf Institutionen und Kapazitäten der Regierungen konzentrieren.

Umfassende Basis und Ergebnisorientiertheit

Nachhaltige Entwicklung soll durch Verbesserung der Lebensumstände der ärmsten Bevölkerungsschichten durch starkes Wirtschaftswachstum erreicht werden, wozu sowohl makroökonomische Stabilität, strukturelle Reformen und soziale Sicherheit notwendig sind, aber auch ein weitläufigeres Verständnis von Armut und besser geeignete Maßstäbe für die Messung des Fortschritts als es bis dahin üblich war.

Partnerschaftliche Organisation

Die Partnerschaften zwischen den nationalen Regierungen, externen Akteuren und nationalen Stakeholders sollen durch eine national ausgearbeitete Strategie effizienter und die Verantwortung besser aufgeteilt werden, um bessere Ergebnisse zu erzielen.⁶²

⁶¹ Führmann (2004): S.27

⁶² IWF und Weltbank (2005): S.18

Derzeit (Stand April 2009) wurde für 67 Länder mindestens ein PRSP oder mindestens ein IPRSP erarbeitet. (Für eine genaue Auflistung vgl. Anhang 1).⁶³

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Entwicklungsstrategien nun offiziell auf Armutsreduktion ausgerichtet sind und die Ansicht des Trickle Down Ansatzes verworfen wurde. Daher werden Maßnahmen unterstützt, die der armen Bevölkerung den Zugang zu Bildung und Gesundheitsdienstleistung verbessern. Nichtsdestoweniger werden strukturelle Anpassung und makroökonomische Stabilisierungsmaßnahmen weiterhin als bester Weg für schnelles und nachhaltiges Wachstum angesehen, auch wenn anerkannt wird, dass sie ungünstige Auswirkungen auf die Armen haben können.⁶⁴

2.3.6. EXKURS: Der Monterrey Consensus

Ausdruck findet der Post-Washington Consensus bzw das allgemeine Umdenken in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit nicht nur in den PRSPs, sondern auch in den globalen Konferenzen in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit. In diesem Zusammenhang wird oftmals der Monterrey Consensus erwähnt. Monterrey war die erste große Konferenz (International Conference on Financing for Developing) abgehalten im März 2002 in Monterrey in Mexiko, die von der UNO in Zusammenarbeit mit der Weltbank, dem IWF, der WTO (World Trade Organization) und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft und des Privatsektors organisiert wurde und von manchen Autoren als Wendepunkt im Kampf gegen die Armut gesehen wird. Es sollten noch weitere solcher Konferenzen folgen, wie u.a. in Doha, oder, Cancún.

Das Ziel von Monterrey war es, konkretere Maßnahmen im Kampf gegen die Armut zu setzen, wie FDI und ODA (Official Development Assistance) zu erhöhen, Korruption zu bekämpfen, Schulden zu reduzieren, besseren Marktzugang für Entwicklungsländer zu gewähren, gesunde makroökonomische Politik zu machen und internationale Steuerkooperation stärken. Auch wenn kein Konsens darüber gefunden wurde, wie diese Ziele zu erreichen seien.⁶⁵

⁶³ Weltbank (2009): <http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/boardlist.pdf>

⁶⁴ UNCTAD (2002): S.1-5

⁶⁵ Wabl (2002): <http://www.un.org/Pubs/chronicle/2002/issue1/0102p17.html>

Der Erfolg dieser Konferenz wird daher aber bezweifelt. Einerseits wurde, wie ich in der Kritik noch näher erläutern werde, die analytische Basis in Bezug auf den Washington Consensus nicht weiterentwickelt, so kam der Ausdruck “the Washington Consensus wearing a sombrero” auf. Andererseits haben sich die ODA Finanzflüsse danach nicht wirklich erhöht.

Aber die Konferenz zeigt die Zusammenarbeit zwischen UN und den IFOs. Zwar sind die PRSP und die Millennium Development Goals (MDG)⁶⁶ institutionelle Einrichtungen, da die PRSP aus der HIPC Initiative hervorgegangen sind, für deren Umsetzung die Weltbank und der IWF verantwortlich sind und die MDGs wurden im Laufe einiger von den Vereinten Nationen geführten, internationaler Konferenzen in den 1990er Jahren entwickelt. Dennoch können die beiden Initiativen nur schlecht voneinander getrennt werden, repräsentieren die MDGs ja einerseits den internationalen Konsens von dem, was zu erreichen ist und die PRSP geben vor, wie diese Ziele nach der Meinung der Bretton Woods Institute zu erreichen sind.⁶⁷

2.5. Kritik am Post-Washington Consensus

Da – wie angeführt- der Post-Washington Consensus derzeit noch nicht so einheitlich definiert ist, werde ich mich in der Kritik am Post-Washington Consensus vor allem auf die Kritik an den oben vorgestellten Punkten halten bzw. an deren Umsetzung in den PRSPs. Nur der erste Punkt bezieht sich konkret auf die analytische Basis.

2.5.1. Kritik an der analytischen Basis

Die analytische Basis des Post-Washington Consensus wird, wie beim Washington Consensus, als zu eng angesehen, da sie weiterhin auf der derzeitigen ökonomischen Weltansicht beruht und Wirtschaft und soziale Beziehungen auf nur zwei Faktoren reduziert.

⁶⁶ Die MDGs wurden 2000 bei dem bis dahin größten Gipfeltreffen der UN von 189 Ländern beschlossen. Aus der so genannten Millenniumserklärung wurden später acht internationale Millenniumsentwicklungsziele abgeleitet, die bis 2015 umgesetzt werden sollten; und zwar: 1) den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren 2) allen Kindern eine Grundschulausbildung ermöglichen 3) die Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rechte von Frauen stärken 4) die Kindersterblichkeit verringern 5) die Gesundheit der Mütter verbessern 6) HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen 7) den Schutz der Umwelt verbessern 8) eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen. Vgl Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): <http://www.bmz.de/de/service/glossar/hipc-initiative.html> [15.06.09]

⁶⁷ Culpeper (2004): S.232ff

Einerseits individuelles Verhalten und zweitens imperfekte Märkte aufgrund von imperfekten Informationen. Es zeigt sich aufgrund der makroökonomischen Ausrichtung und der strukturellen Anpassungspolitik, dass die analytische Basis des Post-Washington Consensus die gleiche ist, wie die des Washington Consensus. An sich entspricht die Sichtweise des letzteren einfach einem Spezialfall des ersteren, in dem einfach alle Informationen perfekt verfügbar sind. Politische Analysekatoren wie z.B. Macht werden nicht beachtet.

Ben Fine fasst das folgendermaßen zusammen:

“Essentially, the capitalist economy is seen as a construct of imperfectly informed individuals, imperfectly coordinated through the market place.”⁶⁸

2.5.2. Kritik am Konzept der Partizipation

Vor allem die Kritik an diesem ambitionierten Punkt ist sehr weit reichend und kommt sowohl aus der Zivilgesellschaft, wie auch aus den eigenen Reihen der Weltbank und des IWFs. NGOs kritisieren insbesondere die Umsetzung der Idee der Partizipation, konkret werden folgende Punkte angeführt, die aus empirischen Beobachtungen abgeleitet wurden:

- Wesentliche Aspekte sind nicht beeinflussbar

Der makroökonomische Rahmen für die Entwicklungsstrategien sind starr von den IFOs vorgegeben, da die Entwürfe der PRSPs ohne Partizipation der Zivilgesellschaft ausgearbeitet werden.⁶⁹ UNCTAD merkt zu diesem Problem an, dass einerseits manche Ziele für die lokale Bevölkerung nicht weit genug gesteckt sind, wie z.B. oftmals die Abschaffung von Gebühren für alle Bildungsstufen gewünscht wird, oder Korruption eher bei Polizisten, Lehrern oder Ärzten bekämpft werden sollte und weniger bei Politikern und Geschäftsleuten, da die Menschen mit den erstgenannten Leuten direkt in Kontakt stehen, und mit den anderen nicht. Andererseits kommt es aber auch zu direkten Interessenkonflikten, wenn es z.B. um die Landwirtschaft, den Arbeitsmarkt oder makroökonomische Reformen geht.

⁶⁸ Fine (2001): S.6

⁶⁹ Knoke (2002): S.78f

„Positions on agriculture, labour markets, macro-policies, income distribution and the private sector, [...] are to a large degree incompatible. In these areas, policy preferences of IFIs [Anm. International Finance Institutions] and/or national governments rather than expectations and aspirations of the poor appear to have prevailed. This is hardly surprising since there are limits to what the policy aspirations of the poor can contribute directly to the formulation of an effective poverty reduction strategy“⁷⁰

- Fehlendes Interesse der lokalen Regierungen an Partizipation

Regierungen haben vor allem das Interesse die Konditionalitäten der IFOs zu erfüllen, um so finanzielle Unterstützung zu erhalten. Somit wird Partizipation nur als eine weitere Konditionalität, die erfüllt werden muss, wahrgenommen und der Partizipationsprozess verliert dadurch an Qualität und die Zivilgesellschaft wird nur ungenügend mit eingebunden.

- Das Fehlen eines strukturierten Prozesses

Dazu zeigt sich, dass der Prozess an sich nicht strukturiert abläuft. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen werden zu verschiedenen Treffen eingeladen, wodurch kein kontinuierlicher Diskussionsprozess zustande kommen kann.

- Zentralistischer Charakter der Partizipation

Der Prozess der Partizipation reduziert sich in vielen Fällen auf die Hauptstadt, da Organisationen der Zivilgesellschaft dort ihren Hauptsitz haben, wodurch die ländliche Bevölkerung keinen Zugang zu diesem Prozess hat.

- Ein zu enger Zeitplan

Da die PRSPs oftmals mit einem Erlass der Schulden einhergehen, versuchen nationale Regierungen schnell die verlangten Konditionen zu erfüllen, was den Zeitrahmen für einen umfassenden Partizipationsprozess zu eng werden lässt.

- Mangel an Ressourcen

Den Organisationen der Zivilgesellschaft fehlt es oftmals schlicht an Ressourcen, um am Partizipationsprozess teilnehmen zu können.

⁷⁰ UNCTAD (2002): S.15f

- Keine allgemeine Fassung der PRSPs

In zahlreichen Fällen werden die PRSPs in Englisch und nicht in der Landessprache verfasst, was vor allem bei dem Verständnis von technischen Inhalten ein Problem darstellt.⁷¹

Zusätzlich kritisiert UNCTAD im Zusammenhang mit dem Verständnis der PRSPs, dass allgemein ein Informationsmangel besteht, der insbesondere der ländlichen Bevölkerung ein Verstehen der Entwicklungsstrategien nur unzureichend ermöglicht, wodurch es ihnen zusätzlich erschwert wird, am Partizipationsprozess teilzuhaben.⁷²

Der IWF und die Mitarbeiter der HIPC Initiative befürchten dagegen, dass durch den Versuch die Zivilgesellschaft in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen, die PRSP der parlamentarischen Untersuchung entgehen könnten. Es wird angeführt, dass die Gefahr besteht, dass konventionelle demokratische Institutionen untergraben werden könnten. Das Argument dafür lautet:

“... that section of civil society which has actively engaged with the dominant national development project ... is invariably amongst the most well-funded, is almost completely donor-dependent ... Parliament may therefore offer more leverage for exerting autonomy than civil society precisely because it is not dependent on foreign donors.”⁷³

2.5.3. Kritik am Konzept der Ownership

Die Kritik am Konzept der Ownership besteht aus zwei Hauptpunkten.

Erstens spielt das Konzept von Ownership - wie oben angeführt – in Bezug auf Geberkoordination eine große Rolle. Theoretisch sollten die Geber über die Vergabe ihrer finanziellen Mittel anhand einer national ausgearbeiteten Strategie entscheiden. Praktisch kam es aber viel öfters vor, dass die ausgearbeitete Strategie eher den Vorgaben der Geber entsprach und nicht umgekehrt, dass sich die Geber an die Vorgaben hielten.⁷⁴ Zweitens gehört zum Prozess des Aufbaus eines legitimen, starken Staates, wie es Voraussetzung für

⁷¹ Knoke (2002): S.79

⁷² UNCTAD (2002): S.15f

⁷³ UNCTAD: (2002): S.12

⁷⁴ Kühbelböck (2006): S.8ff

Ownership ist, der Eingriff in lokale politische Prozesse, wie z.B. die Förderung von sozialen und Oppositionsbewegungen. Das Problem dabei ist, dass solche bewussten Interventionen nicht unabhängig von der politischen Einstellung des Gebers stattfinden.⁷⁵

2.5.4. Kritik an den Konditionalitäten

Im Zusammenhang mit der Kritik an Partizipation und Ownership steht die Kritik an den Konditionalitäten. Die Frage ist nämlich, wie die beiden neuen Konzepte mit der Verknüpfung von Finanzhilfe bzw. Schuldenerlass mit Konditionen einhergehen, wie es in den PRSPs der Fall ist.

Ursprünglich fungierten Konditionen als Schutz der finanziellen Sicherheit der Bretton Woods Institute und ihrer Ressourcen, doch bis heute wurden es immer mehr Bereiche, in denen solche Bedingungen Einzug fanden. In den 1980er beschränkten sich die Konditionen auf geld- und fiskalpolitische Angelegenheiten, während heute – wie oben aufgezeigt - beinahe alle Sektoren mit einbezogen werden. Das geht soweit, dass Studien zu dem Schluss kommen, dass die entwicklungspolitischen Programme durch die Fülle an Konditionen oftmals ineffizient, schwer umsetzbar, zeitlich zu aufwendig und manchmal in sich widersprüchlich aufgebaut waren.⁷⁶

Schon zu Zeiten der SAPs wurden Konditionen als eine wesentliche Ursache für den Misserfolg der damaligen Entwicklungsstrategie gesehen. Die Vergabe der PRGF (Poverty Reduction Growth Facility) sollte sich eigentlich an den Punkten der PRSP orientieren, dabei wird oft der umgekehrte Weg gegangen, was selbst der IWF anmerkt:

„ [...] there are doubts about the claim that (PRGF) program design is guided by the PRSP. In fact, the case studies suggest that the reverse influence is more common, with the PRSP drawing key elements of its macroeconomic framework from negotiations on a PRGF supported program”⁷⁷

So haben zwar wie schon zu Zeiten der SAPs die Konditionen positive Auswirkungen auf die makroökonomische Stabilisierung, aber negative soziale Folgen, wobei Armutsreduktion vom Ansatz her doch im Vordergrund stehen sollte. Zwar gab es 2000

⁷⁵ Kühbelböck (2006): S.7ff

⁷⁶ UNCTAD (2002): S.16

⁷⁷ IWF nach Kühbelböck (2006): S.8ff

die „Streamlining initiative“ des IWFs, die in Zusammenarbeit mit der Weltbank eine Reduzierung der Konditionen verfolgte, doch wurde diese Initiative nicht in allen Ländern durchgesetzt. Die hohe Anzahl an Konditionen, vor allem an jenen, die wenig Rückhalt in der lokalen Bevölkerung genießen – wie Liberalisierungen und Privatisierungen – führen oftmals zu Spannungen zwischen Geber- und Empfängerländer und stellen – wie schon angedeutet – die Konzepte von Ownership und Partizipation in Frage.⁷⁸

2.5.5. Kritik in Bezug auf das Bildungs- und Gesundheitswesen

In Bezug auf das Bildungs- und Gesundheitswesen wird vorrangig kritisiert, dass die Maßnahmen nicht weit reichend genug sind; dass freier Zugang zu diesen Dienstleistungen nur auf einem primären Level umgesetzt werden soll, wobei höhere Bildung und bessere medizinische Versorgung dem Markt überlassen werden soll. Der Grund hierfür ist, dass befürchtet wird, dass sich höhere öffentliche Ausgaben in diesen Bereichen negativ auf die Einkommensverteilung auswirken könnten, sprich dass reichere Haushalte davon mehr profitieren würden als ärmere. UNCTAD hält das nicht für wahrscheinlich und schreibt:

*„That is, however, hardly likely, since the final outcome regarding income distribution, including income imputed from such services, depends on the initial distribution of disposable (pecuniary) income (i.e. income as defined in most household income and expenditure surveys) before public expenditures are allocated to various income brackets. If the share of lower income groups from imputed public expenditure is higher than their share in disposable income, the net outcome can be less inequality even when their benefit in per capita terms is lower than that accruing to higher income groups.“*⁷⁹

2.5.6. Kritik in Bezug auf die Frauenthematik

Die PRSPs versuchen in allen Bereichen auf die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern einzugehen. Kritisiert wird aber, dass es oftmals alleine bei dem Fokus auf Bildung und Gesundheit bleibt. In den Analysen der PRSPs wird noch auf die verschiedenen Ebenen der Benachteiligung von Frauen eingegangen, die Reformen beziehen sich dann aber meistens nur noch auf Bildungs- und Gesundheitssektor und auch da nur auf den primären Ebenen, zu denen die IFOs gratis Zugang vorsehen. Das kann zur

⁷⁸ Kühbelböck (2006): S.8ff

⁷⁹ UNCTAD (2002): S.42ff

gleichen Einschulungsrate bei Jungen und Mädchen führen, aber ab dem Sekundärniveau werden die Ungleichheiten wieder größer.⁸⁰

2.6. Ein neues Paradigma?

Eine meiner Forschungsfragen ist welche Veränderungen die Weiterentwicklung zum Post-Washington Consensus mit sich brachte und wie tief greifend sie sind. Dazu muss wiederum zwischen zwei Ebenen differenziert werden, der ideellen und der realen. Die erste Ebene ist schwer zu analysieren, da die Akteure, die die ideellen Punkte der internationalen EZA vorgeben weit gefächert sind. Dennoch signalisieren die kritischen Stimmen, vor allem innerhalb der IFOs, und der breite, theoretische Konsens über die MDGs ein Umdenken. Um dieses Umdenken qualifizieren zu können, muss erst einmal die Frage beantwortet werden, was ein neues Paradigma überhaupt ausmachen soll? Die Kritik richtet sich meistens gegen den Fokus auf Wirtschaftswachstum als alleiniges Entwicklungsziel. Doch bedeutet das, den Wunsch nach einer vollkommene Abkehr vom Ziel des Wirtschaftswachstums? Das wäre jedoch wenig ziel führend, daher kommt nun die Frage auf, kann die Abkehr vom quantitativen hin zu qualitativen Wirtschaftswachstum, das Verteilungsaspekte mitberücksichtigt, schon als neues Paradigma gesehen werden? Denn dann könnte auf der ideellen Ebene der Post-Washington Consensus als neues Paradigma gesehen werden, denn da zeigt sich durchaus, dass sich der Fokus von einer rein wirtschaftlichen Definition von Entwicklung hin zum Wohlbefinden der Menschen als Maßstab verschoben hat.

Bei der zweiten Ebene, der realen, erübrigt sich meiner Meinung nach die Frage, ob ein neues Paradigma geschaffen worden ist, da dieser Anspruch von den IFOs, die maßgeblich die entwicklungspolitischen Ideen umsetzen, nie proklamiert wurde und real gesehen war ein solches auch nicht zu erwarten. Allgemein herrscht der Konsens, dass die PRSP keine fundamentale Abkehr vom Washington Consensus bedeuten, die Frage, die offen bleibt, ist inwiefern die neuen Ansätze, die dem alten Paradigma hinzugefügt worden sind, wie Partizipation und Ownership, real umgesetzt werden und so zu Verbesserungen der Lebenssituation der Menschen mit sich bringen oder nicht. Meiner Meinung nach, können die Reformen als erster Schritt in die richtige Richtung gesehen werden, auch wenn sich immer mehr abzeichnet, dass dieser zu klein war. Culpeper schreibt dazu:

⁸⁰ IWF und Weltbank (2003): S.25

It is important, first of all, to acknowledge the PRSP, which is now required of all low-income countries, as a significant innovation in the development policy dialogue. [...] If we look at the first generation of PRSPs, I think the probabilities are fairly low that they will get anywhere close to achieving their objectives. The first generation of PRSPs suffered [...] from the application of Washington Consensus types of conditions, based on the assumption that macroeconomic stability and an enabling business environment will lead somehow to spontaneous growth, particularly growth led by private sector investments. This approach has not worked well in the middle-income countries in Latin America; it has not worked at all or at least to a much lesser extent in the poorest countries. In this respect, unfortunately, one is led to the conclusion that the PRSP is not that distinct from its immediate predecessor, structural adjustment lending, of the 1990s and 1980s.⁸¹

Eine Frage, die in Bezug auf Entwicklungsparadigmen noch angedacht werden sollte, bevor ich mit den gewonnen Erkenntnissen die EZA der IFOs im Jemen analysieren werde, ist, ob der Post-Washington Consensus oder sonst ein Paradigma die Entwicklungspolitik so dominieren sollte, wie es zuvor der Washington Consensus getan hatte, denn dieser ließ kaum Platz für alternative Ansätze,⁸² und somit auch nicht für eventuelle Verbesserungen.

⁸¹ Culpeper (2004): S.232ff

⁸² Fine (2001): S.3ff

3. Der Jemen

3.1. Allgemeines

Im nächsten Teil meiner Arbeit möchte ich einige wichtige Punkte in Bezug auf den Jemen erläutern, vor allem jene, die mir in Bezug auf die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in dieser Region wichtig erscheinen und dann auf den Washington Consensus und auf den Post-Washington Consensus im Jemen eingehen. Abbildung 1 zeigt die heutige Staats- und Verwaltungsgliederung des Jemens, wichtige Städte sind die Hauptstadt Sana'a und die Hafenstadt Aden.

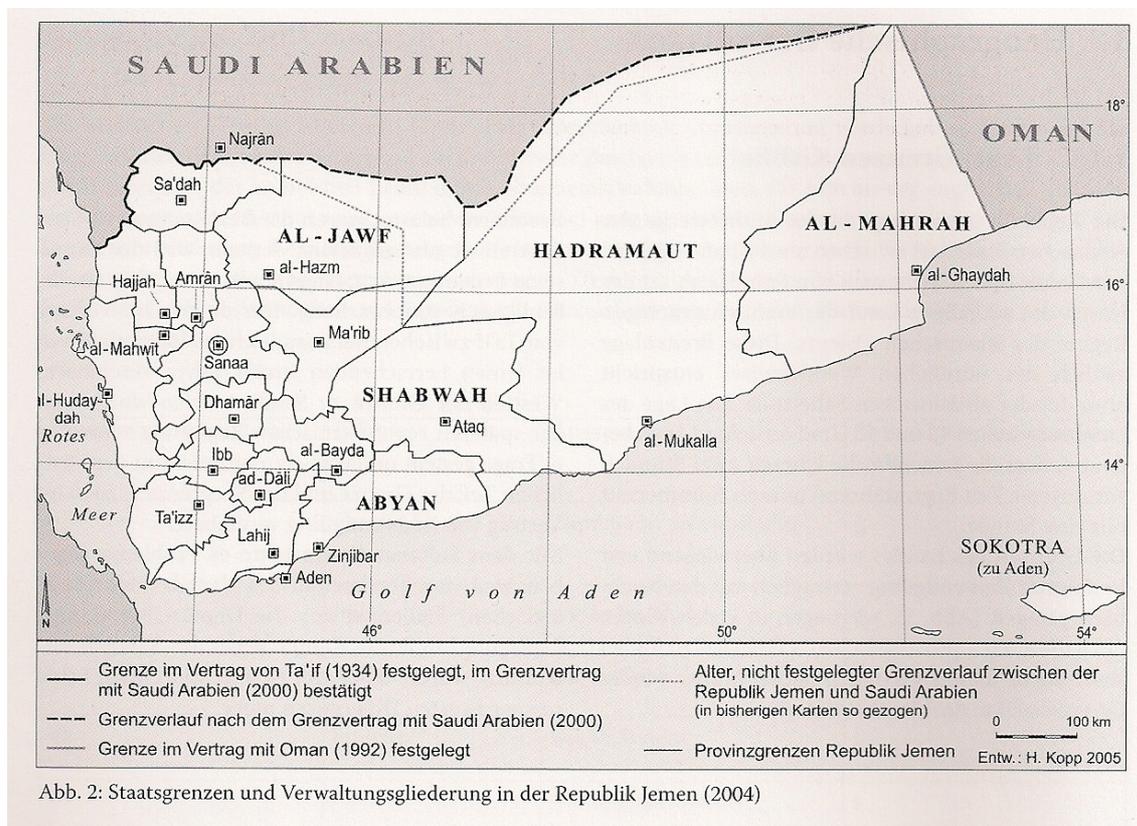


Abb. 2: Staatsgrenzen und Verwaltungsgliederung in der Republik Jemen (2004)

Abbildung 1, Staatsgrenzen und Verwaltungsgliederung 2004⁸³

3.1.1. Geschichtlicher Abriss

Ab 632n.Chr. wird mit dem Wort Jemen (al-Yaman) eine Provinz des islamischen Reiches bezeichnet. 1538 besetzten die Osmanen das erste Mal das Gebiet, nachdem sie schon

⁸³

Kopp (2005): S.2

Ägypten und Syrien unter ihre Herrschaft gebracht hatten, doch 1636 eroberten lokale Dynastien das Land zurück. 1839 besetzten die Briten dann Aden und 1849 führte die zweite Besetzung der Osmanen zur Teilung des Gebiets in Nord- und Südjemen, mit den Briten im Süden und den Osmanen im Norden. Im Lauf der Zeit kam es immer wieder zu Konflikten um die Grenzziehung. Abbildung 2 zeigt die Grenzen von 1905, wie sie im Anglo-osmanischen Friedensvertrag festgelegt wurden.

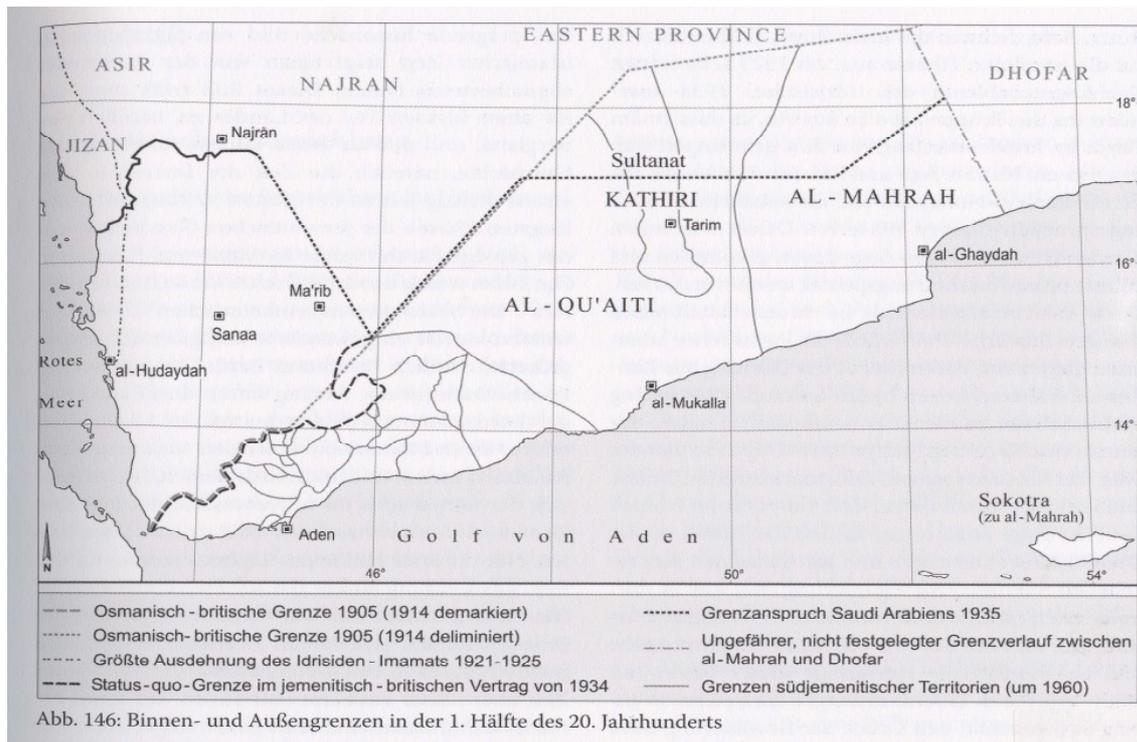


Abbildung 2, Grenzziehungen im Laufe des 20. Jahrhunderts⁸⁴

1919 zogen die Osmanen aufgrund des Widerstandes der jemenitischen Bevölkerung aus dem Norden ab. Es folgten regionale Konflikte um die verschiedenen wichtigen Einflussbereiche. 1944 wurde die Partei freier Jemeniten gegründet, die eine Öffnung des Landes und eine Liberalisierung auf den verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen anstrebten. Die Revolten wurden aber immer wieder niedergeschlagen und erst nach dem Tod des Imams Ahmad 1962 wurde die Arabische Republik Jemen ausgerufen. Im Süden kämpfte die kommunistische NFL (National Liberation Front) ab 1963 einen harten Unabhängigkeitskampf gegen Großbritannien. 1967 wurde die Volksrepublik Jemen gegründet.⁸⁵ Die unterschiedlichen Entwicklungen in den unterschiedlichen

⁸⁴ Kopp (2005): S.157

⁸⁵ Kopp (2005): S144ff

Gesellschaftssystemen finden auch heute noch in der Gesellschaft Ausdruck. Der Norden ist arabisch-konservativ geprägt mit starkem religiösem Hintergrund, da er Jahrzehnte lang unter einer stark religiös-politisch geprägten Führung, dem Imamat, stand. Die Menschen im Süden sind einerseits vom britischen Kolonialismus geprägt, andererseits von der sozialistischen Zeit. Zum Beispiel hatten Frauen sehr viel mehr Freiheiten, doch verschleiern sich diese heute - oftmals als nachträglicher Protest gegen die sozialistische Staatsmacht – wieder.⁸⁶

Zwischen den beiden Teilen kam es immer wieder zu kleineren Grenzgefechten, gefolgt von Ankündigungen der Absicht zur Wiedervereinigung. Zur Verwirklichung kam es 1990. Die Republik Jemen wurde durch die Vereinigung der beiden Teile gegründet. Ein Motiv des Südens für die Wiedervereinigung war sicherlich der Zusammenbruch des Ostblocks und damit der Verlust der Unterstützung der Sowjetunion. Obendrein war der Norden wirtschaftlich stärker. Ein Grund für beide Teile war die Entdeckung von Öl- und Gasreserven in beiden Ländern in den 1980iger Jahren und die Möglichkeit weiterer Entdeckungen in den Grenzgebieten. Der Norden hatte größere Reserven, dafür hatte der Süden eine Pipeline und eine zugehörige Infrastruktur für den Export.⁸⁷

3.1.2. Landschaftliche und klimatische Gegebenheiten

Große Teile des Landes sind Bergland und Wüste, auch wenn der Jemen der regenreichste Teil der arabischen Halbinsel ist. Insgesamt gibt es eine zweigeteilte Regenzeit im März/April und im Juli/August, was aber von Jahr zu Jahr variieren bzw. ausfallen kann. Die höchsten Regenmengen (600 bis 1000 mm) treten im Südwesten im Raum um Ibb und Taizz auf, wo jedoch unvorteilhafte landschaftliche Voraussetzungen anzutreffen sind, weil dort ein mächtiges Gebirgsmassiv den größten Teil des Landes bedeckt, das steile, karge Hänge aufweist. Nur unter 3% der Landesfläche erhält ausreichend Regenwasser, sodass Regenfeldbau möglich ist, überall sonst ist Bewässerung nötig, worauf ich noch genauer im Kapitel über die Wasserproblematik eingehen werde.⁸⁸ (Vgl. S.56)

⁸⁶ Wald (1999). S.55ff

⁸⁷ Kopp (2005): S.160

⁸⁸ Kopp (2005): S.4ff

Das erwähnte Gebirgsmassiv im Südwesten erstreckt sich bis in den Norden. Im Osten bildet die Hochebene Djol eine typische Felswüste, in der außer Gesteinsschutt nur spärliche Streifen von Zwergsträuchern zu finden sind. Und selbst die Wüstenzone im Osten liegt noch über 1000m hoch. Terrassenanlagen waren das Resultat dieser geographischen Gegebenheiten, um die Fläche für den Anbau zu erhöhen und gleichzeitig Regenwasser nicht ungenutzt zu lassen.⁸⁹ (Vgl. S.45)

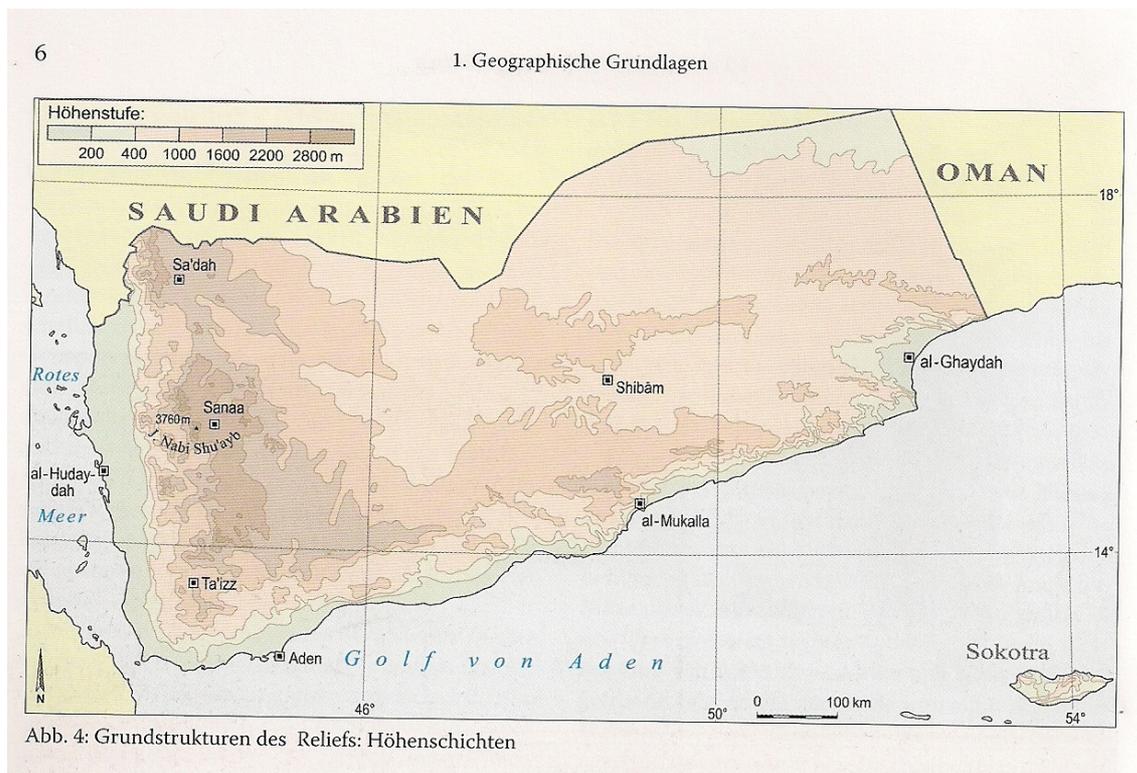


Abbildung 3, Höhenrelief des Jemens⁹⁰

3.1.3. Die jemenitische Wirtschaftsstruktur

Beide Volkswirtschaften wuchsen während der 1970er Jahren sehr schnell, gefolgt von einem Abschwung in den 1980er Jahren. Gemeinsam waren ihnen die Ausrichtung nach Innen, die Führungsrolle des öffentlichen Sektors und die Abhängigkeit von Finanzflüssen von außen. Nichtsdestoweniger gab es auch entscheidende Unterschiede.⁹¹

⁸⁹ Wald (1999): S.33ff

⁹⁰ Kopp (2005): S.6

⁹¹ Weltbank (1995): S. 9

Im Norden etablierte sich, nachdem die Osmanen das Gebiet verlassen hatten, eine Marktwirtschaft liberaler Ordnung. Ab 1974 kam es zu einer verstärkten Gastarbeiter Migration in die Golfregionen, was zu einer Art Wirtschaftswunder führte. Geld gelangte über private Kanäle in den Jemen, der Staat an sich hatte daraus keine Einnahmen und das Geld floss direkt in den Konsum (Qat, Autos, Lebensmittel, etc.) und nicht in Investitionen. Die nordjemenitischen Staatseinnahmen bestanden vor allem aus Entwicklungshilfe und anderen Zuwendungen von außen (insbesondere aufgrund seiner strategisch wichtigen Lage zwischen den zwei Großmächten), was zu einer enormen Abhängigkeit von der Gastarbeit und den ausländischen Zuwendungen führte. Der Süden stand nach dem Abzug der Briten unter sowjetischen Einfluss, weshalb eine zentralplanerische Ordnung mit einer Kaderpartei etabliert wurde. Das führte zu einer massiven Unterstützung seitens des Ostblocks, wodurch die Bildungs-, Gesundheits- und Familienpolitik modernisiert wurde. Innerparteiliche Spannungen führten zum Bürgerkrieg 1987 und die Planwirtschaft und Enteignung bewirkte eine Abwanderung der Wirtschaftseliten.⁹²

Dennoch unterschieden sich die beiden Länder weniger aufgrund der Wirtschaftsstruktur, sondern eher aufgrund des sozio-politischen Systems. Beide Staaten waren im hohen Maße abhängig von außenpolitischen Finanzflüssen; der Norden von den Migrantenüberweisungen (vgl. S.58) und beide von internationalen Hilfezahlungen. Sowohl der Norden als auch der Süden haben kaum in produktive Wirtschaftssektoren oder die Landwirtschaft investiert, sondern kurbelten mit dem Geld vor allem die Nachfrage nach Konsumgütern an. Beide Wirtschaften waren durch einen überproportionalen Anteil der Dienstleistungen gegenüber dem produktiven Gewerbe und einem hohem Außenhandelsdefizit geprägt. Auch ein aufgeblähter Staatsapparat kennzeichnete beide Volkswirtschaften, was auch noch nach der Vereinigung ein Problem darstellte. Der Staatssektor beherrschte die gesamte Wirtschaft und ließ somit wenig Raum für privatwirtschaftliche Initiativen.⁹³

Heute ist der Jemen vor allem von seinen Ölexporten abhängig, die ca. 4 Milliarden Dollar im Jahr ausmachen, auf die ich aber nachher noch genauer eingehen werde. Zusätzlich bleibt aber auch weiterhin die Abhängigkeit von den Einkünften der Gastarbeiter in der

⁹² Kopp (2005): S.159f

⁹³ Albrecht (2002): S.36f

Golfregion bestehen, die auf ein bis eineinhalb Milliarden Dollar im Jahr geschätzt werden. Etwas mehr als 50% des BIPs macht der Dienstleistungssektor aus, ca. 23% die Landwirtschaft und die Fischerei und nur ungefähr 7% die verarbeitende Industrie.⁹⁴ Gerade dieser Sektor leidet unter strukturellen Problemen wie einer schwachen Infrastruktur und einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, dazu an Schmuggel und Dumping und an geringen Möglichkeiten einen Kredit zu bekommen, sowie an einem wenig unternehmensfreundlichen Rechtssystem. Der größte Teil des BIPs des gesamten Industriesektors wird durch Erdöl erwirtschaftet, von dem die jemenitische Wirtschaft, trotz relativ geringem Vorkommen, stark abhängig ist.

Erdöl

Im Jahr 2004 machte Erdöl 72 % der Staatseinnahmen, mehr als 86 % der Exporte und etwa 15 % des BIPs aus. Somit ist die jemenitische Außenhandelsbilanz stark abhängig vom Weltölpreis. Dazu sind - wie erwähnt – die Vorkommen relativ gering und bei der derzeitigen Fördermenge von 400.000 Barrel pro Tag schätzt man, dass die Reserven innerhalb von 5-14 Jahren erschöpft sein werden. Erst seit Kurzem konzentriert man sich auf die Förderung vom reichlicher vorhandenen Erdgas.⁹⁵

Da die Vorkommen von Erdöl immer knapper werden, ist es wichtig sich in der EZA darauf zu konzentrieren, Wachstum zu schaffen, das nicht auf Erdöl basiert.

Landwirtschaft

Trotz der schwierigen Voraussetzungen, wie Wasserknappheit oder schwer bestellbaren Ackerflächen, war und ist die Landwirtschaft sehr wichtig für die einheimische Wirtschaft und für die Bevölkerung, auch wenn sich der Schwerpunkt der Tätigkeiten innerhalb des Sektors verschiebt.

Innerhalb der letzten Jahrhunderte wurde für den Nahrungsmittelanbau ein komplexes System von Terrassenanlagen entwickelt, das es möglich machte, das Regenwasser optimal zu nutzen und einen maximalen Output zu erhalten (vgl. Abb.4). Insbesondere im Bergland wurde durch die Millionen von Terrassen eine große Menge an zusätzlichem Ackerland geschaffen. Doch für das Funktionieren des Systems, muss jeder Bauer seine Terrassen pflegen und in Stand halten, sonst kann es zu Behinderungen im Wasserabfluss kommen oder eine Terrassenmauer könnte zusammenbrechen, wodurch der gesamte Hang in Gefahr

⁹⁴ Weltbank (2006a): S.1

⁹⁵ EG (2006): S.17

wäre. Zusätzlich zur optimalen Nutzung des Regenwassers durch die Terrassenanlagen und Bewässerungssysteme wurden auch andere Methoden entwickelt, um unter derart schwierigen Voraussetzungen einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen, wie z.B. Mischkulturen oder die vielfache Verwendung von Nutzpflanzen. Dennoch stößt das traditionelle Agrarsystem aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums an seine Grenzen.⁹⁶ Daher verschiebt sich heute der Fokus Richtung Qat (vgl. S.54) und Fischerei.

Der Anbau von Qat ist extrem schnell gestiegen und durch die 2500 km lange Küste verfügt der Jemen über ein hohes Maß an Ressourcen an wertvollen Fisch. Es wird angenommen, dass die Fischerei anstelle der derzeitigen 0,85 % bis zu 5 % zum BIP beitragen könnte, auch wenn die Nachhaltigkeit in diesem Bereich beachtet werden muss, um der Erschöpfung der Ressource Fisch entgegen zu wirken.⁹⁷



Abbildung 4; Brachliegende Terrassenanlage

⁹⁶ Kopp (2004): S.106ff

⁹⁷ EG (2006): S.17

3.1.4. Gesellschaft im Jemen

Soziale Schichten

In den Regionen im Jemen, wo Stämme und die damit verbundenen Gesellschafts- und Verwandtschaftssysteme eine Rolle spielen, gibt es drei streng abgeteilte Gesellschaftsschichten. Man wird in diese hinein geboren und soziale Mobilität ist praktisch unmöglich, Heiraten zwischen den Schichten oder auch zwischen den verschiedenen Berufsgruppen innerhalb der Unterschicht sind beinahe unmöglich. Die Sādah bilden die Oberschicht. Sie sind eine Art „religiöser Adel“, deren Abstammung auf den Propheten zurückgeführt wird. Die Mittelschicht bilden sesshafte Bauern. Sie sind die normale Stammesbevölkerung und sind die zahlenmäßig größte Gruppe. Die Unterschicht formen einerseits Leute bestimmter Berufsgruppen, z.B. solche, die als unrein gelten, wie Metzger, Schmiede, Angestellte in Bädern und auch bestimmte Art von Bauern. Und andererseits werden gesellschaftliche Gruppen als Ganzes dazu gezählt, wie Juden oder die Akhdān. Letzteres sind die Nachkommen der ehemaligen Sklaven⁹⁸ und sozusagen die Ärmsten der Armen und Hauptbewohner der Slums. (Vgl. Abb.5)



Abbildung 5; Typische Unterkunft der Akhdān

⁹⁸ Kopp (2004): S.73ff

Gender

Die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen sind im Jemen extrem stark ausgeprägt. 2004 lag der Jemen beim Gender-Index des UNDP auf Platz 126 von 144 Ländern und lag damit hinter allen anderen arabischen Staaten. Vor allem im Bildungssystem werden Frauen massiv benachteiligt. (Vgl. S.60) Frauen kümmern sich meistens um den Haushalt und/oder sind in der Landwirtschaft tätig. Über 70 % der Arbeit in der Landwirtschaft wird von ihnen verrichtet. Obendrein werden Mädchen oftmals sehr früh verheiratet, was mit dazu beiträgt, dass die Geburtenrate im Jemen überdurchschnittlich hoch ist. Die Zahlen dazu variieren, die EG gibt für 2003 durchschnittlich 5,8 Kinder pro Frau an, aber es gibt auch noch höhere Zahlen.

Wirtschaftliche Entscheidungen, Repräsentation nach Außen,⁹⁹ sowie politische Partizipation bleibt eine Männerdomäne und das in allen Gesellschaftsschichten. 2005 machten Frauen nur 0,5% in demokratisch gewählten Institutionen aus und im öffentlichen Sektor stehen 16.200 weiblichen Angestellten 430.000 männlichen Angestellten gegenüber.¹⁰⁰

Diese Zahlen sind Ausdruck der Benachteiligung der Frau in muslimisch geprägten Ländern. Polygamie ist, wenn auch mit strengen Auflagen, erlaubt, vor Gericht zählt die Stimme einer Frau nur halb soviel wie die eines Mannes und einer Tochter steht nur halb soviel Erbe zu wie einem Sohn.

Doch natürlich ist die Realität im Jemen viel komplexer. Es muss als Erstes regional differenziert werden, da die Frauen im Süden ja unter sozialistischer Herrschaft rechtlich gleichgestellt waren und somit eine andere Vorgeschichte haben als die Frauen des konservativen Nordens. Zweitens muss zwischen den verschiedenen sozialen Schichten unterschieden werden, was oftmals auch eine Frage von Stadt oder Land ist.¹⁰¹

⁹⁹ EG (2006): S.23

¹⁰⁰ Ministry of Planning & International Cooperation (2005): S.48ff

¹⁰¹ Kopp (2004): S.81

3.2. Voraussetzungen für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA)

Bevor die EZA im Jemen analysiert werden kann, muss aufgezeigt werden, auf welche landesspezifischen Problematiken und Gegebenheiten eingegangen werden müsste, um eine effektive EZA betreiben zu können.

3.2.1. Die Stämme und die Zentralgewalt

Ein zentraler Punkt, der in Bezug auf die EZA im Jemen ausschlaggebend ist, ist das Verhältnis zwischen den Stämmen und der Zentralregierung. Zwar spielen die Stämme eher nur im Norden und im Osten eine wirklich wichtige Rolle, dennoch haben sie ein großes Maß an Einfluss auf politische Entscheidungen.

In der Regel bilden die Stammesgebiete eine politisch relative autonome Einheit mit geltendem Stammesrecht (Urf) neben dem islamischen Recht (Sharia). Die Loyalität gegenüber dem eigenen Stamm ist höher als gegenüber der Regierung, auch wenn es Entwicklungen gibt, die zu einer Abnahme des Zusammenhalts innerhalb der Stammesgemeinschaften führen, wie etwa die zunehmende Mobilität der Stammesmitglieder innerhalb des Landes oder aber auch ins Ausland z.B. im Zuge der Gastarbeitermigration.¹⁰² (Vgl. S. 58)

Dennoch gibt es eine Menge Probleme, die in Zusammenhang mit den Stämmen stehen. Erstens kommt es immer wieder zu Entführungen von Ausländern oder zu Angriffen auf ölfördernde Infrastruktur, um wirtschaftliche und politische Zugeständnisse der Regierung zu erpressen. Zweitens kommt es zu Konflikten in Bezug auf den Antiterrorkurs der Regierung. Denn auch, wenn die Stämme die islamistische Ideologie nicht teilen, wird oftmals die Aushändigung von Verdächtigen aufgrund von Verwandtschaftsbeziehungen oder anderen gesellschaftspolitischen Gründen wie Stammesbeziehungen, verweigert. Drittens kommt es auch zwischen den verschiedenen Stämmen immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen.¹⁰³ Daher ist bis heute eine Politik gegen das Interesse der Stammesverbände im Gebiet des ehemaligen Nordjemens nicht möglich, weshalb Vertreter der Stämme in die Zentralregierung mit eingebunden werden. Die beiden wichtigsten

¹⁰² Kopp (2005): S.51 und S.166ff

¹⁰³ EIU(2008):S.6

Stammeskonföderationen sind der Hāshid-Stamm und der Bakīl-Stamm. Der derzeitige Staatspräsident Ali Abdallah Salih, der seit 1978 im Amt ist, ist Angehöriger des Stammes der Sanhān aus der Konföderation der Hāshid.¹⁰⁴

3.2.2. Die Qatproblematik

Qat ist die Volksdroge des Jemen. Die Blätter des Qatstrauches (*Catha edulis*) werden gekaut und üblicherweise in die rechte Backe geschoben. Dort werden sie über die Dauer der Qatsitzungen, die sich oftmals über den ganzen Nachmittag erstrecken, ausgezuzelt. Qat hat anfänglich eine anregende Wirkung, oftmals wird getanzt und gesungen. Wenn diese Wirkung nachlässt, wirkt Qat beruhigend und entspannend. Die Meinungen in Bezug auf Qat und über die Auswirkungen seines Anbaus bzw. Konsums gehen auseinander. Zahlen in Bezug auf die Anbaufläche, die Ausgaben der Haushalte und die Verbreitung innerhalb der Bevölkerung divergieren stark.

So meint Kopp 2005, dass der Eindruck, Qat würde überall anstelle von Kaffee angebaut werden deshalb entstehe, weil erstens aufgrund seiner speziellen Bedürfnisse vor allem in Straßennähe angebaut werde, und somit dessen Anbau somit von Reisenden vermehrt wahrgenommen werde. Nach Kopp würden auf maximal 6% bis 10 % der Nutzfläche Qat kultiviert werden. Als negativ wird von ihm, im Gegensatz zu anderen Meinungen, einerseits die soziale Stigmatisierung angesehen, die aus einer Beendigung des Qatkonsums resultieren würde und andererseits die Nebenwirkungen, wie Einschlafstörungen, Magen- und Nierenkrankheiten, die Verschlechterung von Zähnen und Zahnfleisch. Auch, dass Berufstätige Qat während der Arbeit konsumieren, wird von ihm nicht als Problem gesehen. Weiters wird von ihm positiv gesehen, dass Qat den Bauern den höchsten Geldertrag pro m² im Bereich der Agrarprodukte liefert.¹⁰⁵

Die Weltbank sieht den Qatkonsum problematischer. Es werden die negativen Folgen für die Wohlfahrt betont, insbesondere die gesundheitlichen, wie z.B. dass Schwangere Qat konsumieren und dadurch untergewichtige Neugeborene zur Welt bringen bzw. auch eine höhere Kindersterblichkeit in diesem Rahmen zu verzeichnen ist. Eine Ausgabenuntersuchung 1992 zeigte, dass sogar Familien unterhalb der Armutsgrenze 10% ihres Einkommens für den Qatkonsum ausgeben. Die Anbaufläche wird 2001 auf 90000 Hektar

¹⁰⁴ Kopp (2005): S.51, S.159, S.166ff

¹⁰⁵ Kopp(2005): S.116

geschätzt, was mehr als die Hälfte von der Fläche ist, die Kaffee, Baumwolle und Tabak zusammen gewidmet ist. Qat wird von einem großen Teil der Bevölkerung täglich konsumiert und Qatsitzungen sind zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Oftmals werden politische Entscheidungen und Geschäftsvereinbarungen während solcher Sitzungen getroffen.¹⁰⁶ Ein weiterer Punkt, der noch anzumerken ist, ist, dass Qat zwar besteuert wird und somit eine Einnahmequelle für den Staat bedeuten könnte, jedoch werden nach Schätzungen nur 5 % aller Geschäfte steuerlich erfasst werden. Dazu wird oftmals erwähnt, dass Qat sich negativ auf die Produktivität auswirken soll, da es den Arbeitstag verkürzt.¹⁰⁷

Dabei muss - meiner Meinung nach - allerdings bedacht werden, welche hohen Temperaturen nachmittags im Jemen herrschen und es stellt sich die Frage, ob überhaupt produktive Arbeit möglich wäre. Der Handel auf den Märkten läuft nach meinen Erfahrungen auch am Nachmittag weiter (vgl. Abb.6), die Verarbeitung von Produkten wird deswegen oftmals in die Nacht verlagert, ebenso Dienstleistungen. Meiner Meinung nach ist nicht Qat an sich das Problem, sondern eine fehlende regulierende Instanz, die den Anbau überwacht, so dass keine giftigen Pestizide verwendet werden, die zusätzliche gesundheitliche Risiken mit sich bringen. Auch sollte der Verkauf überwacht werden, so dass an Kinder nichts verkauft wird. Auch ist der Wasserverbrauch in Bezug auf Qat ein rechtliches Problem bzw. eines in Bezug auf die schwache Zentralregierung, denn wieso sollte ein Bauer, sein Wasser nicht dafür verwenden Qat anzubauen, wenn das mehr Einkommen generiert, als Lebensmittel? Da liegt der Ball bei der Regierung Anreize zur Lebensmittelproduktion zu schaffen oder die Verteilung von Grundwasser besser zu regulieren.

¹⁰⁶ Weltbank (2001): S.7

¹⁰⁷ EG (2006): S.24



Abbildung 6; Qatsitzung am Eselsmarkt im Suq von Sana'a

3.2.3. Die Wasserproblematik

Wie erwähnt, führt die geringe Menge an Niederschlag dazu, dass Bewässerung im Jemen eine große Rolle spielt. An sich dominieren zwei Bewässerungssysteme die Landwirtschaft. Einerseits saisonale Überflutungen (sayl) in den Küstenregionen, andererseits die Frühjahrsüberschwemmung (ghayl) in den Hochebenen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Verteilung von Regenwasser innerhalb der Gesellschaft, die von sozialen und politischen Faktoren mitbestimmt ist. Oftmals gibt es Beamte, die das System regeln und überwachen, bzw. die Entscheidungsgewalt über Konflikte innehaben.¹⁰⁸ Konflikte entstehen natürlich vor allem aus der Wasserknappheit. Das Problem ist, dass heute im Jemen pro Jahr ca. 150 m³ erneuerbares Wasser pro Person zur Verfügung stehen, d.h. das ist der durchschnittliche Niederschlag. Der Verbrauch liegt dagegen bei 220 m³.

Dazu muss das hohe Bevölkerungswachstum im Auge behalten werden, was bedeutet, dass der Verbrauch weiter steigen wird. Derzeit wird der zusätzliche Wasserbedarf über das Grundwasser gedeckt. Das jedoch hat sich vor allem in einer Zeit gesammelt, als noch

¹⁰⁸ Varisco (1997): S.365ff

wesentlich feuchteres Klima geherrscht hat, weshalb der Pegel stetig sinkt und Brunnen immer tiefer gegraben werden müssen. Reichte im Becken von Sana'a in den 1970er Jahren noch eine Tiefe von 30 Metern, muss heute tiefer als 400 Meter gegraben werden, um an Grundwasser zu kommen. Die Ursache ist in der Landwirtschaft zu finden. Abbildung 7 zeigt die Entwicklung des Bewässerungsverhaltens der Bauern in den letzten Jahren.

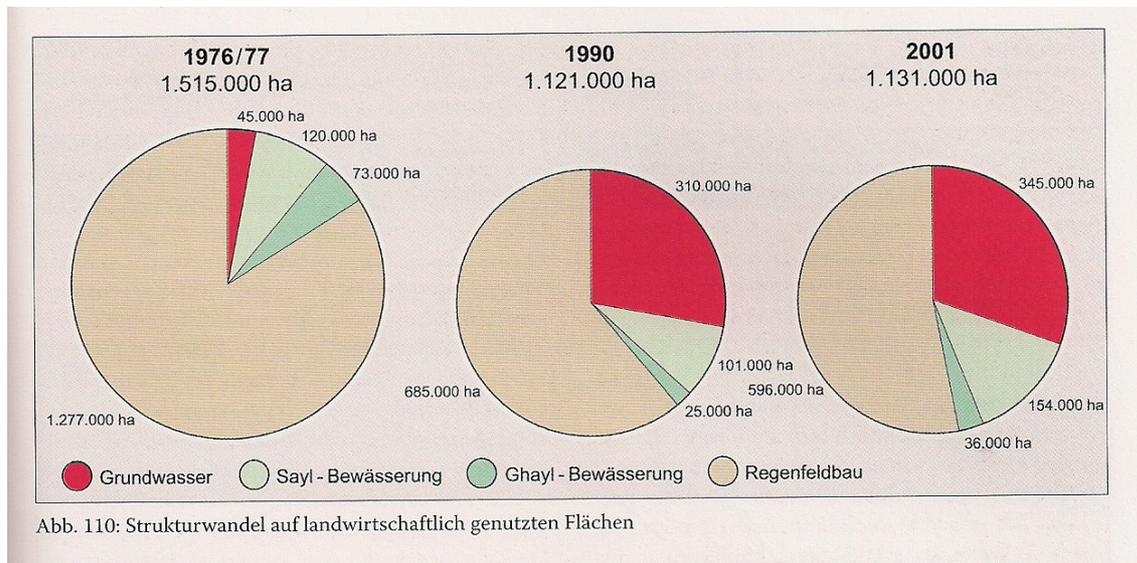


Abbildung 7, Strukturwandel der Bewässerung¹⁰⁹

Das Problem in diesem Zusammenhang ist rechtlicher Natur. Jeder Bauer hat das Recht auf seinem Land nach Grundwasser zu bohren und dann unbegrenzt zu verwenden. Daher wird Grundwasser, wo es zur Verfügung steht oftmals im Zuge der Bewässerung verschwendet und es wird mehr Wasser verbraucht als für die landwirtschaftliche Nutzung nötig wäre. Es entstehen ja dazu auch kaum Kosten, außer für die Anschaffung der Pumpe und des Brunnens. 90% des Wassers wird in der Landwirtschaft verbraucht, die Hälfte davon für die Bewässerung von Qat.

Diese Gegebenheiten führen dazu, dass am Land derzeit noch ausreichend Wasser vorhanden ist (für Bauern für die Bewässerung, öffentliche Wasserversorgung ist jedoch mangelhaft), aber nicht in der Stadt, da dort durch die realisierbaren Sanitären Einrichtungen, wie Wasserklosett, ein erhöhter Wasserbedarf besteht. So hat sich schon heute ein lukratives Geschäft mit dem Verkauf von Wasser in den Städten entwickelt. Tankwägen kaufen Wasser von den Bauern zu einem recht niederen Preis und verkaufen dieses dann zu einem weit höheren Preis in den Städten weiter.

¹⁰⁹ Kopp (2005):S.119

Das führt einerseits dazu, dass arme Familien sich kein (sauberes) Wasser leisten können, dadurch die Hygiene vernachlässigen. Zusätzlich zu Hunger leiden sie dadurch an Durst und damit anfälliger für Krankheiten sind. Überdies ist für die Bauern der Verkauf von Wasser – trotz der niederen Preise – ein lukrativeres und einfacheres Geschäft als der Anbau von Nahrungsmitteln. So geben sie den Anbau der Felder auf,¹¹⁰ was aber – wie oben erläutert – in einem interdependenten System wie der jemenitischen Landwirtschaft zu Problemen führen kann.

3.2.4. Außenpolitische Beziehungen, Finanzflüsse und Gastarbeitermigration

Wie erwähnt, unterlagen beide Teile des Jemens zur Zeit des Kalten Krieges einer gewissen Abhängigkeit von Finanzflüssen von außen. Der Norden – wenn auch marktwirtschaftlich orientiert – bemühte sich um gute Beziehungen zu beiden Großmächten, um von beiden Seiten Waffen und finanzielle Unterstützung zu erhalten, während der Südjemen nicht auf die Hilfe der USA zählen konnte. So war der Norden im Bürgerkrieg 1994 stärker, gewann diesen, und setzte das Interesse der USA, eine Beibehaltung der Einheit, um.

Im arabischen Raum spielt der Jemen eine eher untergeordnete Rolle, was insbesondere auf den Irakkrieg 1990 zurückzuführen ist, wo der Jemen Partei für den Irak ergriff, was zu einem Zerwürfnis mit den meisten restlichen arabischen Staaten führte. Besonders schlimme Auswirkungen hatte das in Bezug auf Saudi Arabien, wo die meisten jemenitischen Gastarbeiter einen Job gefunden hatten. Die Beziehungen zwischen dem Jemen und Saudi Arabien waren schon durch Grenzstreitigkeiten im Jahre 1934 vorbelastet und so wurden 1990 rund 800.000 Jemeniten aus Saudi Arabien ausgewiesen, was den Verlust der wichtigsten Deviseneinnahmequelle bedeutete. Dazu wurden die Finanzhilfen vorübergehend für den Jemen eingestellt, was - in Kombination - zu verheerenden Folgen für die jemenitische Wirtschaft führte. Schrittweise wurden die Beziehungen wieder verbessert und 1999 nahm Kuwait als letztes arabisches Land die diplomatischen Beziehungen wieder auf,¹¹¹ auch finanzielle Unterstützung wird wieder gewährt.

¹¹⁰ Kopp (2005): S.120f

¹¹¹ Kopp (2005): S.168f

Die arabischen Finanzinstitutionen spielen dabei eine wichtige Rolle, die ihren Beitrag in Form von Darlehen leisten. Priorität haben dabei Investitionen in die Infrastruktur, Unternehmensentwicklung und soziale Dienstleistungen. Die wichtigsten Geber sind der Saudi Fund for Development, der 2006 16,4 Millionen Euro gebunden für den Sozialfonds für Entwicklung zur Verfügung stellte, die Islamic Development Bank, die Finanzhilfe in der Höhe von 72,1 Millionen US Dollar zwischen 2001 und 2005 leistete, der OPEC Fund, der mit Krediten in Gesamthöhe von 191,67 Millionen US Dollar (181 Millionen an die öffentliche Hand und 10,65 Millionen für Privatwirtschaft und Unternehmen) Unterstützung leistete, sowie der Arab Fund, der von 1998 bis 2004 Kredite in Höhe von 640 Millionen Dollar gewährte.

Weitere wichtige Geber sind USAID mit einer neuen Strategie für den Zeitraum von 2003-2006, die sich ausschließlich auf fünf abgelegene, von hoher Armut betroffene Provinzen mit dem höchsten Risiko politischer, sozialer und wirtschaftlicher Instabilität konzentrierte. Im Fokus stand dabei Mütter- und Kindergesundheit, Grundschulbildung, Einkommenschancen und Ernährungssicherheit und Demokratie. 2006 wird mit einer Unterstützung von 300 Millionen Euro gerechnet. Vom US-Programm Millennium Challenge Account wurde der Jemen aufgrund der verbreiteten Korruption mittlerweile ausgeschlossen.

Das UNDP unterstützt insbesondere Programme zur Förderung von Menschenrechten und Demokratisierung auf Gemeindebasis und gewährt weiters Hilfe für Klein- und Kleinstunternehmen, für die Minensuche, für Umweltschutz und für die Armutsbekämpfung. Die Haupttätigkeit der UNICEF besteht darin, der Regierung bei der Umsetzung der Strategie zur Entwicklung der Grundschulbildung beizustehen, ist aber auch in Bereichen Gesundheit und Wasser/Hygiene aktiv, mit Programmen, die insbesondere auf benachteiligte Gruppen wie Frauen und Kinder abzielen.

Ein wichtiger Staat als Geber im Jemen ist Japan. Wasser, Gesundheit und Bildung sowie Landwirtschaft und Umwelt sind die Hauptziele der finanziellen Unterstützung, aber auch neue Gebiete, wie Governance (Demokratisierung und Menschenrechte) oder Gender.

Nichtsdestoweniger ist die Weltbank mit 420 Millionen US-Dollar, die im Rahmen der Country Assistance Strategy (CAS) 2003-2005 vergeben wurden, der wichtigste Geber in Jemen. Der Fokus der CAS überschneidet sich verständlicherweise mit den Punkten der PRSPs.

Erstens wird die Verbesserung der Staatsführung durch bessere politische Konzepte, Kapazitätenaufbau für Dezentralisierung und für bessere Dienstleistungen angeführt. Zweitens könnten durch die Verbesserung des Investitionsklimas, aufgrund besserer Regelwerke, nachvollziehbarer Anwendung von Gesetzen, und angemessener Infrastrukturunterstützung Arbeitsmöglichkeiten entstehen. Drittens ist die Verbesserung der Humanressourcen durch Unterstützung für Grundschul-, Fach- und Berufsausbildung und für den Zugang zum Gesundheitssystem und viertens Sicherstellung einer tragfähigen Umwelt durch Politiken und Investitionen in die Nachhaltigkeit der Wasserressourcen, in den Schutz von Einzugsgebieten, in Bodenschutz sowie in die Nachhaltigkeit der Fischbestände.¹¹²

3.2.5. Bildungssystem

Vor dem Abzug der Briten aus dem Süden und vor der Revolution im Norden gab es kaum ein staatliches Schulsystem; danach gab es zwei unterschiedliche. Nach der Vereinigung wurde versucht ein einheitliches System nach folgendem Konzept landesweit aufzubauen. 9 Jahre Primarschule und danach 3 Jahre Sekundarschule. Parallel dazu kam es im Norden zur Entwicklung von religiösen Schulen, die seit 2000/2001 in das öffentliche System integriert werden sollen. In den wenigen Privatschulen des Landes ist nur 1% der Schüler verzeichnet und auch Berufsschulen sind noch wenig entwickelt. An sich gibt es ein florierendes Hochschulsystem (sechs öffentliche Universitäten und ca. eben so viele private), in dem jedoch kaum geforscht wird.¹¹³

Die Alphabetisierungsrate

Trotz der Verbesserung ist das Bildungsniveau im Jemen äußerst niedrig. Zwar stieg der Alphabetisierungsgrad von 32,7 % im Jahr 1990 auf 49 % im Jahr 2002. Im Grundschulbereich stieg die Einschulungsquote von 25.000 Schülern im Jahr 1970 auf über 4.000.000 im Jahr 2003. 2006 betrug die Einschulungsrate 65% und der Alphabetisierungsgrad nur 39 %, was auch in Relation zu den anderen arabischen Ländern niedrig ist. Dazu kommt eine große Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.¹¹⁴

¹¹² EG (2006): S.28f

¹¹³ Kopp (2005): S.130ff

¹¹⁴ EG (2006): S.20

Die Frage, die sich nun aus diesen Voraussetzungen ergibt, ist, inwiefern die Programme und die entwicklungspolitischen Ansätze des IWFs und der Weltbank darauf Bezug nehmen bzw. eingebunden sind oder gar Lösungen bieten. Weiters ist auch die Frage zu stellen, ob bei einer schwachen Zentralgewalt ein übergeordnetes Konzept wie der (Post) Washington Consensus überhaupt flächendeckend umgesetzt werden kann.

3.3. Die Entwicklungszusammenarbeit im Jemen

Bis zum Jahr 1995 und somit der Umsetzung eines SAPs fiel die finanzielle Unterstützung der IDA eher bescheiden aus.

Der erste IDA Kredit wurde 1971 an die Volksrepublik Jemen vergeben, 1972 ein weiterer an die Arabische Republik Jemen, jeweils um Straßen zu bauen. Die finanzielle Unterstützung der IDA war in drei Bereiche unterteilt: 1) Landwirtschaft (ländliche Entwicklung, insbesondere Bewässerung) 2) Transport (Straßenbau) 3) Bildung (Lehrerausbildung).

Auf makroökonomische Stabilisierung zielten die Programme noch nicht ab und hatten somit auch kaum Auswirkungen in diesem Bereich.

“Because of the absence of policy dialogue or structural adjustment until 1996, IDA's impact at the macroeconomic level was negligible. By contrast, IDA has had a positive, although modest, impact in agriculture, education, and water supply. But with a greater focus on priorities within sectors, more could have been done.”¹¹⁵

Aber in den fokussierten Bereichen gab es durchaus positive Entwicklungen in der Zeit von 1970 bis 1996, wie Abbildung 8 zeigt.

¹¹⁵ Weltbank (2001): S.8

TABLEAU 1 : Les indicateurs sociaux au Yémen et dans les pays comparateurs, 1970 et 1996

	<i>Yémen</i>		<i>Pays comparateurs</i>	
	1970	1996	1970	1996
Espérance de vie	39	54	44	49
Mortalité infantile (pour 1 000 naissances)	186	98	155	106
Mortalité maternelle (pour 100 000 naissances)	n.c.	1 400	1 290	960
Accès à l'eau salubre (% de la population)	5	52	n.c.	42
Scolarisation primaire brute (% du groupe d'âge)	41	53	55	72
Scolarisation secondaire brute (% du groupe d'âge)	8	23	9	21
Pourcentage d'adultes (15 ans et plus) illettrés	90	62	79	54
Pourcentage d'hommes illettrés	87	47	71	43
Pourcentage de femmes illettrés	97	74	86	65

Abbildung 8; Indikatoren 1970 und 1996 für den Jemen und Vergleichsländer¹¹⁶

Die Lebenserwartung erhöhte sich merklich von 39 Jahre auf 54 Jahre, was wohl auf den markanten Rückgang der Kindersterblichkeit (von 186 auf 98 pro 1000 Geburten) zurückgeführt werden kann. Auch der Zugang zu sauberem Wasser verbesserte sich deutlich von 5% der Bevölkerung auf 52%. Und letztendlich erhöhten sich die Einschulungsraten im primären, sowie im sekundären Sektor und die Analphabetenrate sank bei beiden Geschlechtern, wenn auch bei Männern deutlicher als bei Frauen. Dennoch zeigt sich, dass für einen großen Teil der Bevölkerung 1996 die Lebensumstände immer noch sehr schlecht waren.¹¹⁷

3.3.1. Der Washington Consensus im Jemen

Am 17. Mai 1995 wurde das SAP für den Jemen unter dem Titel „Republic of Yemen - Dimensions of Economic Adjustment and - Structural Reform“ veröffentlicht. Gleichzeitig begann die Implementierung des „First Five Year Plan“ (FFYP) der jemenitischen Regierung, die zu dem Zeitpunkt begann nationale Entwicklungsstrategien in Fünfjahresplänen zu gestalten. Der erste war von 1996-2000 angesetzt. Dieser war jedoch nicht immer kompatibel mit den Reformen der Weltbank, deren Hauptpunkte ich nun im Folgenden vorstellen werde.¹¹⁸

Das SAP umfasst 44 Seiten und ist folgendermaßen aufgebaut: Nach einer generellen Darlegung der Arbeitsweise und einem Überblick über das geplante Programm und die erwarteten Herausforderungen, werden die makroökonomischen Reformen dargestellt und

¹¹⁶ OED (1999): S.2f

¹¹⁷ OED (1999): S.2f

¹¹⁸ Weltbank (2000): S.1

danach die sozialen Abfederungsmaßnahmen während des Anpassungsprozesses. Zum Schluss werden die strukturellen Reformen für ein Wachstum im privaten Sektor, sowie die Reformen im öffentlichen Bereich beschrieben.

Wirtschaftliche Voraussetzungen

Die allgemeine Wirtschaftslage im Jemen um 1995 war geprägt von den Problemen nach der Vereinigung 1990 und der Kuwait-Krise, die nur drei Monate danach ausbrach und damit einhergehend, das Problem der heimkehrenden Gastarbeiter. Der Kollaps der ehemaligen Sowjetunion wirkte sich dahingehend aus, dass ein wichtiger Teil der Finanzflüsse versiegt. Im SAP wird die Ausgangssituation folgendermaßen beschrieben:

Nach dem Einbruch erholte sich die Wirtschaft ab 1992 langsam, insbesondere aufgrund der Ölproduktion. Diese wuchs 1993 um 19% und 1994 um ganze 56%, was auf neu entdeckte Ölfelder zurückzuführen ist. Die Wirtschaftsleistung ohne Ölproduktion kann dagegen als eher mäßig beurteilt werden, woran wiederum ein Rückgang des Wachstums in der Landwirtschaft 1993 (das 1992 außerordentlich hoch war) und der Bürgerkrieg 1994 Schuld waren. Die Arbeitslosigkeit, die im Zeitraum zwischen 1990 und 1993 auf 25-30% geschätzt worden war, ist 1994 weiter gestiegen, während der Lebensstandard weiter gefallen ist. Die Inflation in den Städten stieg von 51% in 1992 auf schätzungsweise 103% in 1994; gewisse Schlüsselgüter aufgrund von Preiskontrollen ausgenommen. Die Bruttoinlandsinvestitionen betragen von 1992 bis 1994 12% des BIPs und wurden zur Hälfte von ausländischen Ölfirmen getätigt. Die inländische Sparquote war im Zeitraum zwischen 1991-1993 negativ, stieg aber auf 8% der BIPs in 1994, zurückzuführen auf die schon erwähnten, gestiegenen Öleinnahmen. Eine niedrige Investitionsrate, gekoppelt mit einer niedrigen Sparquote, stellt ein großes Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung dar. Das Budgetdefizit wird für die Zeit zwischen 1992-1993 auf 18% und 1994 auf 22,5% des BIPs geschätzt und die Staatsausgaben von 1992-1994 auf 42% des BIPs. 60% der Staatsausgaben beliefen sich auf die öffentlichen Lohnkosten und Militärausgaben. Der Anteil für Entwicklungszusammenarbeit betrug dagegen nur 3% des BIPs, was international gesehen sehr gering ist. Auch der Anteil des Staatseinkommens am BIP ist von 31% 1991 auf 19% in 1994 gesunken. Die hohe Inflationsrate seit der Vereinigung Nord- und Südjemens wird auf das hohe Haushaltsdefizit und den Rückgriff auf die Finanzmittel der Zentralbank zurückgeführt. Aufgrund des Fehlens eines Marktes für Anleihen und Wertpapiere wurde das Defizit vor allem durch Geldschöpfung finanziert. Die Zahlungsbilanz litt unter der strukturellen Schwäche der Volkswirtschaft, wie der

Abhängigkeit von privaten Transferzahlungen oder einer begrenzten Exportbasis, da der Anteil der Nicht-Öl Güter nur 13,2% der gesamten Exporte 1994 ausmachte.¹¹⁹

Auf dieser Analyse der Wirtschaftslage baute die Weltbank die Reformen für den Jemen auf. Im Folgenden werde ich die Hauptpunkte des Konzepts zusammenfassen.

Makroökonomische Reformen

Dass dieser Punkt gleich der erste des Programms ist, spiegelt die zentrale Rolle der makroökonomischen Stabilität wieder.

Als Ursachen für das makroökonomische Ungleichgewicht des Jemens werden ein hohes Budgetdefizit und dessen Finanzierung durch immer höhere Kredite und Erhöhung der Geldmenge angeführt. Das Stabilisierungsprogramm soll hauptsächlich für ein ausgewogenes Budget sorgen und zwar einerseits durch Erhöhung der Einnahmen, aber auch durch eine Reduzierung der Ausgaben.

Eine Erhöhung der Einnahmen soll durch die Vereinheitlichung der Wechselkurse auf den offiziellen Kurs erreicht werden. Belief sich der offizielle Wechselkurs im Mai 1995 auf 50 jemenitische Rial pro US-Dollar, wurde der Wechselkurs am Parallelmarkt auf 157 Rial pro US-Dollar geschätzt. Auch die Erhöhung der Preise für Zement, Elektrizität und Benzin, die subventioniert worden sind, sollen die Einnahmen erhöhen und gleichzeitig auch die Ausgaben reduzieren. Dazu sollen quantitative Restriktionen des Imports abgeschafft und durch Zölle ersetzt werden.

Bei der Reduktion der Ausgaben wird hauptsächlich die Abschaffung der Subventionen insbesondere in Bezug auf Weizen und Weizenmehl angeführt. Dazu kommt eine Reform des öffentlichen Sektors, wobei ein Stopp bei Neueinstellungen, sowie verstärkt die Pensionierung von Mitarbeitern im entsprechenden Alter bzw. die Streichung von „ghost workers“ aus der Gehaltsliste gefordert wird. Das ist ein Teil der Reduktion der öffentlichen Lohnkosten. Eine weitere Maßnahme in diesem Bezug soll die stufenweise Einstellung von Transferzahlungen an öffentliche Unternehmen sein, die zwischen 1992 und 1993 auf eine Höhe von 10% der nicht durch Öl erzielten Einkünfte, 4% der totalen Ausgaben und 2% des BIPs geschätzt werden.

Auch auf der Ausgabenseite wirkt sich die Vereinheitlichung der Wechselkurse aus. Das Ausmaß hängt aber vor allem von der Anpassung jener Preise ab, die von der

¹¹⁹ Weltbank (1995): S.9

Überbewertung des offiziellen Wechselkurses profitiert haben. Auch die Substitutionen für Elektrizität und Benzin sollen wie erwähnt angeschafft werden, um die Ausgaben zu reduzieren und die Verteilung effizienter zu gestalten. Die Abschaffung von Subventionen soll einerseits ein großes Potential für Einnahmen darstellen:

„In the case of electricity, calculated on a break-even basis, it is currently estimated that the operational subsidy passed on to consumers (in the form of what are among be the world's lowest electricity prices) amounts to about 6-7 percent of GDP. For petroleum derivative products, the amount of the subsidy in 1994 was estimated at 9.6 percent of GDP.“¹²⁰

Und andererseits wäre die Abschaffung leicht umzusetzen, was im Fall einer schwachen Zentralregierung ein wichtiger Punkt ist. Zusätzlich zu den fiskalpolitischen Maßnahmen soll eine konsistente Geld- und Finanzpolitik eine wichtige Rolle spielen. Generell sollen Zinssätze und der Bankensektor liberalisiert werden, indem Beschränkungen in diesem Bereich abgeschafft werden.

Soziale Maßnahmen während des Anpassungsprozesses

Die Kritik über die negativen sozialen Folgen der SAPs findet in diesem Programm anscheinend schon Berücksichtigung und es wird von Beginn an darauf geachtet, diesen entgegen zu wirken.

Als erstes wird auf die Subventionierung von Weizen und Weizenmehl eingegangen, die als Hauptpunkt des sozialen Sicherheitsnetz der jemenitischen Regierung beschrieben werden. Ziel ist deren Abschaffung mit gleichzeitiger Liberalisierung des Nahrungsmittelhandels, um den Preisanstieg etwas zu dämpfen. Aber da der einheimische Preis nicht dem Weltmarktpreis entspricht, werde es zu Preissteigerungen kommen, damit dieser aber nicht überschritten wird, sollten Mengenrestriktionen bzw. Einschränkung der Zahl der Händler aufgehoben werden, zusammenfassend schreibt die Weltbank:

“The cost of these subsidies in 1994 was an estimated \$232 million, which is equivalent to over one-third of the government's share of total crude oil exports, two and a half times import tariff revenues, and about 10 percent of recorded GDP. The continuation of these untargeted subsidies is fiscally unsustainable, particularly if the Government intends to maintain the official wholesale price of wheat and flour while the average import prices

¹²⁰ Weltbank (1995): S.3

(cif) are about three times as much. Continuing depreciation of the rial combined with maintaining retail and wholesale control prices will only serve to increase the amount of subsidy the Government will have to finance.”¹²¹

Als Grund für das Plädoyer für die Abschaffung der Subventionen wird angeführt, dass eben nicht die wirklich arme Bevölkerungsschicht davon profitieren würde, sondern vor allem Zwischenhändler, denn meistens würden die niedrigen Preise nicht an die Bevölkerung weitergegeben.

Für sehr arme Stadtregionen können jedoch Ausnahmen gemacht werden, wobei eine bestimmte Menge an subventionierten Weizen und subventionierten Weizenmehl an die Menschen zu zuvor angekündigten Zeitpunkten verteilt werden soll.

Die durch die Abschaffung der Subventionen gewonnenen Mittel sollen dazu verwendet werden den Lebensstandard der Ärmsten anzuheben, durch Verbesserung der medizinischen Versorgung, Bildung und Hygiene. So sollen mit 10% der Mittel z.B. 150.000 Kinder zusätzlich mit einer Grundschulbildung versorgt werden können. Dabei sollen gezielt die ärmsten Regionen unterstützt werden. Zusätzlich werden der Regierung Transferprogramme vorgeschlagen, wie etwa die Verteilung von Lebensmittelmarken an die Stadtbevölkerung oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, was gleichzeitig für die Unterstützung innerhalb der Bevölkerung für die Anpassungsprogramme förderlich wäre.

„[...] the Government could do a one time distribution of food coupons to the urban population equivalent to YR2,500 per household, implying an additional YR2.9 billion expenditures (8 percent of the 1994 subsidy expenditures) which may result in providing support to the Government's structural adjustment program, in particular the lifting of the food subsidies. Another option would be the establishment of an employment generating civil works program where workers are paid low daily wages of YR300, a rate somewhat lower than the prevailing market wage for unskilled labor. Thus, for a period of one year, 10,000 unemployed poor would receive assistance equivalent to YR936 million, or about 5 percent of the total food subsidies in 1994.”¹²²

¹²¹ Weltbank (1995): S.4

¹²² Weltbank (1995): S.5

Strukturelle Reformen im privaten und im öffentlichen Sektor

Zusätzlich zu den Stabilisierungsmaßnahmen werden Reformen gefordert, die sowohl Investitionen und die Produktion steigern, wie auch Arbeitsplätze schaffen. Dafür wird die schnell ansteigende Inflation als Chance gesehen. Als erstes wird auf den Privatsektor eingegangen, da dieser als ausschlaggebend für die ökonomische Entwicklung gesehen wird, wenn das nötige Umfeld geschaffen würde.

“[...] many current governmental policies, procedures or arrangements and public sector interventions constitute impediments to private sector development. Removing these impediments and taking dramatic and highly visible steps to lift the existing regulatory burdens from the private sector would constitute important first steps in any structural reform effort. [...] The program contains a number of central components: trade policy reforms, pricing policies, and the reform of public enterprises and their privatization. [...] The measures identified are comprehensive and constitute a reform program that need to be implemented over a number of years. But, some structural measures will yield immediate results and can be taken quickly”¹²³

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

Reform der Handelspolitik

Im Zentrum des Punktes der Handelspolitik stehen die hohen Zölle, die Quantitätsbeschränkungen und die aufgeblähte, ineffiziente Bürokratie. Diese Bedingungen gelten als Restriktionen für Firmen internationale Handelsmöglichkeiten zu nutzen. Auch hier wird die Vereinheitlichung des Wechselkurses angeführt und die positiven Effekte dieser „ungeplanten Zollliberalisierung“ die gleich als Anreiz für eine Reform der Zölle und der gesamten Handelspolitik dienen soll. Das angedachte Konzept lautete folgendermaßen:

“The first step, assuming a one shot unification, might be something like an across-the-board nominal tariff reduction of 50 percent, with perhaps a maximum rate set at 40 percent. This, coupled with a lifting of import bans, would assure an increase of tariff revenues. Going beyond the removal of import bans, further steps to liberalize trade restrictions should be addressed, including the removal of export controls and restrictions, the elimination of import licensing (with a few exceptions justified on non-economic

¹²³ Weltbank (1995): S.6

grounds), and a radical streamlining of customs administration. These measures would be dramatic, visible, contribute to private sector confidence, and have an immediate effect.”¹²⁴

Verbesserung der Investitionskontrolle

In Bezug auf die Investitionen wird vorgeschlagen, die Voraussetzungen Kontrolle für Investitionen abzuschaffen und durch ein System einer automatischen Lizenzvergabe oder einer simplen Registrierung zu ersetzen. Dadurch soll sich die allgemeine Investitionsbehörde auf investitionsfördernde Aufgaben konzentrieren und nicht auf Regulierungen.

Reform des Finanzsektors

Das Banksystem soll seine Rolle der Mobilisierung und effizienten Verteilung von Ressourcen wahrnehmen. Derzeit behindern negative reale Zinsen und das Fehlen einer rechtlichen Regelung in Bezug auf die Kredittilgung die Entwicklung eines effizienten Bankensystems. Das Reformprogramm empfiehlt die Liberalisierung der Zinsen und die Etablierung eines Handelsgerichts.

Verbesserung der Effizienz staatlicher Unternehmen

Hier liegt der Fokus auf Unternehmen, die sich um die Wasser- und Energieversorgung kümmern. Diese sollen erstmals durch Preisanpassungen den Breakeven Point erreichen und frei in Bezug auf Investitions- und Arbeitsentscheidungen sein, um auf einer handelsüblichen Basis operieren zu können. Dazu sollen striktere finanzielle Restriktionen eingehalten und ein privates Management angedacht werden.

Stärkung des Privatisierungsprogramms

Das Privatisierungsprogramm ist ein Programm der Regierung, das von den IFOs unterstützt wird, da es als sehr positiv gewertet wird, dass sich der Staat „aus dem produktiven Sektor zurückzieht, die Entwicklung des privaten Sektors fördert und zu einer effizienteren Verteilung der Ressourcen beiträgt.“ Durch Privatisierung sollen auch die Ausgaben des Staates gesenkt werden. Beachtet werden müsse nur, dass der Prozess transparent abläuft und weiters sollten manche Verkaufskonditionen gelockert werden. Die Privatisierungsmaßnahmen sollen sich nicht nur auf unrentable bzw. Konkurs gefährdete

¹²⁴ Weltbank (1995): S.6

Unternehmen beschränken, sondern auch eine gewisse Anzahl von Mittelbetrieben mit einschließen, da diese schneller verkauft werden können.

3.3.2. Analyse und Resultate

Viele der 10 Punkte von Williamson wurden auch im SAP für den Jemen umgesetzt, konkret gesagt fiskalische Disziplin, Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben, Steuerreform, finanzielle Liberalisierung, Schaffung stabiler, wettbewerbsfähiger Wechselkurse, Handelsliberalisierung, Privatisierung und Deregulierung. Auf die lokalen Gegebenheiten wird kaum eingegangen. Einmal wird anerkannt, dass die ökonomische Analyse der jemenitischen Wirtschaft aufgrund von Schattenwirtschaft und Schmuggel kompliziert ist, und ein anderes Mal wird auf die schwache Zentralregierung hingewiesen. Ansonsten betreffen die einzigen länderspezifischen Punkte z.B. die Produkte, die nicht weiter subventioniert werden sollen. Qat wird einmal in einem Nebensatz erwähnt. Auf die Wasserproblematik wird in Bezug auf die Preispolitik etwas genauer eingegangen. Es wird auf die Knappheit dieser Ressource hingewiesen, was von der Forderung nach einer Erhöhung der Preise für Wasser begleitet wird.

Der Punkt der sozialen Sicherheit wird mit der Abschaffung von Subventionen, die als fiskalpolitisch unhaltbar deklariert werden, eröffnet, worauf der Ruf nach Liberalisierung des Handels folgt. Das zeigt sehr klar die neoliberale Ausrichtung des Strategiepapiers auf. Zwar werden in der Wirtschaftstheorie Subventionen auf perfekten Märkten im Allgemeinen als Wohlfahrt mindernd angesehen, jedoch wurde schon im Kapitel zur Kritik des Washington Consensus erwähnt, dass gerade in Entwicklungsländern Märkte vermehrt Unzulänglichkeiten aufweisen.

Dennoch kann sicherlich behaupten werden, dass mit der Implementierung des SAP und dem Beginn der Ausrichtung der Entwicklungsstrategien am Washington Consensus im Jemen eine Wende in der EZA zu verzeichnen ist. Im Vergleich zur voran gegangenen Entwicklungsperiode erhöhte sich die finanzielle Unterstützung der Weltbank von 48 Millionen US-Dollar jährlich auf 120 US-Dollar jährlich.¹²⁵ 1997 und 1998 wurde die erste Runde an Reformen abgeschlossen, wie die Abschaffung der Subventionen und Handelsliberalisierungen. Dafür wurden 1997 ca. sechs Milliarden US-Dollar an Schulden erlassen. Die Angaben in Bezug auf das reale Wirtschaftswachstum zwischen 1995 und

¹²⁵ OED (1999): S.4

1998 variieren zwischen durchschnittlich 7,4%.¹²⁶ bzw. 5%. Aber das Budgetdefizit wurde auf weniger als 3% des BIPs reduziert und die Inflationsrate auf unter 10% gesenkt. Die Beschäftigung blieb konstant und die Arbeitslosigkeit stieg somit auf über 20%. Die Auswirkung dieser makroökonomischen Entwicklungen auf die soziale Situation der Menschen war unterschiedlich. Die Reduktion der Inflation wirkte sich dahingehend positiv aus, dass sie zu einer Werterhaltung der realen Einkommen beiträgt, was natürlich insbesondere für die ärmste Bevölkerung wichtig ist.¹²⁷ Dennoch sank durchschnittlich der Lebensstandard aufgrund des schwachen Rials und die einheimische Produktion wurde durch die schnelle Handelsliberalisierungen schwer in Mitleidenschaft gezogen. Weiters verschlechterte sich aufgrund der Einsparungen im öffentlichen Sektor die Qualität der staatlichen Dienstleistungen.¹²⁸

Dass sich die Lebenssituation der ärmsten Teile der Bevölkerung im Jemen trotz eines gewissen Maßes an makroökonomischer Stabilisierung nicht verbessert hat, zeigt die Armutsanalyse im folgenden Abschnitt. Wie in der allgemeinen Kritik des Washington Consensus zeigt sich auch im Jemen, dass vor allem auf quantitatives Wirtschaftswachstum abgezielt wurde und der Verteilungsaspekt keine Rolle gespielt hat.

3.3.3. Der Post-Washington Consensus im Jemen

Das IPRSP

Im Dezember 2000 wurde das Interim Poverty Reduction Strategy Paper (IPRSP) für den Jemen veröffentlicht, obwohl der Jemen nicht an der HIPC Initiative teilnimmt. Auf 23 Seiten wird kurz die ökonomische Entwicklung des Jemens der letzten Jahre zusammengefasst und die Beschaffenheit der Armut im Jemen und ihre Gründe analysiert. Dazu werden mögliche strategische Schlüsselemente für die PRS ausgearbeitet.

Der Aufbau des IPRSPs ist wie folgt. Als Erstes wird die wirtschaftliche Entwicklung erläutert, auf die ich aber jetzt nicht erneut eingehen werde, weil ich die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen schon im vorherigen Kapitel erläutert habe. Zweitens wird die Armutsanalyse präsentiert und drittens kommen die Reformvorschläge. Als Erstes

¹²⁶ Weltbank (2006a): S.3

¹²⁷ Weltbank (2000): S.1f

¹²⁸ Weltbank (2002): S.26f

werden wiederum die Reformen auf makroökonomischer Ebene vorgestellt und darauf folgt dann die Strategie zur Armutsreduktion. Auch der Aufbau des IPRSP verrät schon einiges über die Prioritäten des neuen Ansatzes. Es ist zwar die Konzentration auf die Armutsreduktion deutlich zu erkennen, jedoch immer erst nach der makroökonomischen Stabilität. Inwiefern sich die (I)PRSPs vom SAP unterscheiden, soll die folgende Analyse zeigen.

Poverty Profile

Das Armutsprofil liefert die Maßstäbe in Bezug auf die Entwicklungsstrategie.

“Initial analysis of the 1998 Household Budget Survey indicates that poverty in Yemen almost doubled between 1992 and 1998, with the number of households below the “food poverty line” rising from 9% to 17%. By factoring food, clothes, housing, education, health and transport into an “upper poverty line”, the percentage of households living in poverty rose from 19% to 33% over the same period. Hence, poverty is becoming more widespread amongst the 18 million people who live in Yemen’s urban and rural areas. Also, social indicators reflect very low human development marked by a consistent pattern of wide gender disparities. For example, 44% of males and 72% of females are illiterate. The situation of health is equally inadequate, where only 55% of the population has access to health services.”¹²⁹

Dabei wird im Folgenden die angesprochene „upper poverty line“ als Benchmark für Armut gesehen.

Die Beschaffenheit der Armut wurde wie folgt analysiert:

- Die Haushaltsgröße weist eine starke positive Korrelation mit Armut auf.
- Der Anteil von inaktiven Haushalten, in denen niemand nach Arbeit sucht oder überhaupt für den Arbeitsmarkt verfügbar, ist mit 16,3% höher als in anderen arabischen Ländern.
- Auf dem Land ist die Armut höher als in der Stadt. Auf dem Land ist man zu 50% eher arm als in der Stadt.
- Haushalte, die von Frauen geführt werden sind eher arm als jene, die von Männern geführt werden und zwar um 20%.

¹²⁹ Weltbank (2001): S.2

- Arme Menschen sind eher Arbeitnehmer oder Arbeitende innerhalb der Familie, im Vergleich zu Arbeitgebern oder Selbstständigen.
- Verwandtschaft und die Gesellschaft werden als wichtige Komponente der sozialen Sicherheit gesehen.

Als Wurzeln der Armut werden weiters folgende Punkte angeführt:

- Bevölkerungsentwicklung

Durchschnitt sind (zur Zeit der Ausarbeitung des PRSPs) 6,5 Kinder pro Frau; die Bevölkerung verdoppelt sich alle 19 Jahre, mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist unter 15 Jahren.

- Knappheit an kultivierbarem Land

Insgesamt sind 555.000 km² Landesfläche vorhanden, nur sind davon 2,9% kultivierbar und 3,7% teilweise kultivierbar.

- Wasserknappheit

Das Wasserangebot pro Kopf beläuft sich auf 2% des weltweiten Durchschnitts, das führt zu einer Übernutzung des Grundwassers.

- Unzureichende Infrastruktur

Nur 10% der Straßen sind asphaltiert, nur 35% der Bevölkerung sind mit Elektrizität und nur 40% mit sauberem Trinkwasser versorgt. Die Telekommunikationsmöglichkeiten sind außerhalb der großen Städte schlecht.

- Ineffiziente öffentliche Verwaltung

Marginalisierung und Unterentwicklung der regionalen Behörden durch Zentralismus der Regierung; somit mangelnde Kapazitäten, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung umzusetzen. Weiters mangelnde Transparenz und Verantwortung,

- Rückkehr der Gastarbeiter und Flüchtlingsproblematik

Zusätzlich zu den vertriebenen Gastarbeitern, die kaum Kapital aus der Golfregion brachten und nur schlecht wieder in die Wirtschaft integriert werden konnten, kommen viele afrikanische Kriegsflüchtlinge in den Jemen.

- Geschlechterverhältnisse

Massive Benachteiligung der Frauen in Schlüsselbereichen wie dem Arbeitsmarkt, dem Bildungssystem, dem politischen und rechtlichen Entscheidungsprozessen etc.

- Qatproblematik

Zwar größter Teil des Einkommens der Bauern, jedoch problematisch in Bezug auf den hohen Wasserverbrauch und dem Gebrauch von Pestiziden.

Wirtschaftspolitischer Rahmen

Bei dem Punkt des wirtschaftspolitischen Rahmens für die angestrebten Reformen wird betont, dass die erzielten Ergebnisse durch die Strukturanpassungspolitik auf makroökonomischer Ebene bewahrt werden sollen und daher die Regierung den Kurs in Bezug auf Fiskal-, Geld- und Handelspolitik beibehalten soll, um weiterhin ein niederes Budgetdefizit und einen konkurrenzfähiger Wechselkurs zu gewährleisten. Im Weiteren werden die Instrumente der makroökonomischen Politik angeführt, die zu diesem Ergebnis führen sollen.

Makroökonomische Politik

- Fiskalpolitik

Erstens wird weiterhin strenge fiskalische Disziplin gefordert, um einerseits einen kleinen Überschuss zu erwirtschaften, um dadurch nicht mehr von den Öleinnahmen abhängig zu sein und auch bei sinkenden Weltmarktpreisen Mittel für die Sozialausgaben (insbesondere Bildung und Gesundheit) zu Verfügung zu haben und andererseits, um wirtschaftliche Stabilität als Basis für Wirtschaftswachstum und Armutsreduktion zu gewährleisten.

Als zweiter Punkt werden öffentliche Investitionen in die Infrastruktur (Straßenbau, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen) gefordert, mit besonderem Fokus auf die ländlichen Regionen.

Drittens sollen die öffentlichen Ausgaben einerseits reduziert werden, insbesondere in Bezug auf die Löhne, und andererseits effizienter gestaltet werden und zwar durch eine Vereinfachung der Bürokratie und verstärktes Monitoring. So soll die lokale Produktion, genauso wie die Exporte, gesteigert werden.

Viertens findet die Reform der Pensionsvorsorge unter diesem Punkt nähere Beachtung; diese soll erstens eine angebrachte Rente in einer fiskalpolitisch nachhaltigen Art und Weise sicherstellen und zweitens dazu beitragen die nationale Sparquote zu erhöhen.

- Geldpolitik

Als Erstes wird empfohlen die Politik von freien Wechselkursen aufrecht zu erhalten, die einen konkurrenzfähigen realen Wechselkurs gewährleisten soll, um Nicht-Öl Exporte zu steigern. Und die Regierung soll weiters Maßnahmen zur Liberalisierung von Zinsen ergreifen, um die inländische Sparquote zu erhöhen und den Kapitalzufluss zu fördern.

Weiters soll das Geldangebot kontrolliert, ein Defizit vermieden und staatliche Wertpapiere sollen gefördert werden, wobei beachtet werden müsse, nicht in Konkurrenz mit dem privaten Finanzsektor zu geraten. Der nächste Punkt ist die Verbesserung des Bankensystems einerseits, um Spar- und Investitionsraten zu heben, andererseits, um den Anlegern mehr Sicherheit bieten zu können. Und auch die Einrichtung einer Börse wird förderlich für die Sparquote gesehen. In Bezug auf die Armen wird angeführt:

„Reforming saving and investment channels will help improve the conditions of the poor by encouraging them to save and thereafter to be able to contribute in investing.“¹³⁰

- Außenhandelssektor

Die Handelsliberalisierung soll durch weitere Senkung der Zölle vorangetrieben, die Aufnahmen in die WTO angestrebt und erneute Entschuldungen ausverhandelt werden.

Entwicklungschancen des Jemens

Unter diesem Punkt werden positive Aspekte der jemenitischen Wirtschaft angeführt, die Chancen für Entwicklung bergen. Dabei wird die geographische Lage erwähnt. Der Jemen liegt entlang der Seehandelsroute von Europa und Asien und Aden könnte wieder zu einer international gefragten Hafenstadt werden und so FDI anlocken. Öl könnte, auch wenn die Wirtschaft nicht alleine darauf ausgerichtet werden soll, dazu beitragen einen kompetenten Staat, eine funktionierende Infrastruktur und ein effizientes Bildungs- und Gesundheitssystem aufzubauen. Dazu birgt Erdgas ein großes Potential als Einnahmequelle. Als nächstes wird die langjährige Handelskultur positiv angeführt und zum Schluss werden die interessante Landschaft und die historischen Sehenswürdigkeiten

¹³⁰ Weltbank (2000): S.5

als Möglichkeiten gesehen, Tourismus anzulocken. Weiters wird die Fischerei angeführt und im Bereich der Dienstleistungen der Bildungs- und Gesundheitssektor, die zu Wachstum führen könne. Dafür muss aber die Infrastruktur vor allem im Bereich der Elektrizität, der Wasserversorgung und der Straßen verbessert werden.

Reform der öffentlichen Institutionen

Auch das PRSP des Jemens beinhaltet einen Punkt, der die Restrukturierung des öffentlichen Sektors als Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum fordert. Die Forderungen entsprechen denen, des SAPs, folglich Effizienz und Transparenz, um ein förderliches Umfeld für Wachstum des privaten Sektors, für Investitionen und ein funktionierendes Rechtssystem zu schaffen. Dafür wird Privatisierung der staatlichen Unternehmen gefordert, auch wenn die negativen Folgen auf den Arbeitsmarkt angemerkt werden.

Strategie und Politik zur Armutsreduktion

Unter diesem Punkt wird allgemein die Strategie zur Armutsreduktion und die damit verbundenen politischen Maßnahmen vorgestellt. Gleich zu Beginn wird betont, dass Wirtschaftswachstum zusammen mit Investitionen in die soziale Entwicklung zur Reduktion von Armut führen soll. Dabei wird dem privaten Sektor eine führende Rolle zugeschrieben, wobei ihn der Staat in Bezug auf die Infrastruktur unterstützen soll; in den sozialen Bereichen jedoch wird hauptsächlich der Staat als Akteur gesehen.

„Strategically, it is believed that poverty alleviation can be resolved in due course by means of sustained economic growth, on the one hand, and investing in social development, on the other. The task of economic growth should be entrusted essentially to the private sector, supported by the State through the provision of physical and institutional infrastructure. With respect to social development, the task will rest largely with the State, as the Government of Yemen has expressed its intention to expand its role in the field of social development, committing itself to stepping up and improving public services in the field of education, health care and labor training.“¹³¹

Die drei Prinzipien, auf denen die Ziele und Maßnahmen für die Erreichung einer nachhaltigen Reduktion der Armut im Jemen aufbauen sollen, sind folgende:

- Schaffung von Einkommensmöglichkeiten und Ausweitung der wirtschaftlichen Chancen für die Armen

¹³¹ Weltbank (2000): S.8

- Ausweitung der Ressourcen und Erhöhung der Anlagerendite der armen Bevölkerung
- Das Leiden und die Angreifbarkeit der Armen zu reduzieren

Um konkret absoluter Armut zu begegnen werden dann noch drei politische Rahmenbedingungen vorgegeben:

- Erweiterung des sozialen Sicherungsnetzes, um die Situation der ärmsten Bevölkerung erträglich zu machen.
- Verbesserung der sozialen Umstände und der Produktivität der Armen und jener nahe an der Armutsgrenze
- Kampf gegen die strukturellen Gründe von Armut mit dem Fokus auf Armutsprävention und einer nachhaltigen Lebensgrundlage

Das endgültige PRSP soll in Zusammenhang mit der Armutsreduktion elaboriertere Punkte haben, die dann auch spezifisch messbar sein sollen.

Strategieelemente

Die Strategieelemente werden als ein Bündel angesehen, die ganzheitlich umgesetzt werden müssen und aus denen eine Reihe passender politischer Initiativen aufgestellt werden können.

- ***Erweiterung des Entwicklungsansatzes:*** Unter diesem Punkt wird alles angeführt, was mehr oder weniger unter den makroökonomischen Reformen zu finden ist. Monopole sollen abgebaut werden, der nationale Markt soll in den Weltmarkt integriert werden und alle protektionistischen Maßnahmen – außer in Bezug auf die soziale Sicherheit – sollen abgeschafft werden. Dazu werden ein effizienter öffentlicher Sektor und ein funktionierendes Rechtssystem als Grundlage für private Investitionen und somit für Entwicklung angeführt.
- ***Entwicklung von Wirtschaftssektoren mit Wachstumspotential:*** Die Landwirtschaft und die Fischerei werden als Sektoren mit Potential für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen gesehen. Das bedeutet, dass dabei vor allem in Klein- und Kleinstunternehmen Möglichkeiten zur Armutsreduktion und Chancen für einen nachhaltigen Lebensstil gesehen werden. Um umfangreiche Einnahmen

aus der Tourismusbranche erzielen zu können, sollen Infrastruktur und der Dienstleistungssektor ausgebaut werden.

- ***Milderung der Beeinträchtigungen der Armen durch die strukturellen Anpassungsmaßnahmen:*** Der „Social Welfare Fund“ (SWF) stellt der sehr armen Bevölkerung Geld zur Verfügung, ein Minimum an gesundheitlicher Versorgung wird gewährleistet und die Einschulung auf Primärlevel ist gratis.
- ***Reduktion des Bevölkerungswachstums***
- ***Erhöhung des menschlichen und wirtschaftlichen Vermögens:*** Erhöhung des Humankapitals und Versorgung mit einem Zugang zu produktiven Kapital als Instrumente, um Haushalte vor Armut zu schützen. Bildung, Technologietransfer und Gesundheitsservices sind Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebenssituation der armen Bevölkerung. Auch die Produktivität muss erhöht werden, um die realen Löhne anzukurbeln.
- ***Ausweitung der Wirtschaftsmöglichkeiten für die Armen in der Landwirtschaft und in ländlichen Regionen:*** Dieser Punkt soll auch im Bereich der Nahrungsmittelsicherheit positive Auswirkungen haben. Um in diesen Bereichen für Wachstum zu sorgen, soll in arbeitsintensive Produktionsmethoden investiert werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Frauen vorrangig für die Produktion von Nahrungsmitteln verantwortlich sind.
- ***Verbesserung der sozialen Sicherung und des Pensionssystems:*** Dieser Bereich soll besser zur Reduzierung von Armut beitragen.
- ***Verbesserung und Ausbau der Infrastruktur:*** Dadurch soll die Produktivität gesteigert, Investitionen gefördert, die Isolation der ländlichen Regionen durchbrochen und sowohl Märkte wie auch Arbeitsmöglichkeiten ausgeweitet werden.
- ***Rationalisierung des Wasserverbrauchs:*** Dem Problem der Wasserknappheit soll mit Regulierungen und Recycling begegnet werden, aber auch mit Informationskampagnen oder der Verlagerung der Bewässerung weg vom Qat.
- ***Bekämpfung von Versteppung und Umweltzerstörung:*** Entsprechend der national ausgearbeiteten Strategie.

- ***Unterstützung für Maßnahmen, die sich auf die schlechteren wirtschaftlichen Chancen für Frauen beziehen***
- ***Überprüfung und Abänderung der Gesetzgebung:*** Die Kohärenz mit der PRS soll gewährleistet werden
- ***Partizipation der Zivilbevölkerung und Organisationen der Zivilgesellschaft:*** Die Akteure für die Ausarbeitung und Umsetzung der PRSP sollen sein: verschiedene Behörden der Regierung, Organisationen der Zivilgesellschaft, der Privatsektor, sowie bi- und multilaterale Geber.
- ***Ausarbeitung eines Systems für einen effektiven Informationsfluss und ein effektives Monitoring***
- ***Internationale Geberkoordination***

Ausarbeitung des PRSP

Bei der Ausarbeitung des PRSP für den Jemen wird diesmal auf die Kohärenz mit der nationalen Entwicklungsstrategie, dem „Second Five Year Plan“ (SFYP), geachtet. Weiters sollen noch diese beiden Konzepte zusammen mit Programmen des UNDPs ineinander greifen. Der SFYP ist auf die Vorstellung des Jahres 2025 ausgerichtet und hilft so politische Maßnahmen und Strategien zu entwickeln.

Bei der Ausarbeitung des PRSPs wurde dem Ansatz der Partizipation in Form von ein-Tages-Seminaren Rechnung getragen, bei denen Beauftragte der Regierung, Mitglieder von NGOs, und Organisationen der Zivilbevölkerung, wie Frauenorganisation, Gewerkschaften, akademische Intellektuelle und Vertreter politischer Parteien, der Medien und des Privatsektors teilnahmen. Danach gab es noch eine dreitägige Konferenz, bei der die Mitarbeit von verschiedenen Gruppen der betroffenen Personengruppen geplant war.

“After consideration of the comments and suggestions made by seminar participants, a semi-final vision paper was drafted by the end of November. In tandem, a general framework including macroeconomic and sectoral policies was prepared,”¹³²

Das Resultat ist das PRSP 2003-2005, dessen Hauptpunkte ich nun im Folgenden darstellen werde.

¹³² Weltbank (2000). S1ff

Das PRSP

Das PRSP umfasst insgesamt 142 Seiten. Es stellt die Punkte, die schon im IPRSP angeschnitten wurden, genauer dar. Wie schon der Umfang erahnen lässt, ist das PRSP wesentlich detaillierter als das SAP und analysiert die lokalen Gegebenheiten extrem genau. Kapitel 1 beschreibt die Entwicklung an sich im Jemen und die Ausarbeitung des PRSPs, Kapitel 2 die derzeitigen Hauptherausforderungen wie das Bevölkerungswachstum oder die Wasserknappheit. In Kapitel 3 wird die vorangegangene Entwicklungsstrategie seit 1990 vorgestellt, auf deren Stärken und Schwächen eingegangen und damit im Zusammenhang die ökonomischen Entwicklungen analysiert. Kapitel 4 befasst sich mit der Armutssituation im Jemen, die allein 20 Seiten ausmacht und weit über die Ansätze des IPRSPs in diesem Zusammenhang hinausgeht. Z.B. werden zusätzlich zu den Gründen von Armut und zur allgemein sozialen Armutsanalyse der Gesellschaft die regionalen Unterschiede herausgearbeitet. Kapitel 5 stellt nun die PRS vor, ihre Ziele und ihren Zusammenhang mit den MDGs. Kapitel 6 gibt noch abschließend einen Überblick über die gedachte Vorgangsweise bei der Implementierung des PRSPs.

Die IFOs beschreiben das PRSP und dessen Hauptziele folgendermaßen:

*„The PRSP includes the development of specific goals that can be monitored and followed-up, as well as general policies and programs to achieve growth and provide services for the reduction of poverty. [...] The PRSP targets reduction of poverty by 13.1% during the period 2003-2005, to decline to 35.9% in 2005. This may be achievable through appropriate economic growth that will lead to increasing real GDP by about 4.7%, depending on the growth of the non-oil sectors by an annual average rate of 6.3% to ensure increases in GDP per capita and improvement in the living standards. This growth is expected to keep pace with effects of the population policies that seek to reduce the annual population growth rate to 3% by 2005. The strategy also seeks to achieve a number of sectoral objectives leading to overall poverty reduction.“*¹³³

Die genaue Auflistung der Ziele mit den jährlichen Zwischentritten und deren Indikatoren sind in Anhang 2 zu finden. Grob zusammengefasst sind es Wirtschaftswachstum, insbesondere nicht durch Öl generiertes Wachstum, Armutsreduktion, Erhöhung der Einschulungsraten, Verbesserung der Versorgung mit Wasser, Elektrizität und Gesundheitsdienstleistungen, sowie ein Ausbau des Straßennetzes,

¹³³ Weltbank (2000). S1ff

Erhöhung der Rolle von sozialer Wohlfahrt, Verbesserung der Pensionsvorsorge und eine Reduktion der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.

Die Strategie, um diese Ziele zu erreichen, umfasst vier Hauptsäulen und zwar folgende:

- Achieving Economic Growth
- Human Resources Development
- Improving Infrastructure
- Ensuring Social Protection

Doch, um wirklich nachhaltig Erfolge erzielen zu können, soll nicht nur die Umsetzung der oben aufgelisteten Ideen verfolgt, sondern auch auf ein effektives Monitoring und auf eine breite Zusammenarbeit zwischen den Gebern, der Regierung und der Zivilbevölkerung geachtet werden. Der spezielle Charakter der PRSP wird wie folgt zusammengefasst:

„Poverty reduction policies are distinguished by the fact that they proceed coincidentally within a broad consistent and harmonious front and take in the order of priorities for intervention and the urgent measures in the middle period (2003-2005) [...].“¹³⁴

3.4. Analyse

Als erster Unterschied zwischen SAP und PRSP fällt auf, dass das PRSP konkretere, auf das jeweilige Land angepasste, und auch messbare Ziele gibt. Es werden lokale Probleme herausgearbeitet und auch konkrete Ansätze zur Verbesserung aufgezeigt. Im Fall des Jemens wird die Armutssituation genau analysiert und auch die Sichtweise der armen Bevölkerung selbst zusammengefasst vorgestellt.

„In a study entitled the "Voice of the Poor", the poor set out various solutions which they believe will help them come out from the poverty quandary, with the consensus of all the male and female groups that were interviewed, that the provision of job opportunities, capital and soft loans for investment in small enterprises - with respect to both the rural and urban communities - is the way that will enable them to achieve a source for a dignified livelihood. [...], and men also gave more specific solutions like helping them to

¹³⁴ Weltbank (2000). S1ff

*reclaim land, build dams, water harvesting projects, to enable investment in agricultural land, especially since they see the drought as being one of the most important causes of poverty: [...] Most women pointed out that it is necessary to have water projects, schools, health services, laying roads and the social security payments, which could lift their communities and families out of poverty. [...] Differences also included, women indicating a need for eliminating illiteracy and adult education, whereas men did not mention this, which could explain the widespread illiteracy amongst women more than the men who normally rely on their bodily strength to obtain a source for their livelihoods.*¹³⁵

Zu einem gewissen Anteil finden sich diese Punkte ja auch im Programm der Weltbank und des IWFs wieder, die Frage ist nur, ob dabei auf die Stimme der Armen gehört wurde, oder ob sich in manchen Bereichen die Ansichten überschneiden. Ich denke dabei, dass letzteres der Fall ist, da der Fokus schon zu Zeiten der SAPs auf Bildung, Gesundheit und Infrastruktur lag und auch jetzt sind das jene Punkte, die im sozialen Bereich gezielt verbessert werden sollen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder auch Erwachsenenbildung kommen nicht vor.

Dennoch reichen die sozialen Reformen weit über die des SAPs hinaus. So wird die Verbesserung der Pensionssysteme immer wieder angeführt oder auch die Etablierung einer „Hope Bank“, die sicherstellen soll, dass auch die arme Bevölkerung Kredite erhalten kann. Das zeigt, dass soziale Sicherung zu einem eigenen Entwicklungsziel geworden ist und nicht mehr nur noch die negative Effekte der Anpassungsmaßnahmen abfedern soll.

Zusätzlich zu diesem detailliert ausgearbeiteten Bereich der Armutsreduktion werden andere Problembereiche angeschnitten und Lösungsansätze präsentiert. Konkret sind diese z.B. Maßnahmen in Bezug auf die Wasserknappheit und das Bevölkerungswachstum. Im SAP sollten sich solche länderspezifische Entwicklungshemmnisse durch die unsichtbare Hand des Marktes lösen. Würden die Preise einmal stimmen, würden sich auch andere Problematiken lösen, wie es in Bezug auf Wasser angeführt wurde.

Somit lässt sich im sozialen Bereich ganz klar ein Fortschritt erkennen, doch ist das nur ein Strang der Entwicklungsstrategie der PRSPs. Der andere ist der der makroökonomischen Reformen, die so auch schon in den SAPs zu finden sind. Der Hauptpunkt zur Armutsreduktion bleibt das Wirtschaftswachstum, das durch die gleichen Reformen wie schon zur Zeit des Washington Consensus erzielt werden soll. Auch wenn zusätzlich

¹³⁵ Weltbank (2002): S.54

erwähnt wird, dass die Verteilung des Wohlfahrtsgewinnes berücksichtigt werden muss und auch Programme in diesem Bereich umgesetzt werden sollen, scheint das wirtschaftliche Reformprogramm unverändert aus dem SAP übernommen.

Die Hauptpunkte waren, sind und bleiben: Geringes Budgetdefizit, freie Wechselkurse, effizienterer und transparenter Staat, durch Privatisierungen, um ein investitionsfreundliches und den privaten Sektor förderliches Umfeld zu schaffen etc. So lassen sich zwei Stränge ausmachen, einerseits der ökonomische, der auf Wirtschaftswachstum abzielt und die Reformen dafür aufzeigt, und der andere, der sich mit Armutsreduktion, sozialer Sicherheit und der Lebenssituation der Menschen befasst. Die Frage ist nur, welchem Strang Priorität gegenüber dem anderen eingeräumt wird, sollten sich die Inhalte nicht vereinbaren lassen. Sprich, wenn einerseits das Budgetdefizit reduziert oder andererseits das Sozialsystem verbessert werden soll.

Die Maßnahmen zur makroökonomischen Stabilisierung an sich tragen ja durchaus zu einem Wachstum der Wirtschaft bei, doch das alleine reicht nicht. Und dass der Post-Washington Consensus keine absolute Neuausrichtung der Politik der IFOs darstellt, scheint nun auch relativ offensichtlich zu sein, dennoch kann er in der Praxis Verbesserungen in den letzten Jahren im Jemen bewirkt haben, da er – ebenso offensichtlich – eine massive Erweiterung des alten Entwicklungskonzeptes bedeutet. Das zeigt sich nicht nur im viel größeren Umfang der Strategiepapiere (44 Seiten SAP zu 143 Seiten PRSP) oder in den oben erwähnten sozialen Maßnahmen. Zusätzlich zu den zwei Entwicklungssträngen wird Wert auf Partizipation und auch auf ein effizientes Monitoring System gelegt. Natürlich hängen die Erfolge wiederum von der Umsetzung in die Praxis ab, aber der Schritt der Umsetzung der theoretischen Ausrichtung des Post-Washington Consensus in ein konsistentes, auf die spezifischen Probleme Bezug nehmendes, viele Bereiche mit einbeziehendes Entwicklungsprogramm scheint gelungen.

Das folgende Kapitel soll nun zeigen, ob es auch in der Praxis Fortschritte gab und inwiefern die weitreichenden Ansätze real Verbesserungen in der wirtschaftlichen Performance bzw. für die Lebenssituation der Menschen brachte.

4. Auswirkungen

Monitoring und Fortschrittsüberwachung sind auch ein großer Teil der PRSPs. 2006 evaluiert das JSA der Weltbank konkret die ersten Jahre der Entwicklung des Jemens unter dem PRSP 2003 und 2004. Diesen Überblick nehme ich als Hauptbezugsquelle für die folgende Analyse, da die Quellenlage in Bezug auf den Jemen und vor allem die Evaluierung der Entwicklungszusammenarbeit der IFOs seit Implementierung des PRSPs eher schlecht ist und die meisten Daten von der Weltbank zur Verfügung gestellt werden.

Allgemein scheinen die Entwicklungen zwar Fortschritte zu verzeichnen, aber nicht im erhofften Maß. Der Jemen wird in den meisten Punkten nicht die MDGs erreichen und auch die meisten Ziele der PRSP werden verfehlt.

„Missed targets in the PRSP period include GDP growth; mortality indicators for infants, children, and mothers; and access to water, roads, and electricity, although there have been some successes in meeting targets for basic education enrollment (for both boys and girls); road rehabilitation and maintenance; power plant operation; and expanded coverage for social protection.“¹³⁶

Dabei werden von der Weltbank als Gründe zwei Faktoren angeführt: 1) der Irakkrieg und die Unsicherheiten in der Region führten zu einer Verringerung der Investitionen 2) Nach den Wahlen im April 2003 wurden weniger ökonomische Reformen umgesetzt.¹³⁷

Vorweg muss gesagt werden, dass Zahlen zum gleichen Indikator je nach Quelle schwanken, doch meistens handelt es sich dabei um eine Abweichung von maximal 2%.

4.1. Armut

Das Hauptziel der Armutsreduktion wurde in den Jahren 2003 und 2004 noch klar verfehlt. Geplant war eine allgemeine Reduktion der Armen – nach Definition wie im PRSP – auf 38% der Bevölkerung im Jahr 2004, was einer Reduktion von 13% entsprochen hätte. Doch im ländlichen Bereich wurde die Armut 2004 auf das Niveau von 1998 geschätzt und zwar, um die 45%. Und auch wenn in der Stadt eine Verringerung verzeichnet werden

¹³⁶ Weltbank (2006b): S.2

¹³⁷ Weltbank (2006b): S.2

kann, von ca. 30,8% im Jahr 1998 auf 21-28% (je nach Schätzmethode), bleibt im Durchschnitt die Veränderung hinter den Erwartungen. Es wurde zwar der „Social Fund for Development“ weiter ausgebaut und Pläne für ein weitreichendes Pensionssystem ausgearbeitet, Transferprogramme wurden jedoch nicht umgesetzt.¹³⁸

Durch diese Entwicklung gehen auch das jemenitische Ministerium für Planung und internationale Kooperation in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen 2003 nicht davon aus, dass das Ziel 1 der MDGs erreicht wird, nämlich die Halbierung des Bevölkerungsanteils, der mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen muss. IN diesem Zusammenhang wird vor allem auch die ungleiche Verteilung des Einkommens angeführt. Die ärmsten 20% der Bevölkerung verdienen nicht mehr als 8% des Bruttoeinkommens. Anhang 3 zeigt eine Übersicht über den Stand aller MDGs Ziele mit Stand 2003.¹³⁹

Die EIU, die sich auf die Angaben der Vereinten Nationen bezieht und 2008 von 45,2% der Bevölkerung ausgehen, die mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag leben, hält zwei andere Punkte für die schlechten Fortschritte in diesem Bereich für ausschlaggebend. Erstens das starke Bevölkerungswachstum, das die Wirtschaft und die natürlichen Ressourcen stark belastet. Hohe Arbeitslosigkeit und Wasserknappheit sind die Folge. Und zweitens ist die Infrastruktur zu schwach ausgebaut, mit Ausnahme des Hafens in Aden.¹⁴⁰

Doch sind die angeführten Punkte ja ohnehin auch Unterziele des PRSPs, was die Vermutung nahe legt, dass – wie oben schon angedeutet – auch in diesen Bereichen die gesetzten Ziele nicht erreicht wurden.

4.2. Wirtschaft und Wirtschaftswachstum

Es zeigt sich, dass auch das reale Wirtschaftswachstum geringer als erwartet ausgefallen ist. Zwar können, wie schon im vorherigen Kapitel – auch externe Faktoren dafür verantwortlich gemacht werden (Sicherheitslage der Region und Irakkrieg und die negativen Auswirkungen auf Investitionen), aber auch der Rückgang in der Ölproduktion ist ein Grund für das geringe Wirtschaftswachstum. Dabei wurde ein Teil der negativen

¹³⁸ Weltbank (2006b): S. 1f

¹³⁹ Ministry of Planning & International Cooperation: The Millennium Development Goals (2003): S.10

¹⁴⁰ EIU (2008): S.3

Auswirkungen durch den zwischenzeitlich sehr hohen Ölpreis ohnehin schon kompensiert. Die sinkenden Staatsausgaben haben durch die sinkende Ölproduktion weiters einen negativen Einfluss auf die Nicht-Öl Produktion. Dazu kommt das weiterhin hohe Bevölkerungswachstum, das jede Wirtschaftswachstumsrate sozusagen auffrisst.¹⁴¹

Die offizielle Arbeitslosigkeit ist von 13,2% im Jahr 2002 auf 14,8% im Jahr 2004 gestiegen, doch geschätzt wird eine Quote von bis zu 40%;und könnte in naher Zukunft weiter explodieren, da etwa 50 % der Bevölkerung jünger als 15 Jahre sind. Die Inflation konnte bis 2004 durch den starken Anstieg der Lebensmittelpreise auch nicht gesenkt werden und belief sich 2004 auf etwa 12 %.¹⁴² Danach kam es zu starken Schwankungen, wie Abbildung 9 zeigt, doch im Endeffekt ist sie gestiegen. Nachdem sie sich 2005 zum größten Teil zwischen 6% und 10% bewegte, stieg sie 2006 bis auf über 30%. Danach sank sie bis Anfang 2008 wieder auf beinahe 6%, worauf ein sprunghafter Anstieg auf über 25% folgte. Ende 2008 betrug die Inflation um die 17%.¹⁴³

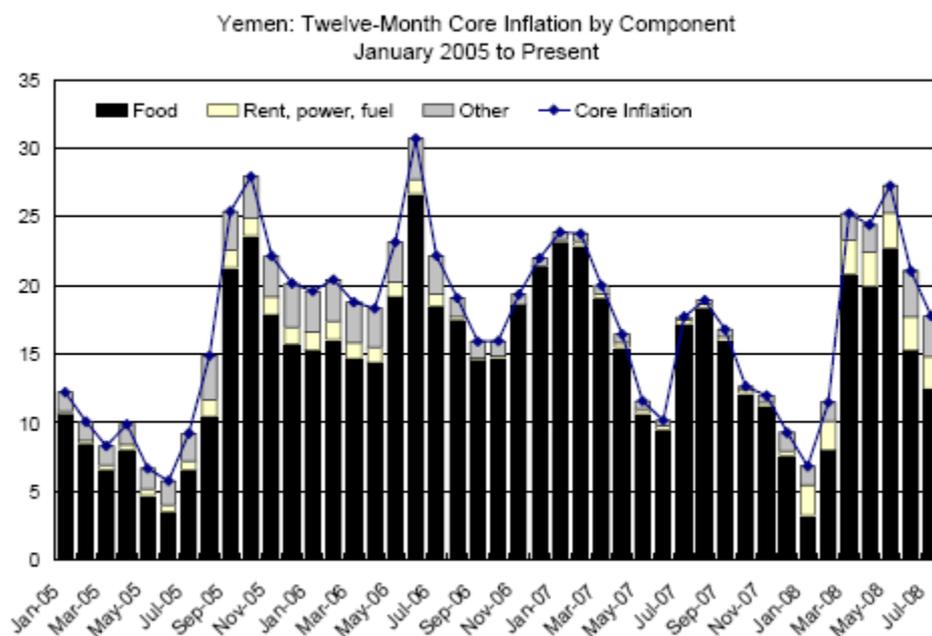


Abbildung 9; Inflationsetwicklung Jemen 2005-2008¹⁴⁴

¹⁴¹ Weltbank (2006b): S.3

¹⁴² EG (2006): S. 20

¹⁴³ IWF (2009): S.5

¹⁴⁴ IWF (2009): S.5

In Bezug auf das Wirtschaftswachstum sind auch keine positiven Schlüsse zu ziehen. Wie Abbildung 10 zeigt ist das BIP-Wachstum seit 2005 sogar wieder rückläufig und ist mit 2.8% sogar niedriger als das Bevölkerungswachstum.¹⁴⁵

Economic performance

Main economic indicators

	2003	2004	2005	2006	2007
Real GDP growth (%)	3.1	4.0	4.6	4.0	2.8
Consumer price inflation (av; %)	10.8	12.5	11.8	20.8	10.0
Current-account balance (US\$ m)	149	225	633	206	-365
Exchange rate (av; YR:US\$)	183.4	184.8	191.5	197.0	199.0
Population (m)	19.7	20.3	21.0	21.6	22.3
External debt (year-end; US\$ m)	5,375	5,488	5,363	5,563	6,044

Source: Economist Intelligence Unit, CountryData.

Abbildung 10; Wirtschaftsdaten Jemen 2003-2007¹⁴⁶

2008 wurde wieder ein Wachstum der Wirtschaft von 4,4% verzeichnet, eine Steigerung zu 2007 als es 4,2% betrug. Doch diese Verbesserung ist hauptsächlich auf die angestiegenen Ölpreise zurückzuführen, weshalb die Wirtschaftsleistung 2008 auch als nicht zufrieden stellend eingestuft werden kann.¹⁴⁷

4.3. Bevölkerungswachstum

Das Bevölkerungswachstum konnte in den letzten Jahren nicht verringert werden, wie Abbildung 11 zeigt.

Population

	2003	2004	2005	2006	2007
Population (m)	19.7	20.3	21.0	21.6	22.3
Population (% change)	3.2	3.2	3.1	3.1	3.1

Source: US Census Bureau.

Abbildung 11, Bevölkerungsentwicklung 2003-2007¹⁴⁸

¹⁴⁵ EIU (2008): S.17

¹⁴⁶ EIU (2008): S.17

¹⁴⁷ Weltbank (2009): S.1

¹⁴⁸ EIU (2008): S.11

Ende 2004 war die Bevölkerung auf 19,7 Millionen angewachsen, auch wenn die Fertilitätsrate auf 5,8 Kindern im Jahr 2003 von 6,8 Kindern im Jahr 1997 gesunken ist. Dennoch wird mit einer annähernden Verdoppelung der Bevölkerung in 20 Jahren gerechnet.¹⁴⁹ Seit 1994 ist die Bevölkerung um 35% angewachsen. Diese Zahlen bedeuten einen immensen Druck auf die öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere auf die Schlüsselsektoren, wie Bildung und Gesundheit, aber auch auf die natürlichen Ressourcen. Insbesondere steigt natürlich der Verbrauch an dem ohnehin knappen Wasser.¹⁵⁰

4.4. Bildung

Der Bildungssektor ist einer der wenigen Punkte, in dem die Ziele zu einem großem Teil erreicht wurden. Die Weltbank schreibt dazu.

„In basic education, targets for both boys and girls have been slightly exceeded to reach 82 percent and 53 percent, respectively. In higher education, the female student enrollment target of 27 percent for 2005 was met in 2004. This success in achieving education targets is attributed to the expansion in schools, teachers, and teacher training under the Basic Education Expansion Project. [...] This success in reaching education goals has been achieved due to the fact that Yemen continues to spend relatively more on education than most low-income countries.“¹⁵¹

Doch beziehen sich die Ziele nicht auf die ältere Generation, denn dort bleibt die Analphabetenrate hoch. 2005 belief sie sich insgesamt auf 46%, 65% bei den Frauen und 27% bei den Männern, was auch für Länder mit niedrigem Einkommen hoch ist.¹⁵²

4.5. Gesundheitssektor

Im Gegensatz zum Bildungssektor werden im Gesundheitssektor die Ziele nicht erreicht. Zwar wird das Bewusstsein der Bevölkerung für Gesundheitsthemen durch Medien

¹⁴⁹ EG (2006): S.20

¹⁵⁰ EIU (2008): S.11f

¹⁵¹ Weltbank (2006b): S.5

¹⁵² EIU (2008).S.12

gefördert, doch die öffentlichen Ausgaben werden in diesem Bereich als unzureichend eingestuft.¹⁵³

Dennoch gibt es Bereiche, in denen der Jemen besser dasteht als der Durchschnitt der Länder mit niedrigem Einkommen. So etwa bei der Säuglings- und Kindersterblichkeit (unter 5 Jahren). Das Problem dabei ist, dass die Zahlen sich erhöhen. Bei den Zahlen für Mangelernährung bei Kindern liegt der Jemen gleich auf mit den Ländern südlich der Sahara.¹⁵⁴

4.6. Infrastruktur

In Bezug auf die Infrastruktur möchte ich die Entwicklungen jener Bereiche darlegen, die im PRSP besondere Beachtung erfahren haben. Die Versorgung mit Elektrizität, mit sauberem Wasser und der Straßenbau.

4.6.1. Elektrizität

Unter diesem Punkt wird in der Evaluierung der Jahre 2003 und 2004 angeführt, dass sich zwar das finanzielle Management verbessert hat, die Versorgung mit Elektrizität aber nicht, und insbesondere im ländlichen Bereich unzureichend ist. Allgemein werden 40% der Bevölkerung mit Elektrizität versorgt, wobei nur 20% der Bevölkerung am Land vom Stromnetz erfasst werden.¹⁵⁵ Bis 2009 scheint der einzige Fortschritt in diesem Bereich ein neues Gesetz zu sein, das dem Problem mit der Elektrizitätsversorgung eine hohe Priorität einräumt. Zusätzlich soll die benötigte Energie zukünftig aus erneuerbaren Energiequellen kommen, aber das sind alles noch keine realen Verbesserungen, sondern ambitionierte Pläne, die schwierig werden umzusetzen, einerseits aufgrund von finanzieller Unterversorgung dieses Bereichs und andererseits aufgrund von mangelndem Bewusstsein in der Bevölkerung.¹⁵⁶

¹⁵³ Weltbank (2006b): 5f

¹⁵⁴ EG (2006): S.20

¹⁵⁵ Weltbank (2006b): S.6

¹⁵⁶ Weltbank (2009): S.15

4.6.2. Wasser

Die Zahlen in Bezug auf die Wasserversorgung sind schon bei der Zielsetzung im PRSP widersprüchlich. Angegeben wird insgesamt eine Abdeckung von 45%, und detaillierter wird ausgeführt, dass 64% der Bevölkerung der Städte und 55% der Bevölkerung am Land Zugang zu öffentlichen Wasser hätten, was aber insgesamt einer Abdeckung von ca. 60% entsprechen würde und nicht wie angeführt 45%. Bei der Evaluierung der Ziele kamen ähnliche Fehler vor, weshalb ich mich in diesem Punkt auf die Evaluierung der CAS im Jahr 2006 beziehen werde.

Dabei wird die gesamte Länderstrategie der Weltbank evaluiert und nicht nur die PRSP, auch wenn diese beiden Instrumente – wie schon näher erläutert – ineinander greifen sollen.

„The outcome of Bank assistance in this sector is moderately unsatisfactory, as few tangible results have been achieved. The achievements in conceptualizing and implementing a new strategy have been positive. In overall vision and quality, the strategy is commendable.”¹⁵⁷

Der starke Grundwasserverbrauch steigt weiter an und durch die wachsende Bevölkerung stieg auch der Wasserverbrauch, insbesondere in den Städten. So werden Brunnen immer tiefer gebohrt. Weiters wird der Verlust von Wasser in den Städten auf 40-50% geschätzt und am Land in Rahmen der Bewässerung auf 60%¹⁵⁸

4.6.3. Straßenbau

Die Resultate bei den Verbesserungen der Straßen sind im Großen und Ganzen positiv. Es wurden viele neue Straßen angelegt, und auch die alten wurden gut in Stand gehalten, jedoch sind 30% weniger Kilometer, als vorgenommen, asphaltiert worden. Doch da das Ziel, eine Ausweitung des asphaltierten Straßennetzes um 44% zu erreichen, sehr hoch angesetzt war, sind die erzielten Resultate positiv zu sehen.¹⁵⁹

¹⁵⁷ Weltbank (2006a): S.37

¹⁵⁸ Weltbank (2006a): S.37

¹⁵⁹ Weltbank (2006b): S.7

4.7. Demokratie und Regierung

Ein weiterer wichtiger Punkt des PRSPs ist „good governance“. Die EIU platziert 2008 den Jemen beim Demokratie Index auf Platz 140 von 167, also ungefähr auf der Stufe mit Ländern, die als autoritär geführt gelten. Dennoch ist der Jemen noch vor Saudi Arabien, Iran oder Katar, was auf die besseren Werte bei politischer Partizipation und politischer Kultur zurückzuführen ist. Der Index umfasst weiters eine Bewertung des Wahlsystems, das Funktionieren der Regierung und die zivilen Freiheiten. Diese werden besonders schlecht bewertet, vor allem aufgrund der gewaltsamen Unterdrückung der Medien und von Protesten, die insbesondere im Süden aufgrund der schlechten Lebensqualität organisiert worden sind.¹⁶⁰

Democracy index	Overall score	Overall rank	Electoral process	Government functioning	Political participation	Political culture	Civil liberties	Regime type
Yemen	2.95	140	2.17	2.50	3.33	5.00	1.76	Authoritarian

Overall and component scores are on a scale of 0 to 10; overall rank is out of 167 countries.

Abbildung 12, Demokratie Index Jemen¹⁶¹

Schon 1994 sagte Präsident Saleh der Korruption den Kampf, doch wurde dieses Ziel nie ernsthaft verfolgt, denn sonst müsste beinahe die gesamte politische Elite gegen sich selbst vorgehen und da Klientelbeziehungen als soziale Selbstverständlichkeit gesehen wird, verhindert die Wahrnehmung von Korruption als kriminelle Handlung, die entwicklungshemmende und sozial ungerechte Folgen mit sich bringt.¹⁶²

2008 wurde das Supreme National Anti-Corruption Committee (SNACC) gegründet und im Laufe des Jahres wurden 305 Vorfälle gemeldet, von denen 91 untersucht wurden, sprich ca. 30% und 5 Fälle wurden zur Anklage gebracht, was ein sehr geringer Erfolg ist. Die Weltbank schreibt dazu:

„The slow progress reflects weaknesses in the broader legal system, shortage of resources and capacity in many relevant governmental agencies, and possibly state capture by powerful interest groups. A recent diagnostic review of the legal and regulatory framework

¹⁶⁰ EIU (2008):S.8

¹⁶¹ EIU (2008):S.8

¹⁶² Albrecht (2002): S.82

for combating corruption in Yemen has revealed that existing laws need to be further refined to make it easier to prosecute high ranking officials accused of wrongdoing.”¹⁶³

¹⁶³ Weltbank (2009): S.11

5. Conclusio

Die Entwicklungen im Jemen zeichnen nicht unbedingt ein positives Bild der Umsetzung des Post-Washington Consensus im Jemen. Nun muss natürlich beachtet werden, dass die Ziele, die hauptsächlich nicht erreicht wurden, sozusagen willkürlich festgelegt wurden. In keinem Paper wurde erklärt, warum eine bestimmte Zahl ausgewählt wurde. Nun heißt es eben nicht, dass es gar keine Verbesserungen der Lebenssituationen der Menschen im Jemen gab, sondern nur nicht im erhofften Maße. Im SAP wurde überhaupt nicht auf regionale Gegebenheiten eingegangen, wodurch sich in manchen Fällen, wie der Wasserknappheit die Situation noch verschlechterte. Nun gab es in allen betroffenen Bereichen – wie erwähnt – Verbesserungen, die ohne dem PRSP höchstwahrscheinlich nicht erzielt worden wären, was durchaus als Fortschritt gegenüber dem SAP gewertet werden kann.

Doch wieso wurden die Ziele nicht erreicht und nach welchen Kriterien wurden sie festgelegt? Üblicherweise wird davon ausgegangen, welche Verbesserungen erreichbar scheinen. Was wiederum zu denken geben sollte, da nicht davon auszugehen ist, dass Weltbank und IWF sich extra hohe Ziele stecken, die nicht realisierbar sind, da solche Institutionen, wie aus der Arbeit u.a. ersichtlich ist, einem immensen öffentlichen Druck ausgesetzt sind.

Nichtdestotrotz, Fakt ist die Armut im Jemen ist weiterhin sehr hoch und damit verbunden sind viele negative Folgen für Gesundheit, Bildung (auch wenn in diesem Feld die erhofften Erfolge erzielt worden sind) und andere Bereiche. Ein Grund dafür ist, dass das Wirtschaftswachstum nicht mit dem Bevölkerungswachstum mithalten kann und auch die anderen ökonomischen Daten, wie Inflation, weisen keine zufriedenstellende positive Entwicklung auf, genauso wie der Punkt der Versorgung mit Wasser und Elektrizität.

Doch was sind die Gründe dafür, dass eine so gut ausgearbeitete Strategie erneut so wenige Erfolge verbuchen kann? Meiner Meinung nach liegt die Gefahr eben in dieser Weitläufigkeit der Strategie, die am besten mit der oft zitierten „Eier legenden Wollmilchsau“ beschrieben werden kann und die existiert ja bekanntlich leider nicht. Die gesamten, oftmals vielversprechenden Reformen sind einfach nicht umsetzbar; noch dazu nicht in sechs Jahren und wenn ein schwacher Staat, der mit Korruption kämpft, die Verantwortung trägt. Um so ein weitreichendes Konzept umzusetzen, müssten die Geber

sich – denke ich – noch besser koordinieren und der Staat, dessen Kapazitäten, die Verwaltung gestärkt und nicht geschwächt werden. Es wird zwar anerkannt, dass der Staat in Bezug auf soziale Belange der Hauptakteur sein soll, aber gleichzeitig wird auch verlangt, weniger Mitarbeiter zu beschäftigen, oder in Worten der Entwicklungsprogrammen, dass er effizienter arbeitet.

Womit wir wieder bei der – schon angeschnittenen – Frage wären, wie die Prioritäten der Akteure liegen. Oder anders es ist eine Frage von Worten und Taten. Es reicht offensichtlich nicht die Unzulänglichkeiten der eigenen Strategie anzuerkennen bzw. darauf hinzuweisen, ohne wirklich etwas daran zu ändern.

Nichtsdestotrotz sollte die gedankliche, konzeptionelle Weiterentwicklung gesehen und anerkannt werden. Dennoch kommen Reformansätze nicht gegen die neoliberale makroökonomische Grundausrichtung an, auch wenn schon angemerkt wird, dass negative soziale Folgen zu erwarten sind. Womit wir an dem Punkt angekommen wären, dem neoliberalen, kapitalistischen System die Schuld am Scheitern der Entwicklungszusammenarbeit im Jemen und im Allgemeinen zu geben, was zu einem gewissen Grad sicherlich Berechtigung hat. In diesem Zusammenhang wäre eine neogramscianische Analyse der IFOs sicherlich interessant, um herauszufinden, wie weit fortgeschritten eine Weiterentwicklung bzw. ein eventueller Sturz der kapitalistischen Hegemonie in der Entwicklungszusammenarbeit wirklich ist.

Ich konzentriere mich aber in dieser Arbeit auf das, was ist und das ist, in Bezug auf den Jemen, trotz aller gut klingenden Ansätze, trotz der elaborierten Analysen und der beinahe allumfassenden Strategien, ein Land, das der dort lebenden Bevölkerung im Allgemeinen wenig „Chancen zur menschlichen Verwirklichung“ bietet; und wenn man Entwicklung nun wie Armatya Sen als Erweiterung realer Freiheiten¹⁶⁴ sieht, wahrhaftig unterentwickelt ist.

Das gesamte gesellschaftliche und soziale System ist angefangen bei den Schichten, über die Stämme hin zu den Frauen von Regeln geprägt, die menschliche Selbstverwirklichung untergraben, doch mit diesem Ansatz stünde allein das gesamte islamische Rechtssystem in Frage und die gesamte jemenitische Stammeskultur. Was zu der Frage führt, inwiefern diese Punkte beeinflusst werden können bzw. sollen. Diese Frage ist natürlich schwer zu

¹⁶⁴ Matis: <http://www.wu.ac.at/inst/vw3/telematik/>

beantworten, die Gefahr des Eurozentrismus sitzt einem dabei im Nacken. Nichtsdestotrotz ist es auffällig, dass gerade diese Bereiche, die das soziale Gefüge an sich betreffen, im PRSP nicht vorkommen und dass gerade auch die Frauenthematik viel zu kurz kommt. Denn auch wenn erwähnt wird, was für ein Hemmnis eine derartige Isolation von Frauen für die ökonomische Entwicklung ist, wird in den konkreten Reformvorschlägen (außer in Bezug auf Bildung und Gesundheit) nicht weiter drauf eingegangen.

Was ist nun meine absolute Schlussfolgerung? Die PRSPs sind ein Schritt in die absolut richtige Richtung. Sie fokussieren vielleicht immer noch zu stark auf die wirtschaftliche Entwicklung und gerade in Bezug auf den Jemen wird das islamisch geprägte und von der Stammeskultur beeinflusste Gesellschaftssystem zu wenig berücksichtigt. Oftmals werden spezifische Faktoren zwar erwähnt und analysiert, finden aber dann doch in die Reformen keinen Einzug, die aber u.U. ohnehin aufgrund des schwachen Staates¹⁶⁵ nicht durchführbar wären.

Die Lage scheint verzwickter, ist sie auch, denn bevor überhaupt weiter über Entwicklungsstrategien debattiert werden soll, muss im Jemen eine Zentralgewalt aufgebaut werden, die das Wohl der Bevölkerung und nicht Prestigebauten vorrangig am Herzen liegt, die autonom ist und deren Handlungen nicht vom Wohlwollen bestimmter Stämme abhängig ist und bei der Korruption kein Thema ist. Sollte dieses Ziel erreicht werden, könnten andere Entwicklungsziele viel leichter durchgesetzt werden und dann würde der Verbesserung der Theorie vielleicht auch in Praxis Rechnung getragen werden.

¹⁶⁵ Zur Diskussion über die Stärke bzw. Schwäche des jemenitischen Staates vgl. Albrecht (2002): S.8 und S.39ff. Einerseits fällt der Jemen nämlich unter die Kategorie des Rentierstaats, der aufgrund von Renten – im Falle des Jemens die Gastarbeitergelder und die Hilfszahlungen – relativ autonom gegenüber der Bevölkerung agieren kann, da er nicht von Steuergeldern etc. abhängig ist. Andererseits wird immer wieder der große Einfluss gewisser Stämme und die fehlende Kontrolle durch die Zentralmacht über gewisse Gebiete und die negativen Folgen für die Wirtschaft beschrieben, was ich in Bezug auf Entwicklungszusammenarbeit als ausschlaggebend erachte.

6. Anhang

6.1. Anhang 1

04/21/2009 10:36 AM

Board Presentations of PRSP Documents As of April 21 2009													
	Country	Region	I-PRSP	PRSP	PR 1	PR 2	PR 3	PR 4	PRSP II	PR 1	PR 2	PR 3	
1	Benin	AFR	13-Jul-00	20-Mar-03	10-Jun-05				28-Jun-07	17-Jun-08			
2	Burkina Faso **	AFR		30-Jun-00	06-Dec-01	05-Nov-02		05-May-05	05-May-05	28-Aug-06	24-May-07	12-May-08	
3	Burundi	AFR	22-Jan-04	13-Mar-07	29-Jan-09								
4	Cameroon	AFR	10-Oct-00	31-Jul-03		07-Mar-06				14-Dec-07			
5	Cape Verde	AFR	09-Apr-02		02-Aug-06				08-Jul-08				
6	CAR	AFR	18-Jan-01	27-May-08									
7	Chad	AFR	25-Jul-00	13-Nov-03	15-Jun-05								
8	Comoros	AFR	16-May-06										
9	Congo, DR	AFR	11-Jun-02	31-May-07									
10	Congo, Republic of	AFR	07-Dec-04	02-Oct-08									
11	Cote D'Ivoire	AFR	28-Mar-02	31-Mar-09									
12	Ethiopia	AFR	20-Mar-01	17-Sep-02	17-Feb-04	26-Oct-05			28-Aug-07				
13	Gambia	AFR	14-Dec-00	16-Jul-02	25-Apr-05	27-Jun-06			19-Jul-07	17-Feb-09			
14	Ghana	AFR	24-Aug-00	08-May-03		15-Jun-06			15-Jun-06	03-Jun-08			
15	Guinea	AFR	22-Dec-00	25-Jul-02	26-Aug-04	08-Sep-06	03-Jul-07		08-Jan-08				
16	Guinea Bissau	AFR	14-Dec-00	10-May-07									
17	Kenya	AFR	01-Aug-00	06-May-04	20-Mar-07								
18	Lesotho	AFR	06-Mar-01	12-Sep-05									
19	Liberia	AFR	24-May-07	07-Aug-08									
20	Madagascar	AFR	19-Dec-00	18-Nov-03	21-Oct-04	26-Jul-06			06-Mar-07	05-Jan-09			
21	Malawi	AFR	21-Dec-00	29-Aug-02		10-Aug-05	31-Aug-06		16-Jan-07	08-Sep-08			
22	Mali	AFR	07-Sep-00	06-Mar-03	22-Jun-04	21-Dec-05			30-Oct-07				
23	Mauritania	AFR	06-Feb-01	18-Jun-02	11-Jul-03				16-Jan-07				
24	Mozambique	AFR	06-Apr-00	25-Sep-01	29-Jul-03	06-Jul-04	21-Jun-05		19-Dec-06	05-Jan-09			
25	Niger	AFR	20-Dec-00	07-Feb-02	19-Nov-03	03-Mar-05	11-Jan-07		29-Apr-08				
26	Nigeria	AFR		01-Nov-05	21-Jun-07								
27	Rwanda	AFR	21-Dec-00	08-Aug-02	08-Jun-04	14-Apr-05	18-Apr-06		28-Feb-08				
28	Sao Tome & Principe	AFR	27-Apr-00	25-Apr-05	20-Oct-07				29-Apr-08				
29	Senegal	AFR	20-Jun-00	23-Dec-02	07-Dec-04	23-Nov-05			30-Jan-07	11-Dec-08			
30	Sierra Leone	AFR	25-Sep-01	06-May-05	14-Dec-06				01-Jul-08				
31	Tanzania	AFR	04-Apr-00	30-Nov-00		27-May-03	08-Jun-04		09-May-06	26-Dec-07			
32	Togo	AFR	06-May-08										
33	Uganda	AFR		02-May-00	31-May-01	23-Jul-02	09-Sep-03		28-Jul-05	15-Jun-07	08-Jan-09		
34	Zambia	AFR	04-Aug-00	23-May-02	15-Jun-04	11-Apr-05	31-Jan-07		21-Aug-07				
35	Cambodia	EAP	18-Jan-01	20-Feb-03	09-Sep-04				17-Jul-07				
36	Indonesia	EAP	21-Apr-03										
37	Lao	EAP	24-Apr-01	17-Jun-08									
38	Mongolia	EAP	27-Sep-01	09-Sep-03	26-Sep-05								
39	Timor Leste	EAP		14-Jun-05									
40	Vietnam	EAP	12-Apr-01		19-Feb-04	08-Aug-05	22-Jun-06		05-Dec-06	30-Jul-08			
41	Albania	ECA	08-Jun-00		10-Jul-03	12-Jul-04	11-Jan-06		17-Apr-08				
42	Armenia	ECA	22-May-01	20-Nov-03	12-May-05	03-Aug-06			02-Dec-08				
43	Azerbaijan	ECA	05-Jul-01	27-May-03	10-Sep-04	25-Aug-05							
44	Bosnia-Herzegovina*	ECA	12-Nov-02	15-Jun-04					28-Jun-07				
45	Georgia	ECA	11-Jan-01	06-Nov-03	13-Jun-05	21-Sep-06							
46	Kyrgyz Republic	ECA	04-Dec-01	27-Feb-03	29-Jun-04	04-May-06			22-May-07				
47	Macedonia, FYR	ECA	14-Dec-00										
48	Moldova	ECA	19-Dec-00	11-Nov-04	08-May-06				20-Mar-08				
49	Serbia & Montenegro	ECA	08-Aug-02	16-Mar-04	30-Mar-06								
50	Tajikistan	ECA	31-Oct-00	05-Dec-02	29-Jun-04	11-Nov-05			11-Dec-07				
51	Uzbekistan	ECA	24-Jan-08										
52	Bolivia	LAC	27-Jan-00	05-Jun-01									
53	Dominica	LAC	29-Dec-03	01-Aug-06	10-Jan-08								
54	Guyana	LAC	14-Nov-00	19-Sep-02	27-Jul-04	27-Apr-06							
55	Grenada	LAC	18-Apr-06										
56	Haiti	LAC	11-Mar-08										
57	Honduras	LAC	06-Jul-00	11-Oct-01	26-Feb-04	20-Apr-05	17-Jul-07	17-Jul-07					
58	Nicaragua	LAC	21-Dec-00	25-Sep-01		22-Jan-04			09-Feb-06	04-Oct-07			
59	Djibouti	MNA	27-Nov-01	07-Oct-08									
60	Yemen	MNA	27-Feb-01	01-Aug-02	15-May-06								
61	Afghanistan	SAR	25-May-06	03-Jun-08									
62	Bangladesh	SAR	19-Jun-03	26-Jan-06									
63	Bhutan	SAR		08-Feb-05									
64	Maldives	SAR	08-Jan-08										
65	Nepal	SAR		18-Nov-03	02-Dec-05	08-Dec-06							
66	Pakistan	SAR	04-Dec-01	11-Mar-04	28-Mar-09								
67	Sri Lanka	SAR		05-Jun-08									
Sub Totals		AFR	34	30	31	21	17	8	1	20	11	2	1
		EAP	6	5	4	3	1	1	0	2	0	0	0
		ECA	11	11	8	8	6	1	0	6	0	0	0
		LAC	7	7	5	3	3	1	1	1	1	0	0
		MENA	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		SAR	7	4	6	2	1	0	0	0	0	0	0
Total			65	57	54	37	28	11	2	29	12	2	1

*Bosnia's IPRSP was not formally discussed by the Board; it was summarized alongside the CAS Progress Report.

** Burkina Faso's PR 1 on August 28, 2006 focused on the 2004 implementation aspects of the first full PRSP.

6.2. Anhang 2

TABLE 5.1: GOALS AND INDICATORS OF THE PRSP

Goal	Indicator	Base Year 2000	2001	2002	2003	2004	2005
Increase Real GDP	Real GDP Growth Rate	5.1	3.3	4.1	3.7	5.3	5.4
Increase Non-Oil GDP	Non-Oil GDP Growth Rate	4.7	4.0	5.0	5.7	6.5	7.0
Increase GDP per Capita	Growth Rate of GDP Per Capita	1.6	-0.1	0.8	0.5	2.2	2.5
	Total Population (millions)	18.3	18.9	19.5	20.1	20.8	21.4
	Fertility	5.9	5.7	5.6	5.5	5.3	5.2
	Maternal Morality (for every 100,000 births)	351	342	333	323	314	305
	Infant Morality (for every 1,000)	67.8	66.2	64.6	63.1	61.6	59.9
	Child Morality (for every 1,000)	94.1	91.6	89.1	86.6	84.1	81.6
Control of Population Growth	Population Growth Rate	3.5	3.4	3.3	3.2	3.1	3.0
Poverty Reduction	Poverty Incidence (1998) Total (%)	41.6	41.5	40.6	39.7	38.0	35.9
	Urban (%)	29.9	29.6	28.6	27.7	26.1	24.4
	Rural (%)	45.1	45.0	44.2	43.3	41.6	39.3
Raising Coverage of Health Services	Coverage rate – Total (%)	50%	52.8	56.0	58.3	63.8	65.0
	Urban (%)	80%	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0
	Rural (%)	25%	29.5	32.9	34.8	39.6	42.0
Raising Education Enrolment Rates	Basic Education Enrolment Rate, Total (%)	62%	62.9	64.5	66.0	67.6	69.3
	Males (%)	77.2%	78.4	79.4	80.3	81.2	82.4
	Females (%)	43.9%	45.9	48.1	50.4	52.7	55.0
	Graduates of Technical Faculties (%)	12.2%	16.0
Raising Coverage of Water and Sanitation Services	% of population with access to the public water network, total	45	-
	Urban (%)	64	64	65.5	66	68	69
	Rural (%)	55	65
	% of Population with access to Drainage services, total	6.2	8
Raising Electricity Coverage	% of population with access to Electricity Network, Total	30.0	32.0	34.7	37.0	38.5	40.3
	Urban (%)	65.7	85.2	81.3	90.2	96.9	98.2
	Rural (%)	17.0	19.0	20.0	21.0	22.0	22.2
	Electricity Losses (%)	38.0	33.0
Connecting Rural Areas to Markets, easing Access to Services through the Expansion of the Roads Network	Asphalt roads (km)	5,955	890	1,200	950	1,100	1,250
	Rock Roads (Km)	4,009	700	650	800	950	1,200
	Rehabilitated Asphalt Roads (Km)	..	258	229	112	121	101
	Enforcements of Roads (Km)	..	50	80	110	210	127
	Road Maintenance (Km)	..	794	794	1,032	1,111	1,270
Enhancing the Role of Social Welfare & Assistance	Number of beneficiaries	450160	476899	510160	540160	570160	600610
Increasing the Coverage of the Pension System	Number of beneficiaries, public sector	415000	425727	433257	442605	450949	459635
	Private Sector	45000	50000	57000	62000	66000	70000
	Coverage of pensions, public Sector (beneficiaries)	40473	43913	47645	51695	56089	60857
	Private Sector	1,120	2,125	3,282	4,455	5,728	7,199
Reducing the Gender Gap	GDI (HDR 2000/2001)	0.428					..

6.3. Anhang 3

STATUS AT A GLANCE

Yemen's progress towards the development goals

Goals	Will Development Goals be Reached?				State of Supportive Environment			
Extreme Poverty Halve the proportion of people living below the national poverty line by 2015	Probably	Potentially	Unlikely	Lack of Data	Strong	Fair	Weak but Improving	Weak
Hunger Halve the proportion of underweight, under-five year olds by 2015	Probably	Potentially	Unlikely	Lack of Data	Strong	Fair	Weak but Improving	Weak
Universal primary education Achieve universal primary education by 2015	Probably	Potentially	Unlikely	Lack of Data	Strong	Fair	Weak but Improving	Weak
Gender equality Achieve equal access for boys and girls to primary and secondary schooling by 2005	Probably	Potentially	Unlikely	Lack of Data	Strong	Fair	Weak but Improving	Weak
Under-five mortality Reduce under-five mortality by two-thirds by 2015	Probably	Potentially	Unlikely	Lack of Data	Strong	Fair	Weak but Improving	Weak
Reproductive health Reduce maternal mortality ratio by three-quarters by 2015	Probably	Potentially	Unlikely	Lack of Data	Strong	Fair	Weak but Improving	Weak
HIV/AIDS Halt and reverse the spread of HIV/AIDS by 2015	Probably	Potentially	Unlikely	Lack of Data	Strong	Fair	Weak but Improving	Weak
Malaria and major diseases Halt and begin reverse on malaria and other major diseases by 2015	Probably	Potentially	Unlikely	Lack of Data	Strong	Fair	Weak but Improving	Weak
Environmental sustainability Reverse loss of environmental resources by 2015	Probably	Potentially	Unlikely	Lack of Data	Strong	Fair	Weak but Improving	Weak
Basic amenities Halve the proportion of people without access to safe drinking water	Probably	Potentially	Unlikely	Lack of Data	Strong	Fair	Weak but Improving	Weak

6.4. Anhang 4

Zusammenfassung

Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit ist die Umsetzung des Post-Washington Consensus anhand des Beispiellands Jemen. Der erste Teil der Arbeit befasst sich mit der Weiterentwicklung vom Washington Consensus zum Post-Washington Consensus und ihrer theoretischen Basis.

Der Washington Consensus, ursprünglich definiert als die 10 Punkte von Williamson (Fiskalische Disziplin, Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben, Steuerreform, Finanzielle Liberalisierung, Schaffung stabiler, wettbewerbsfähiger Wechselkurse, Handelsliberalisierung, Abbau von Barrieren gegenüber ausländischen Direktinvestitionen, Privatisierung, Deregulierung und Schutz der Eigentumsrechte), fand ab Ende der 1980er Jahre mit dem Konzept der Strukturanpassungsprogrammen Ausdruck in der Politik der internationalen Finanzorganisationen, dem Internationalen Währungsfond und der Weltbank.

Doch die Maßnahmen führten nicht zum erhofften Erfolg und die Kritik wurde immer massiver. Konzentrierte sie sich zuerst vorwiegend auf die negativen sozialen Folgen, wurde ab Mitte der 1990er Jahre das gesamte Entwicklungskonzept in Frage gestellt. Führend war dabei Joseph Stiglitz, selbst Chef der Weltbank von 1997 bis 2000. So entwickelte sich der Ansatz des Post-Washington Consensus, dessen erklärtes Hauptziel die Armutsreduktion ist und mit neuen Ansätzen wie Partizipation und Ownership versucht dieses zu erreichen. Außerdem wurde der Entwicklungsbegriff dahingehend erweitert, dass Wirtschaftswachstum nicht mehr als alleiniges Ziel gesehen wird und auch länderspezifische Problembereiche in die Entwicklungsstrategie mit eingearbeitet werden.

Im Jemen wurde sowohl ein Strukturanpassungsprogramm durchgeführt, wie auch ein Poverty Reduktion Strategy Paper, das neue Instrument der internationalen Finanzorganisationen. Nach dem Strukturanpassungsprogramm von 1995 konnte zwar eine gewisse makroökonomische Stabilisierung erreicht werden, die Lebensumstände der Bevölkerung konnten jedoch nicht zufriedenstellend verbessert werden.

Ab 2002 wurde ein Poverty Reduktion Strategy Paper implementiert, dem die Erstellung einer weitreichenden Armutsanalyse und eines detaillierten Länderprofils voran ging.

Dennoch gibt es in den meisten Fokusbereichen, Reduktion der Armut, Wirtschaftswachstum oder Verbesserung der öffentlichen Versorgung mit sauberem Wasser, Elektrizität oder Gesundheitsdienstleistungen, nicht die erwarteten Ergebnisse. Nur im Bildungssektor wurden die gesteckten Ziele erreicht.

Abstract

This paper analyzes the Implementation of the Post-Washington Consensus using the example of Yemen. First the development from the Washington Consensus to the Post-Washington Consensus and their theoretical concepts is presented.

Williamson provided the concept for the first one with his ten-point program of Fiscal discipline, Reordering public expenditure priorities, Tax reform, Liberalization of interest rates, a competitive exchange rate, Trade liberalization, Liberalization of inward foreign direct investment, Privatization, Deregulation and Property rights. The Washington Consensus found its expression in the Structural Adjustment Programs of the International Monetary Fund and the Worldbank since the end of the 80ies.

However, the strategy did not succeed and critics became more influential. At the beginning the matter of concern were the negative effect of the Structural Adjustment Program on the social living conditions of the people, but later the whole concept was criticized. Leading in the development of the Post-Washington Consensus was the former Chef of the Worldbank (from 1997-2000) Joseph Stiglitz. Now the reduction of poverty is the new goal and not economic growth by itself anymore. New concepts like Participation and Ownership and an approach which covers country-specific problems should help to achieve sustainable development.

The Yemen was target of a Structural Adjustment Program in the 90ies, and of a Poverty Reduction Strategy Paper, the new program of the International Monetary Fond and the Worldbank, as well. The effect of the Structural Adjustment Program was a certain macroeconomic stabilization, but the conditions of living did not improve satisfyingly.

Since 2002 the development-strategy is based upon the new poverty-reduction-strategy, but though there has been a extensive analyze of the poverty situation in Yemen and a detailed study of the country-specific problems, the results are not as good as expected. In

all of the emphasized areas like the reduction of poverty, economic growth or the enhancement of the public supply of water, electricity and health services the intended goals have not been achieved. Only the area of education shows the expected results.

7. Literaturverzeichnis

- **Albrecht**, Holger: 1001 Reformen im Jemen – Wirtschaftsreformen, Staat und Machterhalt. Institut für politische Wissenschaft (Demokratie und Entwicklung Bd.46), Hamburg: 2002.
- **Bieling**, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen: Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Westfälisches Dampfboot, Münster: 2006.
- **Blanchard**, Oliver; Illing, Gerhard: Makroökonomie. Pearson Studium Verlag, München: 2004.
- **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (BMZ):
<http://www.bmz.de/de/suche/search.php?SearchWord=good+governance&sortOrder=score&x=0&y=0> [10.12.2009]
- **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (BMZ): <http://www.bmz.de/de/service/glossar/hipc-initiative.html> [15.06.09]
- **Buria**, Ariel: The Dogmatism of the Washington Consensus. In: Teunissen, Jan Joost; Akkerman, Age (Hg.): Diversity in Development – Reconsidering the Washington Consensus. Fondad, Den Hague: 2004. S.44-52.
http://www.fondad.org/product_books/pdf_download/3/Fondad-Diversity-BookComplete.pdf [21.05.09].
- **Culpeper**, Roy: A Development and Research Agenda for the Poorest Countries. In: Teunissen, Jan Joost; Akkerman, Age (Hg.): Diversity in Development – Reconsidering the Washington Consensus. Fondad, Den Hague: 2004. S.232-238
- **Deutsche Bundeszentrale für politische Bildung** (BPB): The World Bank – IBRD/IDA.
http://www.bpb.de/wissen/DBF402,0,The_World_Bank.html [21.05.09].
- **EG** (Europäische Gemeinschaft): Jemen – Strategiepapier für den Zeitraum 2007 – 2013. S.20
http://ec.europa.eu/external_relations/yemen/csp/07_13_de.pdf [05.06.2009]

- **EIU** (Economist Intelligence Unit): Yemen – Country Profile. EIU, London:2008
www.store.eiu.com
- **Erklärung von Bern** (EVB): Internationaler Währungsfond (IWF) und Weltbank.
<http://www.evb.ch/f25000068.htm> [21.05.09].
- **Fine, Ben**: Neither the Washington Nor the Post-Washington Consensus: An Introduction. In: Fine, Ben; Pincius, J. (Hg.): Development policy in the 21st century. Beyond the post-Washington consensus. Routledge, London: 2001. S.1-27 bzw.
<http://www.networkideas.org/featart/sep2002/Washington.pdf> [25.05.09]
- **Führmann, Bettina**: Abkehr vom Washington Consensus? Die wirtschaftspolitische Strategie der Weltbank zur Armutsbekämpfung. In: INEF Report. Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen. Heft 71/2003.
- **IWF** (Internationaler Währungsfond): IMF Country Report No.09/100: März 2009.
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2009/cr09100.pdf> [10.07.09]
- **IWF** (Internationaler Währungsfond) und **Weltbank**: Poverty Reduction Strategy Papers—Detailed Analysis of Progress in Implementation. 13. September, 2003
<http://imf.org/external/np/prspgen/2003/091503.htm>
- **IWF** (Internationaler Währungsfond) und **Weltbank**: Review of the Poverty Reduction Strategy Approach: Balancing Accountabilities and Scaling Up Results: 19. August, 2005
http://www.prsp-watch.de/publikationen/doc/WB2005_Review_of_the_PRSAapproach.pdf
[16.06.09]
- **Jakobeit, Cord**: Das Konzept der Weltbank für die Länderplanung - Von der Projektpolitik zur umfassend koordinierten Armutsbekämpfung. In: DSE (Deutsche Stiftung für Entwicklung): E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit. Nr. 9. September 2000. S. 242 – 244
<http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/ez900-6.htm> [16.06.09]
- **Kellermann, Christian**: Die Organisation der Washington Consensus – Der Internationale Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur. Transcript Verlag, Bielefeld: 2006.

- **Knoke, Irene:** Politische Partizipation als Allheilmittel? - Theorie und Wirklichkeit der neuen Armutsstrategie. In: Burchardt, Hans- Jürgen; Fischer, Karin: Neue Internationale Armutsprogramme - Neoliberalismus mit menschlichem Gesicht? Journal für Entwicklungspolitik (JEP), Wien: Vol. XIX 2-2003. S.77-89
- **Kopp, Horst (Hg.):** Länderkunde Jemen. Reichert Verlag, Wiesbaden: 2005.
- **Küblböck, Karin:** Hoffnungsträger PRSP – Eine Bilanz der ersten Jahre. Working Paper 12, Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung – ÖFSE: September 2006.
http://www.prsp-watch.de/publikationen/doc/kueblboeck_2006.pdf [16.06.09]
- **Matis, Herbert; Bachinger Karl:** Armatya Sen – Development as Freedom. Telematik-Projekt Wirtschaftsuniversität Wien; Wirtschafts- und Sozialgeschichte.
<http://www.wu.ac.at/inst/vw3/telematik/> [30.06.09]
- **Ministry of Planning & International Cooperation:** Millennium Development Goals need Assessment – Yemen Country Report. September 2005.
www.yemencg.org/library/en/mdgs_en.pdf [28.06.09]
- **Ministry of Planning & International Cooperation:** The Millennium Development Goals. 2003
<http://www.mpic-yemen.org/dsp/mdgs/PERFACE-2.pdf> [10.07.09]
<http://www.mpic-yemen.org/dsp/mdgs/GOAL%20ONE.pdf> [10.07.09]
- **OED (Département de l'évaluation des opérations):** Le Yémen: À la recherche d'un nouveau consensus. In. OED: Précis - Yemen Country Assistance Review, Rapport no 19030: 10 mars 1999.
- **Parkins, Colin:** A Post-Washington Consensus? Conferende of Socialist Economists: 2004. www.cseweb.org.uk/downloads/parkins.pdf [21.05.09].
- **Rühling, Markus:** Ein Synonym für Neoliberalismus? – Zu Geschichte und Inhalt des „Washington Konsensus“. Zeitschrift Entwicklungspolitik: 2007.
http://www.epd.de/index_27525.htm [21.05.09].

- **SAPRIN:** The policy roots of economic crisis and poverty - A Multi-Country Participatory Assessment of Structural Adjustment. Structural Participatory Review International Network (SAPRIN): 2002.
- **Sehring, Jenniver:** Post-Washington Consensus und PRSP – Wende in der Weltbankpolitik? Working papers Nr. 23, Institut für Ethnologie und Afrikastudien, Universität Mainz: 2003.
- **Stiglitz, Joseph:** Towards a New Paradigm of Development. In: Dunning, John: Making Globalization Good – The Moral Challenges of Global Capitalism. Oxford University Press, Oxford: 2003. S. 76-107.
- **UNCTAD:** Economic Development in Africa - From Adjustment to Poverty Reduction: What is New? United Nations; New York: 2002.
<http://www.unctad.org/en/docs/pogdsafriad2.en.pdf> [30.06.2009]
- **Varisco, Daniel, Martin:** Sayl and Ghayl: The Ecology of Water Allocation in Yemen. In: Vaisco, Daniel, Martin (u.a.): Medieval Folk Astronomy and Agriculture in Arabia and the Yemen. Variorum collected studies series; Great Yarmouth: 1997. S. 365-383
- **Wabl, Georg:** A “Monterrey Consensus” Might Replace the Washington Consensus. United Nations Chronicle, Online Edition: Volume XXXIX; Number 1: 2002.
<http://www.un.org/Pubs/chronicle/2002/issue1/0102p17.html> [15.06.2009]
- **Wald, Peter:** Jemen – Landschaft, Menschen, Kulturgeschichte. Belser Verlag; Stuttgart: 1999.
- **Weltbank:** Board Presentations of PRSP Documents As of April 21 2009
<http://siteresources.worldbank.org/INTPRS1/Resources/boardlist.pdf> [19.06.09]
- **Weltbank:** Die Weltbankgruppe auf einen Blick.
<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTABOUTUS/ORGANIZATION/BODEXT/EXTEDS05/0,,contentMDK:21906394~pagePK:64099144~piPK:64099061~theSitePK:380676,00.html> [21.05.09].
- **Weltbank:** Internationaler Währungsfond.
http://siteresources.worldbank.org/EXTABOUTUS/Resources/IMF_GE.pdf [21.05.09].

- **Weltbank:** Republic of Yemen – Country Assistance Evaluation. Report No. 36527: August 9, 2006a.
- **Weltbank:** Republic of Yemen - Dimensions of Economic Adjustment and - Structural Reform. Country Operations Division Middle East Department Middle East and North Africa Region. Report No. 14029-YEM: 17. Mai 1995.
- **Weltbank:** Republic of Yemen – Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) 2003-2005: 31. Mai 2002.
- **Weltbank:** Republic of Yemen – Poverty Reduction Strategy Paper and Joint Staff Advisory Note on the Annual Progress Report. 16. Mai 2006b.
- **Weltbank:** The Interim Poverty Reduction Strategy Paper (IPRSP) – Republic of Yemen. Sana'a: 2000.
- **Weltbank:** Yemen Economic Update. Frühling 2009
<http://siteresources.worldbank.org/INTYEMEN/Resources/310077-1098870168865/YEU109.pdf>
- **Weltbank:** Yemen - Country Assistance Evaluation. Report No. 21787, Operations Evaluation Department: January 29, 2001.
- **Williamson, John:** From Reform Agenda to Damaged Brand Name – A short history of the Washington Consensus and suggestions for what to do next. In: IWF: Finance and Development. Volume 40, Nummer 3: September 2003 S.10-13
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/09/pdf/williams.pdf>
- **Wirtschaftslexikon24:**
<http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/internationaler-waehrungsfonds-iwf/internationaler-waehrungsfonds-iwf.htm> [17.06.09]
<http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/konzessionaere-fazilitaeten-des-internationalen-waehrungsfonds-iwf/konzessionaere-fazilitaeten-des-internationalen-waehrungsfonds-iwf.htm>
[17.06.09]
<http://www.wirtschaftslexikon24.net/d/strukturanpassungsfazilitaet-saf/strukturanpassungsfazilitaet-saf.htm> [17.06.09]

Lebenslauf

Judith Galter

geboren am 9.12.1985 in Graz



Ausbildung

1992 - 1996

1996 - 2004

Peter Rosegger Volksschule, Graz

Juni 2004

BG/ BRG Oeversee, Graz

seit Okt. 2004

Matura

seit März 2005

Individuelles Diplom Studium „Internationale Entwicklung“
(Universität Wien) mit Schwerpunktsetzung auf den arabischen
Raum

Januar – Juni 2008

Studium der Volkswirtschaftslehre (VWL)(Wirtschaftsuniversität
Wien)

Juni 2009

Auslandssemester in Malta

Fertigstellung der Diplomarbeit „Vom Washington Consensus
zum Post-Washington Consensus – Fallbeispiel Jemen“ unter
Betreuung von Prof. R. Lohlker